

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. Oktober 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigen- oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 35 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Der Salzburger Parteitag.

Aus Wien wird uns vom 2. Oktober geschrieben:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, der vorige Woche in der schönen Alpenstadt tagte, war in mehr als einer Beziehung interessant. Vor allem durch die politische Debatte, die an drei Punkten: bei dem Bericht der Parteivertretung, bei dem parlamentarischen Bericht und endlich bei dem Punkte der Tagesordnung, der für sie bestimmt war, bei der Untersuchung über die in Oesterreich notwendige Verfassungsrevision ausbrach. Die Debatte ist deshalb so wertvoll, weil sie zeigte, welche Wirkungen die staatliche Krise auf die Lage der Arbeiterschaft erzeugt, und weil sie offenbarte, welche Stimmungen dieser in der Geschichte moderner Staaten ganz beispiellose Zustand des österreichischen Staates in den Anschauungen und Entscheidungen des Proletariats hervorrufen. Die Wirkung der Staatskrise im Proletariat ist diese: Die Sozialdemokratie weiß genau, was in Oesterreich und mit Oesterreich geschehen muß, wenn Oesterreich ein daseinsfähiges und entwicklungs mögliches Staatswesen werden soll. Die Zukunft Oesterreichs — wenn der Staat, der keine Gegenwart erlangen kann, eine solche überhaupt besitzt — liegt in seiner Umformung zu einem demokratischen Bundesstaate; wo die Völker nicht in ein unmögliches Miteinander gepreßt, sondern in ein erträgliches Nebeneinander hinübergeleitet werden; wo sie, ohne Unterstützung voneinander, aber auch ohne Druck aufeinander jedes ihre eigene Entwicklung gehen werden. Die erste und unerlässliche Voraussetzung für diese Umgestaltung ist das allgemeine und gleiche Wahlrecht — welches allein die Kräfte zu entfesseln vermag, die diese Umgestaltung vollziehen können und wodurch der Boden freigemacht wird, auf dem sich die neuen Institutionen aufbauen können. Das weiß die Sozialdemokratie und sagt es unablässig und beweist es unermüdet: in Versammlungen und in der Presse, in Broschüren und auf Parteitagungen. Insbesondere auf Parteitagungen; es geht keiner vorüber, an dem das österreichische Problem nicht umfassend zur Darstellung gelangt würde. Was zu geschehen hat, was geschehen muß, ist und nicht unklar; aber die Frage, wie es geschehen soll, wie es geschehen wird, die zu beantworten ist uns versagt. Das österreichische Verhängnis besteht ja darin, daß zur Vollbringung des Notwendigen die Kräfte fehlen. Das Proletariat ist dazu unvermögend — aus zwei Gründen. Erstens ist es in einem Staate, der zum großen, überwiegenden Teile noch agrarisch ist, zu schwach, und zweitens wird das Proletariat wohl einst seinen Staat formen, kann aber nicht den bilden, der natürlich nichts anderes sein kann als ein moderner Klassenstaat. Die übrigen Klassen stehen aber dem Problem vollständig gleichgültig, schlechthin verständnislos gegenüber. Die so simple, ganz selbstverständliche Erkenntnis: daß die äronische Krise des Parlamentes ihre Ursache haben müsse, die ist in Oesterreich Alleinbesitz der Sozialdemokratie; die bürgerlichen Politiker verstehen es einfach nicht. Sie bringen es nicht einmal zum Zeugnis; sie sehen das Problem gar nicht. Nun ist allerdings noch ein Faktor an der Existenz und Konsolidierung Oesterreichs interessiert, vielleicht dieser mehr als jeder andere: die Krone. Aber diese Kraft langt durchaus, um das Nachhaltbare vor dem offenen Zusammenbruch zu bewahren; eine weltliche, über den augenblicklichsten Augenblick hinausreichende Politik steht außerhalb des Bereiches ihres Willens und ihres Vermögens. Nicht um- und neuzugestalten ist in Oesterreich die Parole; sie war, ist und wird sein: fortwurzeln! Kein Fels, kein Ingrimim wird den Karren aus dem Sumpfe auch nur einen Fuß breit weiterziehen.

Was bleibt also übrig? Das hat in seiner der Phantasie von Worten so abholden, in seiner blendenden Logik auf diesem Parteitage Adler wiederholt gesagt, am eindringlichsten in seinem großen Referate über die Verfassungsrevision, das eine wahre Rede über den Staat war: Oesterreich gesund machen können die Sozialdemokraten nicht, aber das Proletariat lebendig erhalten können sie und müssen sie. Weil die Sozialdemokratie auf diesem österreichischen Boden ihre Politik machen muß, so muß sie die Notwendigkeiten für den Staat aufzeigen, die Verantwortlichkeiten feststellen und sich für den Moment rüsten, der ja auch kommen kann, den, wo das Proletariat keine Geduld brauchen wird, sondern Mut und Entschlossenheit. Aber weil die Sache mit diesem Jammerösterreich so steht, daß durch eine Aktion des Proletariats allein, mag diese auch die ungenügsamsten und leidenschaftlichsten Mittel wählen, Oesterreich nicht geändert werden kann, so wäre es töricht, die Politik der Partei auf die schlechte Karte dieses Staates zu setzen und die Entwicklung der Arbeiterklasse mit der des Staates zu identifizieren. Das Proletariat besteht auch ohne den Staat; und so muß die Sozialdemokratie den Staat seiner Fignern überlassen, um in sich und für sich das Werk der Entwicklung, der Ausklärung, der Entfaltung zu tun. Daß über dieser nüchtern-kalten Auffassung auf dem Parteitag auch Stimmen laut wurden, die diese Politik der Resignation verwarfen und nach der erlösenden Aktion riefen, ist nicht erstaunlich; das Gegenteil wäre überraschender. Unter dem Eindruck der Dinge in Italien ist diese „Politik der Tat“ auf den Generalstreik gekommen, aber dessen Möglichkeit verheißt schon die Erwägung, daß man wohl der Stärke, nicht aber der Schwäche etwas abtrogen kann. Selbstverständlich ist mit der interessantesten Auseinandersetzung in Salzburg die Debatte nicht abgeschlossen; sie wird auf jedem Parteitag wiederkehren. Das Gefühl des fruchtlosen Kampfes gegen ein Verhängnis wird ebenso bleiben wie der Wunsch oder die Hoffnung, durch Verstärkung des Kampfes, es zu wenden; die Wirkungen werden bleiben, weil ihre Ursache, die Trostlosigkeit der österreichischen Verhältnisse, nicht verschwinden kann.

Noch aus einem anderen Grunde ist dieser Parteitag so beachtenswert. Die Schwierigkeiten, mit denen die Partei in Oesterreich zu kämpfen hat, machen es ihr unmöglich oder wenigstens gefährlich, bedauerliche Erscheinungen des Parteilebens offen zu besprechen, obwohl nur diese Offenheit — das möge man uns auch in Deutschland glauben, wo man diese Offenheit manchmal vielleicht etwas übertrieben hat, so daß sie jetzt einigermaßen in Verzug gekommen ist — die Uebel zu heilen vermag. Der diesmalige Parteitag ließ einen gewissen Bruch mit dieser Auffassung erkennen, deren ausnahmslose Befolgung wohl auch in Oesterreich nun überflüssige Vorsicht ist. Nicht allein, daß über die Rückwirkungen der Staatskrise auf die Partei offen geredet wurde und daß einige Parteizwischenfälle öffentlich und mit der nötigen Deutlichkeit abgehandelt wurden — man ist auch, wenn auch nur tastend, dem traurigsten Punkte der Partei nahegetreten: dem der Aufstellung der Kandidaten zum Reichsrat. An dem Parteitag kam die Sache freilich in Form eines „Prinzips“ — Zentralisation oder Selbstverwaltung, Kreis- oder Partei — und so kam allerdings nichts Neues und insbesondere nichts Ausschlaggebendes heraus. Weil man eben die öffentliche Förderung persönlicher Dinge scheut, flüchtet sich die Diskussion notwendig zu einem „Prinzip“ — wo es aber nichts Prinzipielles zu erwägen gibt und wodurch die ganze Debatte etwas Schiefes erhält. Denn da es sich bei den verfahrenen drei Wahlbezirken nicht um dasselbe oder das gleiche handelt, sondern in jedem ein anderes Bedenken waltet, so werden die Fragen nur entstellt, wenn sie unter den Hut eines gemeinsamen „Prinzips“ gesteckt werden. Wenn also auch nicht berichtet werden kann, daß auf dem Parteitag in der schwierigen, ernsthaften und brennenden Sache viel ausgerichtet worden wäre und nicht mehr herausgekommen ist als die Bekräftigung eines alten Beschlusses, der, obwohl theoretisch tadellos, jene traurigen Erscheinungen nicht verhindert hat, so ist die Debatte als Anfang doch wichtig und von Wert. Freilich könnte nur die öffentliche Erörterung, die das Gewissen der Partei und der Parteigenossen aufweckt, es bewirken, daß sträfliche Eitelkeit zurückgedrängt wird, lokale Anekdoten nicht übermäßig und die wichtigsten Notwendigkeiten der Partei nicht unerfüllt bleiben — aber vielleicht wird es schon das Laufen an das Problem bewirken, daß die verantwortlichen Leute zur Bestimmung kommen und es aufgeben, ihren persönlichen Ehrgeiz den einfachen Parteibedürfnissen gegenüber zu stellen und so mit dem Interesse der Partei zu spielen, wo die größte und rätselhafteste Einigkeit nottut. Vielleicht schon deshalb, weil die Debatte auf dem Parteitag, obwohl sie das Gebiet des „Theoretischen“ nie überschritt und in der Jähle einer akademischen Unterhaltung veranderte, doch erkennen ließ, daß in der Partei über diese Dinge und über diese Folgen nur eine Meinung besteht und daß auch der Wille vorhanden ist, sie unter allen Umständen zu ändern.

Neben diesen Debatten über das innere Leben der Partei hörte der Parteitag auch ein ungemein interessantes Referat über die Lebensmittel-Verteuerung, das sich mit der nachfolgenden Debatte zu einer erschöpfenden Charakteristik des agrarischen Protektionismus gestaltete, deren Gebrauch auch in der Agitation sehr nützlich wäre. Alles in allem: es war kein so genannter großer Parteitag, aber in den Versammlungen der österreichischen Sozialdemokratie wird er einen Platz als einer der interessantesten einnehmen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Oktober.

#### Konservatives Mißgeschick.

In ihrer Sonntagsrundschau über die „innere Politik der Woche“ redet die „Kreuz-Zeitung“ allerlei Krasses durcheinander, aus dem nur das eine klar wird, wie unbehagen den konservativen Leuten die Haltung der Sozialdemokratie ist. Der Bremer Parteitag habe keine positiven Leistungen gebracht, so leitet die „Kreuz-Zeitung“ ihre Weisheit ein; die Arbeiten des Parteitagges fänden im Lande nirgends rechten Wiederhall; die Parteileitung sei „jetzt ganz Mäßigung“, aber sie fürchte „den Umsturz gewisser radikaler Gruppen, die in Bremen gar nicht oder doch nur wenig zu Wort gekommen seien, bei alledem aber namentlich in Berlin unter der Führung des Dr. Friedberg einen nicht geringen Anhang besitzen“. Diese Gesellschaft, die sich zu jung fühlt, um die Schlafmütze endgültig über die Ohren zu ziehen, sähe ein neues zündendes Agitationsmittel im „Generalstreik“. Und in der That sei es „ganz unmöglich, daß eine revolutionäre Partei, die nach Millionen zählt, sich plötzlich auf den Pfad des generalgewaltigen Wehels wie ein milder Jagdhund zur Ruhe legt und auf weitere Anordnungen wartet“. Die „Kreuz-Zeitung“ ermuntert geradezu mit interessantem Eifer die „radikale Minderheit“, recht tüchtig gegen die „Schlafmütze“ ins Zeug zu gehen, sie stellt ihr die wunderherrlichsten Aussichten: „Gewiß ist es, daß alles, was sich Leben und Bewegung nennt, von Minderheiten ausgeht, die man sich meist gar nicht klein genug vorstellen kann, und von denen doch die größten Dinge ausgegangen sind.“ Wer hat, fragt die „Kreuz-Zeitung“, die französische Revolution gemacht? „Im buchstäblichen Sinne eine Handvoll Leute.“

Wie doch das Blatt der Junterreaktion der „Handvoll Leute“ gut zuspricht und wie unzufrieden es doch ist mit der sozialdemokratischen Gesamtpartei! Merkwürdig, recht merkwürdig! Man sollte glauben, es müßte den konservativen außerordentlich gefallen, wenn die Sozialdemokratie „endgültig die Schlafmütze über die Ohren zieht“, wenn sie „ganz Mäßigung“ ist, wenn sie sich „wie ein milder Jagdhund zur Ruhe legt“. Es scheint aber, daß der „Kreuz-Zeitung“ überaus unbedächtig ist vor dieser gemäßigten, milden, schlafmütigen Sozialdemokratie. Hinter gequältem Spott verbirgt sich schlecht der konservative Unwille, daß die Sozialdemokratie ihren Gegnern keine

Gelegenheiten bietet, sie vor dem Volke durch falsche Darstellungen herabzusehen. Weiß sie doch recht wohl, daß die Vereitelung lauter und peinlicher Szenen in unseren Reihen, daß der sachliche Verlauf des Parteitagges die Sozialdemokratie außerordentlich gestärkt hat. Und so wird denn die „Kreuz-Zeitung“ schon bei baldigster Gelegenheit aufschreien, was für böse Köpfe unter den „Schlafmützen“ sitzen, wie gefährlich gerade die Sozialdemokratie ist, wenn sie „ganz Mäßigung“ spielt.

Ja, die „milden Jagdhunde“ werden den Junkern noch oft und gehörig weine machen! Das weiß die „Kreuz-Zeitung“ und darum müht sie sich, die „Handvoll Leute“ durch gleichende Aussichten töden zu können, daß sie den sicheren, machtvollen Schritt des sozialdemokratischen Marsches stören. **V e r g e b l i c h e s M ä h e n !**

#### Der neue Chef der Reichsanleihe.

Am Sonnabend hat der „Reichsanzeiger“ die Ernennung des Herrn v. Löbell zum Chef der Reichsanleihe veröffentlicht und damit die in der letzten Woche schon offiziell angefündigte und vielfach besprochene Berufung dieses konservativen Parteimannes bestätigt. Die offiziöse Presse gab sich und gibt sich alle Mühe, den Vorgang als völlig belanglos hinzustellen, die übrige Presse aber läßt keinen Zweifel darüber, daß der Reichsanzeiger mit dem Wechsel seines ersten Chefs in allen internen politischen und vor allem parlamentarischen Geschäften eine bestimmte Absicht verbindet. Diese Absicht soll, kurz zusammengefaßt, darin bestehen, daß dem Reichsanzeiger sehr viel daran liegt, bei den bevorstehenden parlamentarischen Verhandlungen über die Handelsverträge und die Kanalvorlage einen Vermittler zu bekommen, der bei der einen maßgebenden Partei in Ansehen und Einfluß steht, und ein bürgerliches Blatt bemerkt ganz gut, daß Herr v. Bülow, wenn er eine solche Stelle zu vergeben hätte, Herrn Bache in Betrachtung würde.

Man braucht den Einfluß dieses „Einseitigers“ reichsanzeiger Zwecks durchaus nicht zu überschätzen. Immerhin lohnt es sich schon, Herrn v. Löbells politische Wege rückwärtend ein wenig zu betrachten. Das ist verhältnismäßig leicht, denn der neue Chef der Reichsanleihe hat aus seinem politischen Hergein niemals eine Würdiger gemacht. Mehrere Jahre war er Geschäftsführer der konservativen Partei, seine gewandten Formen, ein gewisses Redetalent und ein geringes Weniger jener in der Junterrektionen Scheu vor Lesen und Lernen beanlagten seine Partei, ihn in den Reichstag zu ziehen. Er wurde 1898 im 8. Potsdamer Wahlkreise aufgestellt und siegte mit den üblichen konservativen Mitteln, die aber in diesem Falle doch so offensichtlich wurden, daß seine Reichstagsfähigkeit bereits am 1. Mai 1900 durch Ungültigkeitserklärung des Mandats ein bitteres Ende nahm. Ein Jahr darauf, 1901, kam ihm schon der Trost in der Gestalt eines Mandats für das preussische Abgeordnetenhaus, aus dem er nun die Treppe so plöblich und so hoch hinauffällt. Am Reichstage zeigte er bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit, daß ihm die schwarze Reaktion gerade recht und erstrebenswert ist.

Bei der Beratung des Jubiläums-Vericherungs-Gesetzes gestand er am 13. Februar 1899 seinen und seine Partei Absichten vor jeder energischen Sozialpolitik, irgend eine Sozialpolitik könne überhaupt nicht eber wirken, „als bis man mit Energie und Umficht der Agitation entgegenrete, die in Stadt und Land gefühllos bemüht ist, die Wirkungen der Sozialpolitik zu beeinträchtigen“, erklärte er wortfich. In derselben Rede zeigte er sich auch sonst als skulturmensch, indem er aus seiner Begeisterung für die Prägestrafe kein Hehl machte. Er erklärte: — ich nehme gar nicht im geringsten Anstand, auch meinen Wählern gegenüber zu betreten, daß ich bei der zunehmenden Verrohung seitens der jungen Juristen die Prägestrafe für sie tatsächlich für das einzige Richtige halte. (Sehr gut rechts.)

Als blöderer Scharfmacher offenbarte er sich aber bei der Beratung der Juchthausgesetz-Vorlage in der denkwürdigen Sitzung vom 20. November 1899, wo diese Vorlage endgültig verscharrt wurde. Es lohnt sich nicht, ausführlich aus seiner damaligen Rede zu zitieren, sie war ein einziger lauter Schrei nach einem Ausnahmegefes gegen die gewerkschaftlich oder sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft. Die ältesten Lebensalter mühten gegen innere Partei aufzumarschieren und es wurde eine Rede, wie sie jedem Kriegervereine zur Ehre gereicht. Die Sozialdemokratie war ihm nicht nur eine politisch verruchte Partei, sondern auch eine persönlich moralisch verkommenen, von der jeder anständige Mensch meilenteit abrücken müsse.

Die Sozialdemokratie kann daher eigentlich dem Reichsanzeiger gerade für diese Berufung auch nur dankbar sein. Sie ist nicht nur für die Absichten bei den Handelsverträgen und für den Schaden bei der Kanalvorlage charakteristisch, sie ist es auch für unsere übrigen politischen Verhältnisse. Ein Zweifel besteht ja über sie freilich auch sonst nicht, höchstens, daß einige liberale Schwärmer Herrn Bülow's Charakter als noch immer schwankend und von der Parteien Haß und Günst verwirrt betrachten zu müssen glauben. Die Berufung des Herrn v. Löbell wird solche Illusionen weiter erschüttern.

Die Kommission für Reform des Strafprozesses wird dem Vernehmen nach am Dienstag zur zweiten Lesung des Entwurfs im Reichs-Justizamt zusammenzutreten. Es sollen diesmal die Einzelbestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozess-Ordnung nicht der Reihe nach durchberaten werden, sondern die grundlegenden Abschnitte über die Organisation und Zuständigkeit der Gerichte, Beteiligung des Laienlements an der Rechtsprechung, Ausdehnung der Verurteilung usw. zur Erörterung gelangen. Daran erst soll sich die Revision der Vorschriften über das Verfahren anschließen, welche von der Regelung jener Vorfragen wesentlich abhängen. Nach Beendigung der zweiten Lesung, welche im nächsten Frühjahr zu erwarten steht, soll der Entwurf der revidierten Strafprozess-Ordnung durch das Reichs-Justizamt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

#### Eine Anfrage an den Grafen Bülow.

Ein für die Friedensbewegung besonders tätiger Schriftsteller hat anfänglich der Erklärungen des Grafen Bülow über die Interventionsmöglichkeiten im russisch-japanischen Kriege eine Anfrage an den Reichsanzeiger geschickt,



deren Beantwortung ihm jedenfalls unangenehm sein dürfte, deshalb also wohl einstweilen überhaupt nicht erfolgen wird.

Der betreffende Schriftsteller bezieht sich auf den Artikel des Mitarbeiters der „Frankfurter Zeitung“ über sein Interview mit dem Reichskanzler. Wilow sollte danach erklärt haben, er könne ganz bestimmt sagen, daß Deutschland gar nicht an eine Intervention denke und daß, soweit er wisse, überhaupt niemand daran denke. „Wie sollen wir denn dazu kommen, eine Intervention anzubieten, ehe einer der Kriegführenden uns um unsere Vermittlung ersucht hat.“ Das würde ein Aufdrängen bedeuten, das keine Nation riskieren werde. Dieser Aeußerung Wilows gegenüber weist nun der Schriftsteller darauf hin, daß sich in der Haager Konvention vom 29. Juli 1899, die von 26 Staaten unterzeichnet worden sei, darunter auch vom Deutschen Reich, folgende Auslassungen befinden:

Im § 3. . . Den neutralen Staaten bleibt das Recht, gute Dienste und Vermittlung anzubieten, auch während des Verlaufes der Feindseligkeiten gewahrt. Die Ausübung dieses Rechtes soll nie von einer der feindlichen Parteien als unfreundlicher Akt angesehen werden.

Im § 5. Die Funktionen des Vermittlers hören in dem Augenblick auf, da von einer der beiden Parteien oder von dem Vermittler selbst erklärt wird, daß die von ihm vorgeschlagenen Grundlagen zu einer Verständigung nicht angenommen worden sind.

Es sei also, fährt der Fragesteller aus, sehr wohl für neutrale Staaten die Möglichkeit zum Anbieten ihrer Vermittlung gegeben. Diese Aufforderung zur Vermittlung seitens der kämpfenden Staaten sei absolut nicht erforderlich. Unser Schriftsteller wünscht deshalb in seiner Anfrage, die er in Gestalt eines Briefes dem Grafen Wilow geschickt hat, zu wissen, ob dem die Haager Konventionen vom Juli 1899 von der deutschen Reichsregierung noch als zu Recht bestehend angesehen würden!

Diese Anfrage ist sehr berechtigt vom Standpunkte unserer vorsorglichen Friedensfreunde. Der Fall sollte den Herren aber gleichgültig beweisen, daß die Konventionen des Haager Friedenskongresses eben nur auf dem Papiere stehen und daß sie bei bedeutenderen Konflikten einfach ignoriert werden!

**Major v. Sydow's väterliche Erziehungsmethode**  
wurde am Sonnabend vor dem Kriegsgericht der 20. Division einer näheren Verlesung unterzogen, nachdem seine Ehefrau vor einiger Zeit wegen des gleichen Delikts der Kindesmißhandlung von der Strafkammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

In der Verhandlung wurden von den zahlreichen Zeugen schreckliche Dinge über die unmensliche Behandlung des elfjährigen, schwächlichen, körperlich und geistig zurückgebliebenen Töchterchens des Angeklagten erzählt. Das Kind wurde wegen geringfügiger Verfehlungen mit einer biiden Keilpeitsche geschlagen, wo der Major gerade hintraf, auch an den Kopf. Einmal erhielt es 15 wuchtige Hiebe auf die Hand! Es wurde mit der Faust gegen den Kopf geschlagen und mit dem Stiefelabsatz getreten. Einmal wurde es auch im Januar halbnackt mehrere Stunden lang in den Keller gesperrt!

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Schönhorn, führte u. a. aus:

„Ich habe wahrgenommen, daß Herr v. Sydow ein milder Richter war, wo Milde sich empfahl, aber auch für strenge Strafen war, wo Strenge geboten war. Diefem Offizier steht das Zeugnis vornehmer Gesinnung zur Seite und heute sieht er unter der Anklage, sein eigenes Kind in rohester Weise mißhandelt zu haben. Als ich die Akten las, konnte und wollte ich nicht glauben, daß das, was in den Akten steht, wahr sei. Allein das häßliche Bild, das die Akten bezeugen, hat die heutige Verhandlung vollumfänglich bestätigt. Ich gestehe Eltern ohne weiteres volles Pflanzungsrecht zu; der Angeklagte hat es aber nicht nur geduldet, daß seine Frau das schwächliche, geistig und körperlich zurückgebliebene Kind furchtbar geschlagen hat, er hat diese Mißhandlungen auch noch selbst in grauenerregender Weise fortgesetzt. Das ganze Verhalten der Eheleute v. Sydow ist eigentümlich unbegreiflich. Im allgemeinen findet man, daß Eltern zurückgebliebene Kinder mit noch größerer Liebe behandeln. Der Angeklagte hat behauptet, die Dienstboten hätten ein Komplott gegen ihn geschmiedet. Die heute vernommenen Zeugen haben aber sämtlich einen durchaus glaubwürdigen Eindruck gemacht.“

Das Gericht war ebenfalls der Ansicht, daß der Schuldbeweis in vollem Maße erbracht sei und erkannte deshalb auf vier Monate Gefängnis und Dienstentlassung.

„Alle deutschgesinnten Männer“ sollen ihren Geldbeutel weit aufstun, dem ein erheblicher Tag in der deutschen Geschichte ist gekommen, zu dessen Feier nicht Lohbrände genügen. Max Liebermann von Sonnenberg feiert das Jubiläum des Tages, seitdem er ein Vierteljahrhundert hindurch nach seinen Kräften zur Verwüstung des deutschen geistigen und politischen Lebens gewirkt hat. Zu diesem Tage, so rufen seine Freunde die deutschen Volksgenossen auf, soll eine Liebermann-Gedächtnisfeier in bar gestiftet werden. Bereits werden in konservativen Blättern Beiträge quittiert. Doch schamhaft verbergen sich die Spender, ohne ihre Namen zu nennen. Wer aber Herrn Liebermann von Sonnenberg nicht spendet, der ist kein „deutschgesinnter Mann“.

Im Wahlkreise Jerichow ergiebt sich ein reichlicher Kandidatenandrang zur bevorstehenden Reichswahl an Stelle des verstorbenen Herbert Wisnand. Die Antisemiten denken wiederum in diesen konservativen Verhältnissen einzudringen. Sie haben den Rechtsanwalt Wohlfahrt in Genthin zum Kandidaten angetraut. Die konservativen sollen tatsächlich auf die schon früher angeordnete Kandidatur des Dr. Dertel verfallen sein. Das würde eine lustige Konkurrenz zweier im Brotwucher gleich leistungsfähiger Kandidaten sein. Die Nationalliberalen aber würden durch eine solche extrem agrarische Kandidatur wie die des Dr. Dertel in die Unmöglichkeit verkehrt werden, mit den Konservativen zusammenzugehen. Sie haben einen Kompromißkandidaten gewünscht und werden, wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ und die „National-Zeitung“ erklären, nunmehr genötigt, für die freisinnige Kandidatur einzutreten. Unsere Parteigenossen, deren Kandidat wiederum Genosse Vogt-Gommern ist, haben bereits auf das lebhafteste die Wahlaktion begonnen. Die Zersplitterung unter den Gegnern, die brommischen Kandidaturen und endlich der fehlende Glanz des Namens Wisnand eröffnen ihnen die besten Aussichten.

**Unzulässiger Militärbesehl.** Das Bezirkskommando in Halle scheint anzunehmen, daß die bisherige Methode, Freiwillige für Südwestafrika zu gewinnen, unzureichend ist. Es verordnet an Reservisten folgendes Schreiben:

„Sie haben bis 3. 10. er. schriftlich oder mündlich zu melden, ob Sie zum Dienst in der Schutztruppe für Südwestafrika bereit sind oder nicht. Die Kapulationsdauer beträgt 1 Jahr ohne Hin- und Rückreise. Die jährlichen Gehaltsbeiträge betragen für einen Unteroffizier 1200 M., für einen Gefreiten 1100 M., einen Gemeinen 1000 M. neben freier Verpflegung. M. Müller, Kommandant.“

Das Bezirkskommando befiehlt hierdurch, daß auch diejenigen Reservisten, welche entfernt nicht daran denken, nach Südwestafrika zu gehen, Meldung über ihre Absicht zu erstatten haben. Das ist ein militärischer Befehl, der über die dem Bezirkskommando zustehenden Rechte hinausgeht. Es gehört in keiner Weise zu den

Pflichten deutscher Staatsbürger, dem Bezirkskommando auf beliebige Anfragen besondere Auskunft erteilen zu müssen. Das Recht der Bezirkskommandos geht nicht weiter, als daß diejenigen, welche ihrer Aufforderung folgen wollen, um Mitteilung ersucht werden. Die Absicht der übrigen ergibt sich aus der Nichtbeantwortung von selbst.

**Protest gegen den Reichstags-Präsidenten.** In einer am letzten Sonntag in Kattowiz (O.-S.) stattgehabten stark besuchten Volksversammlung, in der Brüuns über „Kirchenbauern Wirbch“ referierte, wurde einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Die Versammelten protestieren entschieden gegen das nicht würdige Verhalten des Reichstags-Präsidenten Grafen Ballestrem als Repräsentanten der deutschen Volkvertretung anlässlich seiner Gratulation zur Verlobung des deutschen Kronprinzen.“

**Landrat als Schulaufsicht.** Der Klassenlehrer-Konferenz der Diözese Aachen wurde eröffnet, daß der Landrat Pape durch die königliche Regierung in Magdeburg verpflichtet worden sei, die Konferenzen sowie auch die Lehrer im Unterrichte zu besuchen. Zur kirchlichen Ueberwachung der Lehrer wird also die unmitteldbare Ueberwachung durch den Regierungsbeamten hinzugefügt. Was soll der Landrat in der Schule und in den Kreis-Konferenzen? Was versteht er von Pädagogik und Unterrichtswesen? Soll er die Lehrer beherrschen, ob sie den Kindern irgend etwas vortragen, was als politisch anstößig aufgefaßt werden könnte? So wird die Schule in unseren Zeitläuften immer mehr zu einer kirchlich-politischen Zwangsanstalt.

**Der Rakenhammer.**

Allmählich macht sich auch in einem Teile der bürgerlichen Parteien und ihrer Presse über die Dinge in Südwesafrika ein sehr deutlicher Umsturz bemerkbar. Wir haben hin und wieder schon, ohne diese Aeußerung zu überschätzen, davon Notiz genommen. Jetzt aber wird die Stimmung gerade unter denen, die als „maßgebende“ Partei die erste Verantwortung für alle Folgen deutscher Kolonialpolitik tragen, die Stimmung völlig zu einem regulären Rakenhammer. Die große Zentrums-Presse freilich legt kein faulerisch auf jedes einerseits noch ein andererseits, in der Zentrums-Presse der Provinz aber schwindet jetzt alle Rücksicht und mit einer für diese Kreise unerwarteten Deutlichkeit wird jetzt endlich der Wahrheit die Ehre gegeben, jener Wahrheit, die bisher allein die Sozialdemokratie vorausgesetzt und vertreten hat.

Am Samstag kommt aber jetzt in ihrer Nummer vom Montag die „Westdeutsche Volkszeitung“, das Organ des Abgeordneten Hauses, mit der Sprache heraus, und diese Sprache ist um so wirkungsvoller, als die „Westdeutsche Volkszeitung“ des linken Zentrums-Scheit das Hauptblatt für eine ganze Reihe kleinerer Zentrumsblätter in Rheinland-Westfalen abgibt. Die „Westdeutsche Volkszeitung“ schreibt nämlich unter dem schon bezeichnenden Titel „Unser Kolonialleben“:

„In der letzten Zeit lassen wir uns durch das Elend, das Rußland in Ostasien durch seine eigene Schuld gefunden hat, davon abhalten, uns daran zu erinnern, daß auch wir gegenwärtig eine sehr ungemütliche Situation zu beklagen haben, bei der ebenso wie in dem Falle Rußland die Kolonialpolitik die Schuld trägt. Es ist das der südwestafrikanische Krieg.“

Zunächst, es ist ein Krieg; mögen die berufsmäßigen Vertreter anstellen, was sie wollen, heute ist nicht mehr zu verheimlichen, daß jene Führer, die da in Deutsch-Südwesafrika um den Besitz desjenigen Landes kämpfen, das ihren Voreltern seit Jahrhunderten gehört hat, sich nicht ohne weiteres durch den Anblick der schneidigen deutschen Arme wegblasen lassen, wie man das an Ickenden Stellen anscheinend erwartet hatte. Sie haben sich bis jetzt trotz der unglücklich miserablen Verfassung außerordentlich gut gehalten und es ist mehr wie einmal auch von militärischen Sachverständigen bezweifelt worden, ob wir überhaupt imstande seien, diesen Volksstamm zu unterwerfen.“

Als die Unruhen ausgebrochen waren, mußte sich der Reichsfeld öffnen und die für die Bekämpfung dieses Aufstandes notwendigen Millionen hergeben. Als das geschehen war, da hieß es allenthalben bei jenen, die da wissen, wie schwer das Volk ohnehin durch den Militarismus befallen wird, damit werde es aber genug sein müssen, wenn das Reich nicht in die südwestafrikanische Sandwüste, in die schon so viele Millionen geschickt worden sind, noch mehr hineinwerfen wolle. Es ist aber nicht dabei geblieben, vielmehr kam bald eine Zeit, in der eine neue Maßnahme nach der anderen angeordnet wurde, und nachdem das den ganzen Sommer hindurch angehalten hat, kommt jetzt die beziehungsweise aller Nachforderungen: die Forderung von Gebirgsbatterien. Wie in Berliner eingeweihten Kreisen verlautet, ist tatsächlich beabsichtigt, diesem Verlangen Folge zu geben und solche modernen Kriegsmittel nach Deutsch-Südwesafrika zu senden. Da der Reichstag ja nicht tagt, gibt es keine aufregenden Verhandlungen darüber, und das Volk, das sich durch Ostasien in Spannung halten läßt, findet nichts darin.“

Man kann schwerlich sagen, daß diese Sprache an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt. Es macht nicht, daß es alles alte Wahrheiten sind, die, wie gesagt, von unserer Partei zuerst und stets vertreten wurden, es bleibt charakteristisch, daß endlich auch die Zentrums-Presse, ob sie will oder nicht, zu Wahrheiten gezwungen wird. Lange genug hat es gedauert. Es kommt dann nach dem vorstehend wiedergegebenen wörtlichen Zitat eine ebenso wahre pessimistische Beurteilung der jetzigen speziellen Kriegslage und am Schlusse des Artikels heißt es dann wieder wörtlich:

„Es ist die höchste Zeit, daß der Reichstag wieder zusammentritt und dafür sorgt, daß alle, die einen Sohn oder einen Verwandten in Deutsch-Südwesafrika haben, oder jene, die sich veranlassen lassen, sich für den Krieg zur Verfügung zu stellen, aus ihrer Ungewißheit herausgebracht werden. Denn so, wie es jetzt ist, kann und darf es nicht weiter gehen, wenn nicht immer weitere Kreise der Sozialdemokratie in die Arme getrieben werden sollen.“

Aus diesem Schlusse ist die alte Erfahrung bemerkenswert, daß jedes bürgerliche Wahrheit und Ernst, wozu die bürgerlichen Parteien sich endlich irgendwo einmal aufschwingen, lediglich der blaffen Furcht vor der Sozialdemokratie und ihren Erfolgen entspringen.

**Ueber die Ursachen des Herero-Aufstandes**

äußert sich ein südwestafrikanischer Farmer in der Zeitschrift „Die deutschen Kolonien“, herausgegeben von Pastor Gustav Müller und Dr. Theodor Förster, in einer Weise, die das von sozialdemokratischer Seite und auch von protestantischen Missionaren bisher Gesagte noch weit übertrifft. In dem Briefe heißt es:

„Wir bilden uns doch ein, Pioniere der Kultur zu sein, die Praxis aber, wie wir Kulturaufgaben lösen, ist eine sehr sonderbare. Glauben Sie sicher, daß der Herero-Aufstand nicht ganz unberechtigt ist, er hätte vermieden werden können. Und wenn die Regierung jetzt an die geschädigten An siedler (wozu auch ich gehöre) überhaupt keinen Pfenning Entschädigung zahlt, so wäre das im Interesse der Kultur nur zu begründen, mögen die Leute ruhig alle auswandern, am besten nach den englischen Kolonien, wir könnten es nur mit Freuden gesehen lassen. Vielleicht kommen dann bessere Elemente, Menschen nach hier, und es giebt gefündere Zustände. Dem englischen Wetter aber gönne ich von Herzen diese Art Kulturträger, mögen sie das Land hier je eber je lieber verlassen.“

Dier muß ich einen Standpunkt ansetzen, den Sie vertreten und worin ich völlig anderer Meinung bin. Ich meine die Ansiedelung ehemaliger Angehöriger der Schutztruppe als Farmer, Unteroffiziere und Mannschaften der Schutztruppe sind keine ge-

eigneten Leute für das Land. Das sind nicht Menschen, die es verstehen, Eingeborene zu behandeln, auf ihren Farmen herrscht überall Kaffernweiber-Wirtschaft und Faulheit ist Grundprinzip. Diese Leute sind alle bällig in Händen ihres Kaffernweibes, hängen allen Verdiebst an diese und ernähren vielfach noch den ganzen Anhang der Familie ihres Weibes. Ein Ekel überkommt einem, wenn man diese Wirtschaft mal zufällig mit ansehen. Nein, wir müssen andere Leute als Ansiedler finden. Wenn man über die Art der Eingeborenenbehandlung dieser Leute hier erzählen wollte, man könnte ein ganzes Buch „Prinz Arenbergiana“ schreiben, Sachen, die wie Mäuschhaufen Ringe wären. Lieber keine Ansiedler, als solche Leute, deren Ansiedelung meines Erachtens ein kulturfeindliches Prinzip bedeutet. Man schimpft hier allgemein über Missionare; ich gestehe offen, daß ich auch lieber einen heidnischen Eingeborenen beschäftige als einen christlichen, aber die vielen Fehler, die der christliche Eingeborene hat, hat er sicher nicht vom Missionar gelernt, sondern von dem weihen Christen, mit dem er in Verührung kam, von dem hiesigen Ansiedler. Gänzlich zur Arbeit unbrauchbar aber ist derjenige Eingeborene, welcher mal eine Zeitlang auf der Station, im Dienst der Truppe, oder als Bambuse eines Unteroffiziers thätig war. Aber die Arbeit der Missionare ist nicht zu unterschätzen, und sie anzusehen ist Dummheit und Kurzsichtigkeit. Freilich wäre auch hier so mancher reformbedürftig, aber unlegbar fest steht doch, daß der Missionar zu allen Zeiten und in allen Ländern der erste, ausdauerndste und beste Pionier der Kultur gewesen ist.

Mein Freund ist nun allerdings katholisch, und da die Zeitschrift, wie er schreibt, die protestantische Mission begünstigt, so will er sie nicht mithalten, obwohl er sonst der ganzen Tendenz des Blattes zustimmt. Wichtig ist, daß der hiesige katholische Vater Nachdruck an Bildung unsere rheinischen Missionare bei weitem überträgt, und während von unseren Missionaren keiner mit ins Feld rückte, war der katholische Missionar stets im Gefecht zur Stelle, und wenn ein Soldat fiel oder verwundet wurde, war er als erster bei ihm, trotz Kugelregen und Gefahr. Wie es kommt, daß von unseren evangelischen Missionaren kein einziger sich für diese schöne und bewunderungswürdige Aufgabe begeistern konnte, ist mir unverständlich und nur zu bedauern. Doch fühle ich mich nicht berufen, hierüber Kritik zu üben. Aber dem andern wollen wir die Anerkennung nicht verweigern.“

Die Herausgeber bemerken zu dem Briefe, daß er ein „ungemein großes“ Urteil abgibt, daß viel zu allgemein, aber immerhin höchst beachtenswert“ sei. Da das Urteil von einem Farmer abgegeben worden ist, wird man kaum behaupten können, daß es von einem Namen stamme, der die Farmer Südwesafrika nicht kenne. Hinzu kommt, daß dieser Farmer durchaus kein Sozialdemokrat oder auch nur ein Feind der Kolonialpolitik ist. Der betreffende Farmer hält die Kolonialpolitik für durchaus berechtigt. Er nimmt sogar als Soldat an dem Kriege gegen die Hereros teil und er ist von der Notwendigkeit dieses Kampfes, nachdem er einmal ausgebrochen, vollständig überzeugt. Beurteilt er es doch sogar, daß die protestantischen Missionare nicht gleich den katholischen an dem Kriege gegen die Hereros teilgenommen hätten. Jedenfalls ist also das Urteil dieses Mannes, um mit der Zeitschrift selbst zu sprechen, höchst beachtenswert! — Die Herausgeber der Zeitschrift wenden sich ferner lebhaft gegen die Forderung, die Verwaltung einem Zivilgouverneur zu übertragen, der nur als Exekutivorgan zu fungieren habe. Diese Forderung, so erklären sie, sei jetzt noch keineswegs angebracht. Es scheint vielmehr eine „recht stramme Zucht da drüben noch nötig“. Allerdings, wenn auch nur ein Teil der Farmer der Schilderung des oben zitierten Gewährsmannes entspricht, so wäre es höchst bedenklich, den Ansiedlern eine Selbstverwaltung zuzugestehen! —

**Ueber die Kolonialverhältnisse in der Südfsee**

äußert sich die deutsche Kolonialzeitung in einer ihrer letzten Nummern in einer Weise, die auf die bisherige dort geübte Verwaltungspolitik, aber auch auf die Händler nicht gerade das günstigste Licht wirft. Das Blatt schreibt:

„Wir müssen befürchten, daß, wenn nicht bald andere Maßnahmen zum Schutze der Weizen getroffen werden, sondern den Strafexpeditionen noch weiter eine abschreckende Wirkung zugesprochen wird, die Entvölkerung der Südfsee direkt und indirekt in steigendem Maße fortschreitet; und uns das wertvollste Material, der Eingeborene, schließlich gänzlich verloren geht. Nur wenn wir diesen Eingeborenen auf friedlichem Wege näher treten, können wir sie erhalten; dazu gehört aber unbedingt eine größere Anzahl fester Stationen, an denen die Händler (und wir sagen auch Missionare) einen Halt haben, von denen aus die Eingeborenen zivilisiert, beige aber auch kontrolliert werden. Strafexpeditionen haben bisher nicht genügt und werden auch in Zukunft nicht nützen, sondern schaden.“

Die Kolonialzeitung fordert also, daß auch die Händler kontrolliert werden. Das soll doch offenbar heißen, daß ihr bisheriges Verhalten keineswegs bewiesen habe, daß sie keiner Aufsicht bedürften. Offenbar treiben es hier die Händler nicht allzuviel besser als in anderen Kolonien! Der Vorschlag der deutschen Kolonialzeitung, eine größere Anzahl fester Stationen anzulegen, mag deshalb auch sehr gut gemeint und mit Rücksicht auf die Händler auch sehr notwendig sein, allein er würde ganz erhebliche Kosten verursachen, die in Anbetracht des volkswirtschaftlichen Gewinns auch aus diesen Kolonien sehr übel angebracht erscheint! —

**Japanische Flüchtlinge in Deutschland.** Die „Wismanns Telegraphisches Bureau“ aus Chtdunnen meldet, sind über 700 Japaner, darunter 200 Frauen und 24 Kinder, die sich in Sibirien aufgehalten hatten und wegen des Krieges zwischen Rußland und Japan ausgewiesen wurden, am Montag an der deutsch-russischen Grenze angekommen und in Wirballen vom japanischen Konsul Köhler in Bremen angenommen worden. Am 11. d. M. werden weitere 115 aus Rußland ausgewiesene Japaner erwartet. Die Flüchtlinge werden am 20. d. M. von Bremen aus mit dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Willehad“ die Heimreise nach Japan antreten. —

**Ausland.**

**Koloniale Spezialität.**

Zur Entschuldigung des entsetzlichen Massenmordes von Frauen und Kindern durch niederländische Kolonialtruppen hat, wie bereits ein Telegramm meldete, der Ministerpräsident Dr. Ruypers angeführt, die Gajus hätten ihre Frauen und Kinder als Schild benutzt. Er sagte: „Die Gajus stellten ihre Frauen in Reihen vor sich hin und lauerten uns auf, bis wir in das Bereich ihrer weniger weittragenden Gewehre gekommen waren.“ — Diese Schilderung mußte von vornherein starke Zweifel erwecken. Eine derartige Kampfweise würde von einer wildernatürlichen und beispiellosen Verrohung zeugen. Nach Schilderungen, die das „Soerabrijah Handelsblad“ von jenen Mordtaten gibt, sind denn auch die Gajus nicht die verkommenen Bestien, die sie nach Ruypers Angaben sein müßten. Von der Eroberung von Soeto Reh berichtet das Blatt unter anderem:

Unaufhörliche Ausfälle mit dem Ketwang und der lange nötigen die Truppe, mehr als man anfänglich gehofft hatte, von den Feuerwaffen Gebrauch zu machen. Von Schonung der Frauen und Kinder, die als ein unentwirrbarer Anker hinter den bewaffneten Männern aufgestellt waren, war so gut wie keine Rede. Nach 20 Minuten Schnellfeuer glaubte man denn auch, keine lebende Seele mehr in dem begrenzten Raum antreffen zu sollen.“

Hierbei seien auf Seite der Eingeborenen 313 Männer und 248 Frauen und Kinder, die Niederländer hatten 2 Tote und 13 Verwundete. Die Eroberung von Siat wird in dem genannten Blatte so beschrieben:



War das Erkennen der Wälle das Werk eines Augenblicks gewesen, so ging es ganz anders zu bei der Eroberung der eigentlichen Befestigung. Der Feind verteidigte sich mit dem Mute der Verzweiflung und machte es unseren Truppen durch seine unaufhörlichen Kletter-Anfälle (schnelle Angriffe mit dem indischen Dolchmesser) unmöglich, jemand zu schonen (?). Um 12 Uhr 15 Minuten war man, äußerst langsam vorwärts schreitend, endlich der Umstände Herr geworden.

Gegenüber einem Verlust von 432 Personen, darunter 124 Frauen und 88 Kinder, auf Feindeseite, betrug der unsere ein Toter und zwei verwundete Offiziere nebst 15 verwundeten Gemeinen.

Ueber die Eroberung von Koeto Lengat Baroe berichtet das Blatt:

„Auf Feindeseite kämpfte alles mit, Männer, Frauen und Kinder. Mit dem bekannten Kriegsgeschrei führten die arme, durch geistliche Leiter aufgeheizte Bevölkerung, darunter auch solche Leute, die von weit hergekommen waren, um in dem ihrer Meinung nach unnehmbaren Koeto Lengat Baroe Schutz vor unseren Truppen zu finden, gegen unsere Repetiergewehre an. Einen Beweis, wie fanatisch man gestimmt war, bildete das Graben der sogenannten Todesgraben, worin die Verteidiger bis zum letzten Atemzuge feststanden. Der Verlust des Feindes war denn auch entsetzlich, nicht weniger als 654 Personen wurden getötet. Die Anzahl der Frauen betrug 186, der Kinder 130. Verwundet blieben in der Befestigung liegen: ein Mann, 16 Frauen und 32 Kinder, während nur 28 Kleine unversehrt zum Vorschein gebracht wurden. Auf unserer Seite fielen 3 Gemeine. Verwundet wurden 1 Offizier, 22 Gemeine und 6 Zwangsarbeiter.“

Wenn man diese doch keineswegs zu gunsten der Eingeborenen gefährdeten Verluste sieht, wird man unsern Parteigenossen van Kol Recht geben müssen, als er in der Kammer erklärte:

„Auf der Schulbank lernten wir den Blutdurst und die Grausamkeiten eines Alba verabscheuen, eines Mannes, der in drei Jahren in den Niederlanden 1800 Menschen dem Tode überantwortete. Aber am 14., 20. und 24. Juni d. J. haben wir mehr Menschen getötet als Alba in 3 Jahren. In Woffshöhlen fand man Tote und Verwundete über einander liegen, Greise, Mädchen, Frauen, Knaben, Männer. Einen Blinden fand man unversehrt und unversehrt Kinder in der Höhle zwischen den Toten. Hier und dort eine halb verbrannte Leiche mit aufgerissenen Leib. Seht hier einige Tatsachen, die zufällig zu unserer Kenntnis gekommen sind. Berge von Leichen, Pyramiden von Menschen haben wir gemacht, von Weisheiten. Gegenüber 4000 Toten bei jenen waren bei uns vier!“

Selbst die „Rheinisch Westfälische Zeitung“ läßt sich von ihrem Amsterdamer Korrespondenten berichten:

„Selbstverständlich kann ein Kolonialkrieg nicht mit europäischen Mäßen gemessen werden — aber es bestehen doch Grenzen. Die Erklärung für diese traurigen Ereignisse? Ich suche sie zum Teil in der Kampfart der Gajos, zum anderen in der Person des holländischen Führers, der ein Draufgänger ohne Gnade ist, zum dritten in der Tatsache, daß die niederländische Truppe (Marineinfanterie) aus eingeborenen Soldaten bestand, besonders aus den wüsten Maburenen und Amboniesen, die leicht von einer fanatischen Raserei befallen werden. Diese Truppe, die niederländische Offiziere und Unteroffiziere hat, ist übrigens mit die beste der niederländischen Heere auf Sumatra und beweist, von wie großem Nutzen die Eingeborenen im Kampfe gegen die Eingeborenen sein können. Nur müssen sie in gehöriger Zucht gehalten werden. Es ist aber zu hoffen, daß Schusswaffen wie bei Koeto Lengat nicht wieder vorkommen — auch im eignen Interesse der Holländer: die „Greuel“ auf Saba und den Philippinen bilden gefährliche Beispiele. Lieft man aber die empörenden Privatitäten der militärischen Reich-Korrespondenten der führenden niederländischen Blätter, so wird einem bang. Die Gefährlichkeit scheint sich in Asien zur höchsten Macht zu entwickeln und die Holländer drücken die Erzeugnisse anstandslos ab.“

## Italien.

Aus der italienischen Partei.

Am 1. Oktober war bekanntlich die Frist abgelaufen für die autonomen Zirkel, sich wieder der alten Partei-Organisation anzuschließen. Die autonomen Gruppen von Rom haben ihre Wiedervereinigung mit der dortigen sozialistischen Föderation zwar beschlossen, jedoch wollen sie noch wie vor ihre Anschauungen propagieren und haben zu diesem Zwecke die Herausgabe eines Wochenblattes beschlossen. Die Mailänder Reformisten dagegen haben erklärt, nach wie vor außerhalb der Partei-Organisation zu bleiben. In einem Manifest suchen sie ihre Haltung dem italienischen Proletariat gegenüber zu erklären und zu rechtfertigen. Die Trennung, so heißt es darin, sei nicht aus Gründen der Doktrin erfolgt; sie seien immer für den Sozialismus tätig gewesen und keine Parteileitung könne sie hindern, auch in Zukunft diese Ideen weiter zu verbreiten. Im ferneren wird auseinandergesetzt, daß die Trennung in Mailand notwendig geworden sei aus persönlichen Gründen. In Mailand haben sich die extremsten Elemente der Partei zusammengefunden und bekämpften sich durch Haß, Verleumdungen und Beleidigungen; vorläufig sei an eine Einigung nicht zu denken, die Lösung dieses Problems müsse man der Zukunft überlassen. Sodann wird aufgeführt, was die autonomen Gruppen in Bezug auf die Agitation und Aufklärung der Massen geleistet haben. Wie auch die Parteileitung entscheiden werde, die autonomen Gruppen würden, so heißt es weiter, nicht aufhören, mit der Partei und für die Partei zu leben und zu arbeiten. In wenigen Tagen wird die Parteileitung über die autonomen Gruppen entschieden haben.

## Afrika.

Der „Iste Nullah“ regt sich wieder. Aden, 3. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Wie gemeldet wird, hat der Nullah Dgaden geplündert, wobei 800 Einwohner getötet und eine beträchtliche Menge von Kamelen und Schafen erbeutet wurden; ferner heißt es, der Nullah habe kürzlich eine große Anzahl Geiseln erhalten.

## Amerika.

Von der Wahlkampagne in Amerika. Während die Republikaner und Demokraten in ihren Zeitungen erörtern, wer wohl bei den nächsten Wahlen am meisten an die Sozialisten verlieren werde, fahren sie selbst fort, die Agitation energisch zu betreiben und beide alten Parteien gleichermäßen zu bekämpfen. Eugen Debs selbst ist unermüdet in der Agitation; seine Zeit ist bis zur Präsidentschaftswahl so knapp bemessen, daß er in einer Stadt wie Chicago doch nur für eine einzige Versammlung zuzugewinnen konnte. Er berührt auf seiner Agitationsreise, die sich von einem Ozean zum anderen ausdehnt, fast alle größeren Industriezentren der Union. Besonderen Erfolg versprechen sich die Sozialdemokraten im Westen der Vereinigten Staaten, wo die amerikanische Labor-Union ihren Sitz hat. Neunzehn gewerkschaftliche Verbände haben bis jetzt der Kandidatur Debs ihre Unterstützung zugesagt, so daß die Hoffnung des Parteisekretärs Mailly, der sich dahin äußerte, daß diese Wahlen der sozialistischen Partei den stärksten Zuwachs bringen, der in der Geschichte der Partei dieses Landes je dagewesen, wohl begründet ist.

Von der amerikanischen Parteipresse. Dem nächsten Kongreß der internationalen Union der Gewerkschaften der Vereinigten Staaten wird der Antrag des Zweigvereins von Dayton vorliegen, der die Gründung einer Tageszeitung in englischer Sprache verlangt. Der Gewerkschaften-Verband besteht zum großen Teil aus Deutschen und zwar aus Sozial-

demokraten. Der Verband steht daher im Gegensatz zu den meisten anderen gewerkschaftlichen Verbänden streng auf dem Boden des Sozialismus und propagiert die Ansammlung eines Fonds durch den Brauerverband und die sozialistische Partei. Hat der Fonds die Höhe von 2000000 M. erreicht, so soll mit der Gründung der Tageszeitung vorgegangen werden. Das Blatt ist unter Kontrolle der Parteileitung zu stellen und hat in seinen Spalten die Ideen des Sozialismus und der modernen Gewerkschaftsbewegung zu vertreten. Die Ueberschüsse sollen zur Gründung weiterer Tageszeitungen verwendet werden.

## Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Zur Lage auf dem Hauptkriegsschauplatz.

London, 3. Oktober. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Mukden, den 1. d. Mts., telegraphiert: Die Japaner scheinen ihre Taktik geändert zu haben, sie verschanzen sich; trotz dem sind Umgebungsversuche im Osten nicht ausgeschlossen. Die Gegner sprechen einer vom andern mit Hochachtung; alle Beschuldigungen wegen angeblicher Forderungen von Soldaten und gefangener Soldaten und wegen Mißbrauchs der weißen Flagge haben abgelehnt; die Gefangenen werden gut behandelt. Die chinesischen Behörden legen außerhalb des Kampfbereiches Getreidelager an, um einer Hungersnot vorzubeugen. Die Ernte ist sehr reichlich. Fänden wohl einen trostlosen Eindrud; ein Teil der Bewohner ist in die Wälder geflohen.

London, 2. Oktober. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus dem Hauptquartier des Generals Liu über Fusan von gestern gemeldet: Der erste japanische Eisenbahnzug ist heute nachmittag in Liaojang eingetroffen. In einigen Tagen wird ein regelmäßiger Dienst eingerichtet sein. Die ersten Füge führen Lebensmittel, Munition und Eisenbahnmateriale mit sich.

## Von Port Arthur.

Tokio, 3. Oktober. Wie berichtet wird, haben die Russen in Port Arthur seit einigen Tagen verzweifelte Versuche gemacht, das Fort Europatkin und andre Stellungen zu erobern. Sie hoffen auch, die Wasser- und Wasserdampfversorgung der Stadt wieder zu nehmen und auszubessern. Zu diesem Zwecke unternahmen sie mehrere Angriffe auf diese Stellungen, wobei es auf beiden Seiten große Verluste gab. Die Lage der russischen Flotte im Hafen von Port Arthur ist eine sehr mißliche geworden, nachdem die Japaner mehrere schwere Geschütze in solche Stellungen gebracht haben, daß sie direkt den Hafen bombardieren können.

London, 3. Oktober. Der „Daily Chronicle“ berichtet, daß nach dem letzten Gefecht vor Port Arthur zwischen beiden Kriegführenden ein kurzer Waffenstillstand geschlossen wurde, um die Toten zu begraben. Die beiderseitigen Offiziere tauschten unter einander Gräbe aus und unterhielten sich über die Strapazen des Krieges. Nach dem Waffenstillstand wurde der Kampf mit aller Kraft wieder aufgenommen.

Nach einer Meldung aus Tschifu von heute haben, wie Schinwen melden, am 28. und 29. September heftige Kämpfe westlich von Liautichan in der Nähe der Taubenducht stattgefunden, bei welchen die Russen vergeblich versuchten, sich der Geschütze großer Kalibers zu bemächtigen, welche die Japaner dort aufgestellt hatten.

Tokio, 3. Oktober. (Telegramm des Reuterschen Bureau.) Das Marine-departement meldet, daß am 20. September ein zur Befestigung von Seeminen verwendeter russischer Dampfer im Hafeneingang von Port Arthur auf eine Mine gestoßen und gesunken ist. Im japanischen Marineministerium meint man, die Russen hätten Mangel an kleinen zur Entfernung von Minen geeigneten Dampfern. Die Meldung, daß ein japanisches Kanonenboot im Süden der Halbinsel Liautichan durch eine Mine zum Sinken gebracht sei, ist amtlich nicht bestätigt.

London, 3. Oktober. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Tschifu telegraphiert: Während des letzten Sturmes auf Port Arthur griffen die Japaner wiederholt den für die Russen sehr wichtigen hohen Hügel an; am 22. September nahmen sie die Stellung, indem sie die steilen Bergänge wie Ameisen erklimmen. Da der Verlust, die Stellung zurückzuerobern, äußerst gewagt war, wollte General Stössel keinen Versuch dazu erteilen und rief Freiwillige auf. Jeder, an den die Frage erging, war bereit, worauf eine Anzahl Freiwilliger ausgewählt wurde. Die Mannschaften und auch die Offiziere nahmen Handgranaten, und es gelang ihnen nach verzweifelterm Kampfe, die Japaner aus allen Positionen zu vertreiben. Die Russen bezifferten den Verlust der Japaner an den vier Tagen des Sturmes auf 10 000 Mann. General Stössel erließ eine Proklamation, in der er seinen Dank an Gott und die heldenmütige Garnison für die Zurückweisung des Sturmes Ausdruck gibt.

## Vom waderen Alexejew.

Paris, 3. Oktober. Der Petersburger Korrespondent des „Echo de Paris“ las einen Privatbrief vom Kriegsschauplatz, dessen Schreiber erzählt, daß bei der Nachricht von der Niederlage bei Liauzang Alexejew mit äußerster Ueberstürzung einen Spezialzug in Mukden heizen ließ und in größter Eile nach Chardin dampfte. Seine Eile war so groß, daß der Zug stundenlang den Verkehr der Militärszüge aufhielt und sogar einen schweren Unfall verursachte. Er fuhr nämlich gegen einen Sanitätszug, den er zertrümmerte, wobei 40 verwundete Soldaten getötet wurden.

## Gewerkschaftliches.

### Vogelsfrei?

Gelegentlich einer Gerichtsverhandlung in Nixdorf befandete ein Polizeibeamter unter seinem Eide, der Herr Polizeipräsident von Berlin habe angeordnet, daß Streikende, die man wegen angeblichen Vergehens gegen die Straßenpolizei-Verordnung verhaftet habe, so lange festzuhalten seien, bis in den vom Streik betroffenen Betrieben Feierabend eingetreten sei und die Streikbrecher denselben verlassen haben. — Das ist eine vorübergehende Maßregel der Berliner Polizei, die den Verfall aller Scharfmacher finden wird, wenn wir auch ihre gefehliche Verletzung nicht einzusehen vermögen.

Wie die Berliner Polizei so Streikenden gegenüber — in zahllosen Fällen nachgewiesenermaßen in unhaltbarer Rechtsauffassung — den Gerichten vorgeht, scheint sie in anderen Fällen über das richterliche Urteil hinaus die Verstrafung von Streikbrechern fortzusetzen. Man erinnert sich, daß bei dem vorjährigen Maurer- und Zimmererstreik in Bromberg wegen unbedeutender Vergehen horrend Strafen verhängt worden sind. Am 20. Juni 1903 wurde unter anderem auch der Zimmermann Max Spielmann wegen „Verdrehung und versuchter Rötigung“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem er schon zwei Monate in Untersuchungshaft gesessen hatte. Er befand sich also im ganzen acht Monate hinter den schwedischen Gardinen, und zwar nur deshalb, weil er zwei russische Streikbrecher, die den Streikenden das Versprechen gegeben hatten, wieder abreißen zu wollen, dann aber zurückkehrten, auf das Unmoralische ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht hatte.

Nach Verhängung seiner Strafe war keine Aussicht für ihn vorhanden, in Bromberg seine Existenz zu finden. Spielmann siedelte mit seiner Familie nach Berlin über. Er erhielt hier Arbeit und hatte damit seine Existenz.

Untern 8. Juli 1904 erließ ihn aber der Ausweisungsbefehl des Berliner Polizeipräsidenten. Spielmann sei „als eine für die öffentliche Sicherheit und Moralkraft gefährliche Person zu erachten“, so heißt es in der Verfügung; er habe Berlin binnen 14 Tagen zu verlassen mit dem Erfordern, daß, wenn er nach Ablauf der erhaltenen Frist im Ausweisungsbezirk noch betroffen

werde oder dorthin zurückkehre, gegen ihn eine Geldstrafe von zunächst 100 Mark oder im Unvermögensfall eine Haftstrafe von zehn Tagen festgesetzt und vollstreckt werden würde. Zugleich wurde ihm bedeutet, daß ihn das gleiche Schicksal ereile, wenn er sich in 61 namhaft gemachten Orten um Berlin niederlasse.

Spielmann, der sich seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis nichts hatte zu Schulden kommen lassen, versuchte die Ausweisung auf dem Instanzwege rückgängig zu machen, weil seine wiederbegründete Existenz tatsächlich vernichtet und er einem grauenhaften Schicksal preisgegeben werde. Das half aber nichts, er erhielt den Befehl, daß seine „Ausführungen keine Veranlassung geben können“, seine „Ausweisung vom Aufenthalt in Berlin und Umgegend aufzuheben“.

Es fällt schwer, nicht der Ansicht zu sein, daß es sich in dieser Maßregel um eine Verschärfung der horrenden Strafe für Streikvergehen handelt.

## Berlin und Umgegend.

Der Streik der Musikinstrumentenarbeiter ist am Sonntag abgeschlossen worden. In einer imposanten Versammlung, die den Neckerischen Saal samt den Galerien bis auf den letzten Platz füllte, erstattete Siegfeld namens der Kommission Bericht über die derzeitige Situation der Lohnbewegung. Er sagte, in einer kurz vorher abgeschlossenen Vertrauensmänner-Versammlung sei festgestellt worden, daß 13 Fabrikanten die Forderungen voll bewilligt haben, während 4 teilweise Zugeständnisse machten. In 12 Fabriken schwebten die Verhandlungen noch. 61 Fabrikanten haben die Forderungen abgelehnt. Die bereits erfolgten Bewilligungen seien der beste Beweis dafür, daß die Forderungen erfüllbar sind. Schon vor der Lohnbewegung hätten Fabrikanten gesagt, daß für manche Arbeiten eine Lohnerhöhung notwendig sei. Dieselben Fabrikanten hätten aber aus freien Stücken nichts zugelegt, ja, als die Arbeiter jetzt ihre Forderungen stellten, sei ihnen auch nichts bewilligt worden. Die Fabrikanten, welche sich ablehnend verhalten, ständen auf dem Standpunkt, daß sie jetzt, wo der Druck von außen komme, nichts bewilligen würden. Sie beriefen sich auf den Beschluß ihrer Versammlung und meinten, sie würden ihr Wort brechen, wenn sie die Forderungen der Arbeiter bewilligten. Ehe jedoch die Fabrikanten ihrem Beschluß faßten, hätten sich auch die Arbeiter ihr Wort gegeben, ihre Forderungen durchzusetzen, und keiner der Arbeiter werde sein Wort brechen. Jetzt gelte es, zusammenzufassen und den Unternehmern abzurufen, was sie freiwillig nicht geben wollen. Der Stand der Bewegung sei günstig. Auch in der Mechanikbranche, die man nicht in die Bewegung hineingezogen habe, sei ein Erfolg zu erwarten. In einer Mechanikfabrik, wo die Arbeiter eine Lohn-erhöhung forderten, sei ihnen eine Zulage von 3 M. bewilligt worden. Die Klavierfabrikanten, welche noch nicht bewilligt haben, müßten nunmehr durch Arbeitsniederlegung gezwungen werden, die Forderungen anzuerkennen. — Die Diskussionsredner stimmten diesen Ausführungen ohne Vorbehalt zu. Es herrschte vollkommene Uebereinstimmung darin, daß der Streik Erfolg versprehe, denn die Kollegen seien bereit, einmütig die Arbeit niederzulegen. Alle Kollegen, die schon seit vielen Jahren in einer Werkstatt arbeiten und sich an dem Streik im Jahre 1896 nicht beteiligten, hätten versichert, daß sie diesmal den Streik mitmachen würden. Die Klavierarbeiter haben ihren Unternehmern ebenfalls einen Tarif vorgelegt, die Fabrikanten haben die in demselben aufgestellten Forderungen wohl als berechtigt anerkannt, aber erklärt, daß sie nichts bewilligen würden, ehe sie nicht mühen, daß ihre Abnehmer, die Klavierfabrikanten, ihnen höhere Preise zugesichern. Seitens der Klavierarbeiter wurde versichert, daß sie ebenfalls den Streik mitmachen. Unter diesen Umständen werde es gelingen, die Berliner Produktion lahmzulegen und den Forderungen der Arbeiter Anerkennung zu verschaffen. Den Fabrikanten, die stets bemüht waren, den Lohn nach unten zu drücken, müsse der Druck der Arbeiter entgegengesetzt werden, welcher die Löhne der Arbeiter nach oben bewegen will. — Die von der besten Stimmung befeuerte Versammlung nahm gegen vier Stimmen die nachstehende Resolution an:

Die von 3500 Personen besuchte Versammlung nimmt Kenntnis vom Stande der Lohnbewegung und beschließt, daß in allen Fabriken, wo die Forderungen gestellt und nicht bewilligt worden sind, am Montag, dem 3. Oktober, die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. Alle beteiligten Kollegen halten es für ihre Ehrenpflicht, den Beschluß unter allen Umständen streng durchzuführen. Jeder gegen den Beschluß handelnde Kollege macht sich des Streikbruchs schuldig. Die Versammelten sind sich voll bewußt, daß nur durch geschlossenes Zusammenstehen in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe die Kraft liegt, denselben mit Erfolg zu Ende zu führen.

Bis gestern mittag wurde auf dem Bureau des Holzarbeiter-Verbandes festgestellt, daß in 25 Fabriken mit 461 Musikinstrumentenarbeitern die gestellten Forderungen sofort bewilligt wurden. In 77 Fabriken legten zirka 1800 Arbeiter wegen Nichtbewilligung die Arbeit nieder. Klavierarbeiter stellten in 11 Fabriken 285 Mann die Arbeit ein.

Berliner Sensationsblätter, die im Interesse des Verschleißes auch mit der Arbeiterbewegung kollidieren, bringen die Nachricht, daß am gestrigen Montag eine Holzarbeiter-Aussperrung von riesenhafter Ausdehnung — an einer Stelle wird von 50 000 Aussperrten gesprochen — vor sich gehen sollte.

Auf dem Bureau des Holzarbeiter-Verbandes wußte man gestern abend von sage und schreibe drei Aussperrungen!!!

Die Tarifverhandlungen der Bildhauer der Modelbranche fanden am Montag vor dem Gewerbegericht unter Vorsitz des Gewerbegerichtsdirektors v. Schulz ihren Abschluß. Festgelegt wurde in bezug auf die Punkte: Arbeitszeit, Akkordarbeit und Inkrasttreten resp. Dauer des Tarifs, über welche noch Differenzen bestanden, folgendes:

Die Arbeitszeit beginnt frühestens 8 Uhr und endet spätestens 4 1/2 Uhr, darf jedoch 8 Stunden nicht übersteigen. Sonnabends Schluß der Arbeit 4 Uhr; an den Tagen vor den hohen Festen Schluß der Arbeit 3 Uhr. Die Lohnzahlung erfolgt nach Möglichkeit an der jeweiligen Arbeitsstelle. In bezug auf Akkordarbeit wurde von der Festlegung einer Lohngarantie Abstand genommen und strittige Fälle vor eine vor dem Gewerbegericht eingesetzte Schlichtungskommission verwiesen. — Alle übrigen Punkte des Tarifs waren durch vorherige Vereinbarung erledigt. Die Schlichtungskommission besteht aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern. Der Tarif tritt am 1. Januar 1905 in Kraft und hat Gültigkeit bis 1. September 1907. Wird der Tarif 8 Wochen vor Ablauf nicht geändert, gilt er auf ein weiteres Jahr.

Zur Lohnbewegung der Möbelpolierer wird mitgeteilt, daß in den meisten Fällen die gestellten Forderungen ohne Arbeitsniederlegung bewilligt wurden. Leider sind gerade die allerhöchsten Betriebe von der Bewegung noch unberührt geblieben. Dort, wo noch Ueberstunden, Sonntagsarbeit, schlechte Löhne und sonstige Mißstände aller Art vorhanden sind, erhält man den Eindruck, als ob sich die dort Beschäftigten schämen, die elenden Zustände an die Öffentlichkeit zu bringen und die günstige Zeit zu einer Aenderung unausgenutzt vorübergehen lassen. Im ganzen wurden bis jetzt 650 Polierer gemeldet, welche Forderungen stellten. Davon erreichten eine Lohnerhöhung von 1,50 bis 5 M. pro Woche 382, weniger als 1,50 M. 184 von ihnen. Wegen Verfürgung der Arbeitszeit streikten 15 Möbelpolierer. Nur 30 im Akkordverhältnis stehende stellten Forderungen und sehten auch zum Teil die Einführung der Lohnarbeit durch. Augenblicklich befinden sich noch 60 Kollegen im Streik. Die Zahl der Streikenden verändert sich jedoch fortgesetzt, weil — angespornt durch die Erfolge — täglich in verschiedenen Betrieben von neuen Forderungen gestellt werden.

Die Polierer haben von der für Montag, den 3. d. Mts., in Aussicht genommenen Arbeitsniederlegung einstweilen Abstand ge-



nommen, da die Fabrikanten sich zu Verhandlungen bereit erklärt haben. Die am Sonntag abgehaltene Versammlung setzte eine aus Arbeitern aller in Frage kommenden Betriebe bestehende Kommission ein, welche mit den Fabrikanten zu verhandeln hat.

**Ueber den Stand der Sperren in der Ristenbranche** wurde in einer Mittheilung berichtet, die gestern in den „Arbeiterstimmen“ abgedruckt wurde. In der letzten Versammlung blieben gäspert die Firmen Königsdorfer, Seifert, Möllinger, Thurov und Rau. Herr Rau hat inzwischen, am 28. September, den Tarif, dessen Bewilligung er wieder zurückgezogen hatte, von neuem bewilligt, so daß die Sperre über diese Firma damit erledigt war. Königsdorfer, Seifert und Thurov haben den Tarif noch nicht anerkannt, obwohl sie nach der Feststellung des Redners ganz erheblich unter der Sperre leiden und einen Teil ihrer Kundschaft an andere Fabrikanten verloren haben. Thurov hat einige seiner alten Arbeiter durch gewisse Zugeständnisse zu bewegen gesucht, wieder zu ihm zu kommen, ist damit aber abgefallen. Mehrer ist der Meinung, daß die immer noch gute Konjunktur noch vier Wochen anhalten werde, so daß die Sperren Klagen verschaffen. Möllinger sei ebenfalls einen großen Teil seiner Kundschaft los. Allerdings habe er jetzt neben verschiedenen Angeleiteten auch zwei Kollegen als Arbeitswillige. Die fünf noch arbeitenden Streikenden der Firma haben unter diesen Umständen sich dahin geäußert, sich eventuell mit dem von Möllinger in einer neuesten Verhandlung gemachten Zugeständnis zufrieden zu geben. Es handelt sich um eine Zulage von 1/10 Pf. pro Quadratfuß, während ursprünglich eine solche von 1/4 Pf. gefordert wurde. — Beschwerden über die Firma Flugroth hat die Kommission nicht für berechtigt erklärt. — Auf Vorschlag der Lohnkommission beschließt die Versammlung einstimmig, daß die Sperre über die Firmen Seifert, Thurov und Königsdorfer bestehen bleibt. In einer besonderen Abstimmung wurde der Antrag der streikenden Kollegen von Möllinger, ihnen die Aufnahme der Arbeit unter obiger Bedingung zu gestatten, abgelehnt und damit beschlossen, auch über die Firma Möllinger die Sperre weiter bestehen zu lassen.

**Die Lohnbewegung der Goldschmittmacher.** Gestern Abend fand im Gewerkschaftshaus eine Branchenversammlung der Goldschmittmacher statt, die sich mit den Antworten der Arbeitgeber auf den am 28. September eingegangenen Entwurf zu einem Minimaltarif befaßte. Wie aus dem Bericht, den der Vertrauensmann Schiffe gab, hervorging, haben nur wenige Firmen den Tarif bedingungslos anerkannt. Einige andere Firmen machten verschiedene Einschränkungen oder antworteten ausweichend; mehrere hatten es überhaupt noch nicht für nötig befunden, zu antworten. — Die Versammlung nahm nach kurzer Diskussion folgende Resolution an: „Die verammelten Goldschmittmacher Berlins beschließen, daß die Kollegen bei den Firmen, die noch nicht bewilligt haben, morgen vorstellig zu werden und eine Erklärung darüber zu verlangen haben, ob die Herren Chef mit uns in Verhandlung treten wollen oder nicht. Antwort ist spätestens bis Mittwochabend zu geben.“

Von einem Fabrikanten war der Wunsch geäußert worden, die Organisation möge auch in der Provinz zur Verbesserung der Löhne sorgen. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß in dieser Hinsicht eifrig gearbeitet wird und daß gerade jetzt eine große Lohnbewegung der Goldschmittmacher Dresdens bevorsteht.

**Die Lohnbewegung der Papier- und Ledergeräth-Arbeiter und Arbeiterinnen** wurde gestern Abend in einer öffentlichen Versammlung der Branche für dieses Jahr für beendet erklärt. Wie der Obmann der Lohnkommission, Albert Hoffmann, berichtete, sind die Forderungen, die 33 Firmen ausgestellt wurden, von 17 Firmen ganz oder teilweise bewilligt worden, wodurch für 600 Arbeiter und Arbeiterinnen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt wurden. Bei drei Firmen wurde gestreift. Einer der Streiks ging verloren, einer endete mit Erfolg und einer, bei der Firma Kühne, Prinzenstraße, dauert noch fort. — Die Versammlung nahm nach kurzer Debatte folgende Resolution an: „Die verammelten Papier- und Ledergeräth-Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen an, daß es der Lohnkommission nach Lage der Verhältnisse nicht möglich war, mehr zum Besten der Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Bewegung zu erzielen. Sie haben durch die Bewegung erkannt, daß nur durch eine starke Organisation die Verhältnisse in der Ledergeräthbranche geregelt werden können. Deshalb verpflichten sie sich mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die durch die Bewegung der Organisation zugeführten Kollegen und Kolleginnen ihr treu bleiben und alle Bemühenden der Organisation zugeführt werden.“

Der Lohnkommission erteilt die Versammlung einstimmig Decharge.

**Der Hauptvorstand des Deutschen Buchbinder-Verbandes** und die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ sind den Beschlüssen des letzten Verbandstages entsprechend am 1. Oktober nach Berlin geschiedelt. Das Bureau des Verbandsvorstandes sowie die Redaktion und Expedition der Zeitung befinden sich Elisabeth-Ufer 40, I.

### Deutsches Reich.

**Lichter, Achtung!** Die Wiener Lichter befinden sich in einer Anzahl Werkstätten im Kampf um den Neunjahrestag. Es versuchen nun Agenten von dort, in Deutschland Lichter anzukommen. Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ersucht deshalb dringend, jedes Angebot abzulehnen und von Wien fernzuhalten.

### Tarifvereinbarungen im Zimmerergewerbe.

Welche Fortschritte die Tarifbewegung im Baugewerbe trotz des gerade in dieser Branche so heftigen Widerstandes der Schornsteinmacher macht, zeigt eine Uebersicht über die im Jahre 1904 im Zimmerergewerbe gültigen Lohn- und Arbeitsverträge, die vom Organ des Zentralverbandes der Zimmerer veröffentlicht wird. Danach sind augenblicklich in 163 Bezirken die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifvereinbarungen geregelt. Darunter befinden sich Bezirke, die wegen ihrer Ausdehnung besondere Erwähnung verdienen, so Berlin mit Umgebung, Leipzig, Bismarck, Pinneberg, Bielefeld, Potsdam und Tharandt. Allein der Berliner Tarif regelt die Arbeitsverhältnisse in 52, der Bismarcker in 74, der Tharandter in 60 Orten. Von den 163 Tarifverträgen sind 4 im Jahre 1900, 3 im Jahre 1901, 9 im Jahre 1902, 28 im Jahre 1903, 109 im Jahre 1904 abgeschlossen worden. Die meisten Tarife enthalten genaue Bestimmungen über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, über den Stundenlohn für voll leistungsfähige Arbeiter, über die Lohnaufschläge für besondere Arbeiten, über den Tag der Lohnzahlung, über die Kündigungstermine für das Arbeitsverhältnis, endlich über die Dauer und die Kündigung des Tarifes. Nach den Tarifverträgen beträgt die reguläre Jahresarbeitszeit zwischen 2310 und 2650 Stunden, der Jahresarbeitsverdienst zwischen 888,52 und 1800,75 M. Am höchsten ist der Jahresarbeitsverdienst in Berlin. Die meisten Verträge endigen in den Jahren 1905 oder 1906; inbessenen laufen auch einzelne Verträge bis 1908, ja sogar einer (in Nordhausen) bis 1909.

Im Bremer Bauarbeiterverband hat sich, wie uns von dort geschrieben wird, die Situation wieder wesentlich verändert. In der Sonnabendnummer unseres Blattes berichteten wir, daß sich am Sonntag alle drei an dem Ausstände beteiligten Organisationen für Fortsetzung des Ausstandes erklärt und dementsprechend Beschluß gefaßt hatten. Am Freitagabend hielten die Maurer nun wiederum eine Versammlung ab, in welcher nach einem Referat Bömelburgs mit 2/3 Majorität die Aufnahme der Arbeit beschlossen wurde. Am Sonntagvormittag versammelten sich auch die Bauhilfsarbeiter, welche ebenfalls mit 2/3 gegen 101 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Entgegen den Beschlüssen dieser beiden Korporationen erklärten sich am Sonntagabend die Zimmerer mit 107 gegen 102 Stimmen für Fortführung des Ausstandes.

Durch diesen letzten Beschluß ist die Situation in Bremen nun außerordentlich kritisch geworden. Es ist bekannt, daß in den meisten Fällen alle drei Berufe zusammen arbeiten. Wenn nun die Zimmerer den Ausstand fortsetzen, dann können sowohl Maurer wie auch Bauhilfsarbeiter ebenfalls nicht arbeiten. Solange die Zimmerer auf ihrem Beschlusse verharren, muß die Bewegung ihren Fortgang nehmen.

In dieser Situation ist es vor allen Dingen notwendig, daß kein Bauarbeiter nach Bremen kommt, bis der Friede von beiden Seiten besiegelt und öffentlich publiziert ist.

**Blauen im Vogtlande, den 3. Oktober.** (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Der Streik der Steinseher wurde heute durch einen Vergleich vor dem Oberbürgermeister erfolgreich beendet.

## Aus Industrie und Handel.

**Der Zusammenbruch der Bankfirma Ehrenberg u. Co.** hat zur Verhaftung des Geschäftsinhabers Paul Ehrenberg geführt. Er wurde in seiner in Steglitz, Brangelstraße 5, belegenen Villa auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft beim königlichen Landgericht II festgenommen und heute dem Untersuchungsgefängnis in Moabit zugeführt. Die Verhaftung erschien einerseits wegen Fiskusverdachts, andererseits deswegen erforderlich, weil die Höhe des Defizits in der Firma, die seit fünf Jahren in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt war, sich als eine recht beträchtliche herausgestellt hat. Nach den bisherigen Ermittlungen beträgt die Unterbilanz annähernd eine halbe Million, davon entfällt mehr als die Hälfte auf Depots, die entweder zum Teil oder auch ganz verrentet worden sind. Die übrige Summe stellt die Verpflichtungen dar, die die Firma bis zu ihrem Zusammenbruch übernommen hatte, ohne Deckung zu haben. Ehrenberg besitzt außer der genannten Villa in Steglitz auch noch ein ebendort gelegenes Grundstück in der Schloßstraße 90; außerdem war er Geschäftsinhaber einer Kunst- und Buchdruckerei in Steglitz, die vor kurzem in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt wurde; Ehrenberg gab hierzu 90 000 M. Der Ruin des Bankgeschäftes ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß Ehrenberg den größten Teil der Kundengeschäfte auf eigenes Risiko als selbstbetreibender Kontrahent machte, während nur die unbedingt nötigen Geschäfte an der Börse ausgeführt wurden. Ehrenberg lebte mit seiner Familie in letzter Zeit sehr bescheiden und zurückgezogen.

**Herr Möller und das Kohlen Syndikat.** Nachdem kürzlich die Jedensbesitzer-Versammlung des Rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats der Spindlatzeitung die Vollmacht erteilt hatte, mit dem Handelsminister über den Eintritt des Vergifts in das Kohlen-Syndikat zu verhandeln, hat, wie die „Nöln. Jtg.“ meldet, der Vorstand des Syndikats am 22. September an Herrn Möller folgendes Schreiben gerichtet:

„Ew. Erzellenz beehren wir uns ganz ergebenst zu berichten, daß durch einstimmigen Beschluß aller Beteiligten Ausschickrat und Vorstand des Rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats bevollmächtigt worden sind, endgültige Abmachungen über den Beitritt des königlichen Vergifts zum Kohlen-Syndikat zu treffen. Die Beteiligten des Kohlen-Syndikats sind dabei von der Ansicht ausgegangen, daß nach den in der letzten Zeit bekannt gewordenen halbamtlichen Kundgebungen es nimmer in Ew. Erzellenz Absicht liegt, dem königlichen Vergifts sich und Stimme im Kohlen-Syndikat zu verschaffen. Ew. Erzellenz würden mit dieser Absicht den Wünschen sämtlicher am Kohlen-Syndikat Beteiligten begegnen. Wir stellen uns daher, zugleich im Auftrage unseres Ausschickrates, zu diesbezüglichen Verhandlungen gern zur Verfügung und bitten, deren Zeitpunkt und Ort geneigt zu bestimmen zu wollen.“

Der Schachzug, den mit diesem Schreiben das Kohlen-Syndikat anspielt, ist sehr schlaue gewährt. Erklärt Möller, in Verhandlungen eintreten zu wollen, dann können mit Recht die rheinischen Grubenmagnaten sagen: „Was soll jetzt noch die Verstaatlichung der Hibernia, die Regierung erhält ja ohnehin den Einfluß auf die Spindlatpolitik, den sie durch die Verstaatlichung erlangen wollte.“ Erklärt sich aber Herr Möller nicht zu Verhandlungen bereit, dann können die Jedensbesitzer höhnen: „Die Angabe, daß die Regierung einen Einfluß auf das Syndikat gewinnen wolle, ist bloße Spiegelfechterei; es handelt sich um ganz andere Dinge. Das beweist zur Genüge die Tatsache, daß die Regierung es nicht mal der Mühe wert hält, mit uns zu verhandeln.“

Aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden, mag nicht leicht sein. Herr Möller hat so ziemlich den unglücklichsten gefunden, indem er der Spindlatzeitung folgendes Antwort gegeben hat:

„Ich bestätige ergebenst den Empfang Ihres gefälligen Schreibens vom 22. d. Mts. In meinem Bedauern bin ich zurzeit nicht in der Lage, in die gewünschten Verhandlungen einzutreten; ich werde indessen gegebenenfalls gern auf die dort geäußerte Anregung zurückkommen.“

**Schiffahrtsverkehr.** Nachdem die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft gestern die Fahrt stromaufwärts wieder aufgenommen hatte, erfolgte heute früh die Wiederaufnahme der Eibau-Schiffahrt bis Hernsdorfen.

**Ostasiatische Reichspostdampfer-Linie.** Die von Norddeutschen Lloyd betriebene Zweiglinie der ostasiatischen Reichspostdampfer-Linie wird im Oktober eine wichtige Aenderung erfahren, indem die Dampfer, anstatt wie bisher von Singapur über Batavia, Macassar, Tamara, Friedrich-Wilhelmshafen, Herberdschöhe-Ratapi, Townsende und Brisbane nach Sodney zu fahren, von Sodney über Neuguinea, Manila und Hongkong nach Yokohama fahren werden.

**Fabrik photographischer Produkte von R. Hüttig u. Sohn in Dresden.** Die Untersuchungen gegen den befallenen wegen schwerer Unterschlagungen verhafteten früheren Direktor Hüttig soll, wie der „Frankf. Jtg.“ aus Dresden geschrieben wird, jetzt auch auf die in 1903 im Amt gestessenen Aufsichtsräte ausgedehnt werden. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie nach erlangter Kenntnis der ersten Unterschlagungen Hüttig in seiner Stellung belassen und hierdurch sowie durch ihr Schwiegen gegenüber den Aktionären die weiteren Unterschlagungen ermöglicht haben.

**Die letzte Nummer des „Blutus“** schweigt. Ihr Herausgeber scheint eingesehen zu haben, daß er durch derartige Schimpfereien, wie er sie sich in der vorletzten Nummer seiner Wochenchrift und in Nr. 227 des „Vorwärts“ gegen ein Mitglied der „Vorwärts“-Redaktion sich leistete, nicht den Angegriffenen bloßstellt, sondern sich selbst. So sehr wir aber geneigt sind, diese Einsicht anzuerkennen, so ist doch damit die Angelegenheit nicht erledigt. Ueber die Ausfälle gegen ein Mitglied unserer Redaktion haben wir hinweg; aber es bleibt dem Herausgeber des „Blutus“ die Verpflichtung, die Verantwortlichkeit der Parteipresse zu beweisen. In jener Nummer behauptete Herr Vernhard:

„Herr Möller ist auf dem besten Wege, sich durch seine Kraftmeierei zu einem populären Mann zu entwickeln. Und selbst seine schärfsten Gegner tadeln nicht, was er will, sondern bezweifeln lediglich, daß er die Stärke besitzen wird, seine Worte wahr zu machen. Und merkwürdig, sehr merkwürdig; auch in einzelnen sozialdemokratischen Organen zeigt sich unbehoblen der Wunsch nach einem Antitariellgesetz. Jedemfalls sucht man durch Hohn und Spott Herrn Möller und seine Ministerkollegen zur Tat zu reizen. Das geschieht zur selben Stunde, wo der internationale Sozialistenkongreß zu Amsterdam — völlig konsequent — durch eine Resolution erklärt, daß die Sozialdemokraten aller Länder für eine Antitriest-Gesetzgebung nicht zu haben seien. Und diese Dränger sind nicht etwa einige Zweifler und Revisionisten. Nein, richtige Radikale und waschechte Revolutionäre wollen gleichwie die wildgewordenen Philister in bürgerlichen Lager die Art an die Institutionen legen, die als

Vorstufen einer gesellschaftlich geregelten Produktionsformen müssen.

Das sind sie in der Tat. Und wenn sich diese Erkenntnis selbst in manchen sozialistisch denkenden Hirnen noch nicht Eingang verschafft hat, so ist das nur ein Beweis dafür, daß der Antritt des politischen Erbes der Liberalen durch die Sozialisten recht bedenklich auch die Auffassung von ökonomischen Dingen beeinflussen konnte.“

Wir fordern den Herausgeber des „Blutus“ auf, durch Hitate aus jenen „einzelnen sozialdemokratischen Organen“ nachzuweisen, wo diese gegen die Amsterdamer Resolution verstoßen und die Forderung gestellt haben, es müsse „die Art“ an die Stelle gesetzt werden. Diesen Nachweis zu erbringen, ist er um so mehr verpflichtet, als er die Verantwortlichkeit vor einem Leserkreis ausgesprochen hat, der größtenteils nicht aus Parteigenossen, sondern aus Wählerkreisen besteht, denen jede Herabsetzung unserer Partei und unserer Parteipresse zu besonderer Freude gereicht. Wir sind derartigen Forderungen in unserer Parteipresse nicht begegnet; möglich, daß in seiner Enttäuschung über das Treiben der rheinischen Gruben- und Hüttenmagnaten irgend ein Parteiorgan über die Schnur gehauen hat. Selbst dann würde es zwar nach unserer Ansicht von einem eigenartigen Parteigeist zeugen, wenn jemand daraufhin vor einem Forum von Wählermännern die Verne der eigenen Partei antrempelt — jedenfalls aber liegt Herrn Vernhard die Verpflichtung ob, Beweise für seine Anschuldigung beizubringen.

## Versammlungen.

**Die Sektion der Baker des Zentralverbandes der Maurer** hielt am Sonntag in den Arminshallen eine Mitgliederversammlung ab, in der der Vorsitzende Reumann über die am 27. September vorgenommene Kontrollerkontrolle berichtete. Kontrolliert wurden 228 Bauten, auf denen 2635 Baker beschäftigt waren. Von diesen gehörten 1717 der Sektion an, 418 waren in auswärtigen Filialen des Maurerverbandes organisiert, 76 in der Filiale II, 52 im Lokalverein, 166 waren nicht organisiert und die übrigen hatten erklärt, dem Unterstufungsverein, der Freien Vereinigung oder der christlichen Organisation anzugehören. Die Angaben über den Stand der einzelnen Bauten zeigten, daß gegenwärtig ziemlich viel Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Vorsitzende Reumann erklärte, daß er in den Angaben der Kontroller auf 104 Bauten vorhanden, auf 94 Bauten nicht, und von 30 Bauten fehlten die Mitteilungen über diesen Punkt. — Der Redner bemerkte, daß es im allgemeinen mit den Bauten noch sehr schlecht bestellt sei. Die Kollegen müßten dieser Sache viel mehr Wert beimessen und ihre Gesundheit nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Hebrigen hätte die Bautenkontrolle gezeigt, daß noch ein großes Feld für die Agitation und Organisation im Bereiche zu bearbeiten sei. — In der Diskussion wurde über einzelne Mißstände, sowie über Vorschläge zur Verbesserung der Bautenkontrolle gesprochen. Unter anderem wurde erwähnt, daß zur Zeit an einem Gebäude am Gadeschen Markt eine Mischung in sehr leichtfertiger und lebensgefährlicher Form angebracht sei. — Schließlich wies Reumann noch auf die bevorstehenden Gewerbetagswahlen hin und auf die Vorarbeiten, die der Vorstand hierzu getroffen hat.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Blau geht nicht nach Rom.**

**Homburg v. d. S., 3. Oktober.** (B. L. B.) Die Nachricht, daß der Reichszentralrat sich in nächster Zeit nach Rom begeben werde, ist unbegründet.

**Französisch-spanisches Abkommen betreffs Marokko.**

**Paris, 3. Oktober.** (B. L. B.) Offiziös wird gemeldet, daß der Minister des Aeußeren Delcassé und der spanische Votschafter Leon v. Castillo heute nachmittag eine Besprechung hatten, um die noch fällenden Punkte des zwischen Frankreich und Spanien zu treffenden Marokko-Abkommens zu regeln. Neben diesen Uebereinkommen zu welchem baldmöglichst durch gegenseitige Zugeständnisse betreffend die geographische Ausdehnung und die Ausführungsbestimmungen zu gelangen hoffe, seien noch gewisse Einzelheiten zu regeln. Ferner wird berichtet, daß der französische Gesandte in Marokko, St. René Tailandier, und der Votschafter der Truppen in Süd-Algerien, General Rauter, hier eingetroffen sind, um mit dem Minister Delcassé die von Rauter vorgenommene Besetzung einzelner Punkte an der algerisch-marokkanischen Grenze zu besprechen. Man halte im Interesse der Sicherheit in Algerien die Besetzung gewisser Punkte für unerlässlich, welche die Straße beherrschen, auf der oft französische Truppenabteilungen von Räubern überfallen werden. Die Besetzung könne jedoch gemäß den seiner Zeit zwischen Frankreich und Marokko festgestellten Bestimmungen von Truppen des Sultans von Marokko unter französischer Leitung vorgenommen werden. Man glaube, daß der marokkanische Minister des Aeußeren in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten machen werde.

**Eisenbahnunglück.**

**London, 3. Oktober.** (B. L. B.) Bei Manelli im südlichen Wales entgleiste heute nachmittag ein von New Milford abgegangener Schnellzug und wurde vollständig zertrümmert; mehrere Wagen wurden gänzlich umgeworfen. Es heißt, daß vier Personen getötet und etwa fünfzig verletzt seien.

**Die Stellung Amerikas zu internationalen Schiedsverträgen.**

**Boston, 3. Oktober.** (B. L. B.) Staatssekretär Hay hielt heute bei der Eröffnung des Interparlamentarischen Friedenskongresses eine Ansprache an den Kongreß namens der Regierung der Vereinigten Staaten. Er sagte, die Regierung heiße die erklärtenen Vertreter herzlich willkommen; sie teile vollkommen die Absichten, um deren Willen sie zusammengetreten seien. Dem fuhr der Staatssekretär fort: wir werden auch weiterhin dafür eintreten, so weit als es durchführbar, den Grundlag (Schiedsgerichtlicher Entscheidung in solchen Fragen zur Vertiefung zu bringen, welche nicht auf dem Wege diplomatischer Unterhandlung geschlichtet werden können. Der Präsident prüft gegenwärtig die Frage der Unterhandlung über Schiedsverträge mit denjenigen europäischen Nationen, welche solche wünschen und hofft die Verträge im nächsten Winter dem Senat vorlegen zu können. Der Präsident hat kürzlich versprochen, die Nationen zu einer zweiten Haager Konferenz zur Fortsetzung des legendreichen Werkes der Konferenz von 1899 einzuladen. Mit Bezug auf eine von dem Kongreß früher angenommene Resolution, wonach alles Privatigentum zur See, das nicht unter den Begriff Kontrebande fällt, nicht der Beschlagnahme oder der Zerstörung durch kriegsführende Mächte unterliegen dürfe, bemerkte der Redner sodann: der Präsident hat es nicht für rätlich gehalten, während des verflochtenen Sommers die Aufmerksamkeit der Mächte auf diese Angelegenheit zu lenken, da der Schritt von zwei und möglicherweise auch von anderen Mächten bezüglich seiner Bedeutung für den klagenden Kampf in Ostasien beurteilt werden würde; doch hoffen wir ernstlich, daß der Friede nicht lange hinausgeschoben werden möge und vertrauen zuversichtlich, daß wir an einem nicht fernem Zeitpunkt die Nationen auffordern können, dem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

**Vom ostasiatischen Kriegshauptlage.**

**Mulden, 3. Oktober.** (Meldung des „Rustischen Bureau“.) Die Japaner, die im Westen von Mulden tätig sind, bedienen sich in weitgehendem Maße der Chingunfahnen und zum Ausschlagwerfen. Die russische Kavallerie ist nach dieser Richtung hin stark; die Pferde befinden sich in bester Verfassung und die Wege sind gut. Die Russen sind ostwärts tätig. Zwischen den Vorposten finden keine Gefechte statt, sonst ist die Lage unbedenklich.



Der Kongress von Bourges.

Paris, 27. September. (Fig. Ver.)

Der Gewerkschaftskongress von Bourges wird und muß eine verschiedene Beurteilung finden in bezug auf seine Ergebnisse. Eins aber steht außer Frage: er bildet ein bedeutendes Datum in der französischen Arbeiterbewegung, das bedeutendste der letzten Jahre.

In Bourges konnte man den Aufschlag des kämpfenden Proletariats von ganz Frankreich deutlicher wahrnehmen, seine Gedanken, Gefühle und Strebungen allseitiger und gründlicher kennen lernen als auf irgend einem anderen Arbeiterkongress. Bei der Zerklüftung der politischen Arbeiterbewegung bieten die Parteitage der einzelnen Organisationen sozusagen nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtbilde des Proletariats. Anders auf den Gewerkschaftstagen, wo alle Richtungen und Schattierungen vertreten sind. Und in Bourges war diese Vertretung vollständiger und zahlreicher denn je.

Es war ein Gewerkschaftskongress. Aber die einzigartige Entwicklung der französischen Gesamtbewegung bot die gewerkschaftliche Landesorganisation, die „Allgemeine Konföderation der Arbeiter“, zum Gegenstand, genauer — zum Surrogat einer mangelnden einheitlichen Klassevertretung des Proletariats gemacht. Dementsprechend haben die Kongresse der Konföderation eine weit über ihren formalen gewerkschaftlichen Rahmen hinausgehende Wirkungssphäre. Ganz besonders war dies der Fall in Bourges. Hier wurde am wenigsten um diese oder jene spezifisch gewerkschaftliche Frage gestritten. Das gewerkschaftliche Gebiet und die gewerkschaftlichen Argumente dienten vielmehr dem Kampfe um die großen Richtungsfragen der proletarischen Bewegung, einem Kampfe, der — mutatis mutandis — dem Konflikt zwischen den Hauptströmungen des französischen und weiterhin des internationalen Sozialismus entspricht.

Revolutionäre und Reformisten — in diese zwei geschlossene Kampfslager teilt sich die Konföderation und teilt sich der Kongress von Bourges. Die landläufigen Bezeichnungen bedeuten aber hier andere, teilweise wesentlich andere Bestrebungen und Gruppierungen als sonst.

Die Reformisten der Konföderation schließen sich noch am engsten dem reformistischen, ministeriellen Flügel des französischen Sozialismus an. Doch können auch sie weder ideell noch rüchlich ihres Personals schiedlich mit den Jaureyisten identifiziert werden. Es gibt unter ihnen jaureyistische Elemente in geringer Anzahl, ihr Gros aber ist eine richtungsmäßig schwer definierbare Mischung von altem englischem Trade-Unionismus (in verschiedenen Ausprägungsstadien) und einem ins Gewerkschaftliche überetzten Jaureyismus. Die Harmonieduselei des starken Buchdruckerverbandes, der seit mehr als zwanzig Jahren von Reiser, einem typischen französischen Trade-Unionisten geleitet wird, hält da freundliche Beziehungen mit der Eisenbahner-Gewerkschaft Guérards, der sich aus einem Alleanisten und sozialrevolutionären Generalstreikler zu einem reformistischen Sozialisten gemaupert hat — so gründlich, daß er in den Kommunalwahlen 1902 für die gefährdete Kandidatur des Ministers Millerand tätig eingriff. Dabei aber sucht Guérard die Tragweite seiner Maueuerung nach rechts möglichst zu verkleinern, während Reiser umgekehrt seine grundlegende trade-unionistische Auffassung in den letzten Jahren gern mit einem Tropfen jaureyistisch-sozialistischem Oel salzt.

Der revolutionäre Flügel umfaßt eine gewisse Anzahl revolutionärer Sozialisten (Guesdisten und Blanquisten) sowie ihnen nahe stehende Elemente und revolutionäre Nurgewerkschafter oder das, was man als Gewerkschaftsanarchisten bezeichnen muß, eine eigenartige Mischung, welche mit ihrem Theoretiker Emile Pouget die Bedeutung der wirtschaftlichen Organisation des Proletariats erkannt hat und in derselben ein Mittel gefunden zu haben glaubt, die anarchische Ideologie mit der proletarischen Massenbewegung zu verschmelzen. Die Zentralidee des Gewerkschaftsanarchismus ist der Generalstreik als ausschließliches Mittel der sozialen Revolution. Das Streben der Konföderation, die politische Organisation des Proletariats zu verdrängen oder überflüssig zu machen, findet seinen schärfsten Ausdruck in jener Zentralidee, die den Generalstreik an Stelle der Eroberung der politischen Macht setzt.

Wie die Leitung der Konföderation in den Händen der Gewerkschaftsanarchisten ruht, so gehörte ihnen auch die Führung des revolutionären Flügels in Bourges. Die Reformierten aller Schattierungen richteten begreiflicherweise ihre Attacken gegen die einseitige antipolitische, anarchische Tendenz des konföderalen Vorstandes und des konföderalen Wochenorgans: „Voix du Peuple“. Sie hofften, auf diese Weise das revolutionäre Lager zu spalten. Es kam aber anders. Die revolutionär-sozialistischen Elemente blieben dem Kampfe der zwei Richtungen vollständig fern. Sie stimmten geschlossen mit der gesamten Linken, ohne in den Debatten ihren besonderen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Die übrigens nahegelegene Erklärung für dieses Verhalten findet man in der letzten Nummer des „Sozialiste“, des Organs der P. S. de F. (revolutionäre Sozialisten).

Es heißt da in einem Artikel von André: ... Wie wir selbst auf unseren politischen Kongressen, so hat auch der Vorstand der Konföderation in Bourges den Attacken desselben Reformismus, wenn nicht derselben Männer standhalten müssen. Deshalb sind unsere Genossen, die zugleich in der Konföderation kämpfen, auf dem Gewerkschaftskongress für die Billigung der revolutionären Aktionsmethode des bisherigen konföderalen Vorstandes eingetreten. Diese Billigung wurde ihm ohne Vorbehalt zu teil, ungeachtet dessen, daß unsererseits Vorbehalte hätten gemacht werden können. Mag sein, daß gewisse Vorstandsmitglieder in einigen Fällen ihr Mandat für eine anarchische, gegen die Wahlaktion gerichtete Propaganda benutzt haben, — wir konnten das bedauern, aber unsere Genossen hatten dieses Bedauern von Mann zu Mann ausgesprochen. Dasselbe in Bourges zu erneuern, in der Gegenwart der Reformisten, haben sie für überflüssig erachtet.

Die höhere Zweckmäßigkeit der rednerischen Enthaltensart der revolutionären Sozialisten in Bourges darf um so mehr bestritten werden, als die Diskussion alle wesentlichen aktuellen Streitpunkte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung umfaßte. Aber ihre Bundesgenossenschaft mit den revolutionären Nurgewerkschaftern beziehungsweise Gewerkschaftsanarchisten ist in der allgemeinen Situation des französischen Sozialismus durchaus begründet. Die gewerkschaftliche Linke kämpft auf ihre Weise denselben Kampf gegen den Ministerialismus wie die revolutionären Sozialisten. Und wenn dieser Kampf bisher innerhalb der Konföderation den größten Vorteil den Anarchisten verschafft hat, wenn die proletarisch findenden, aber unklar denkenden Gewerkschafter mit dem Vode das Kind ausgehütet, mit der ministeriellistischen Politik jegliche Politik verworfen haben — so wäre er doch für die revolutionären Sozialisten eine zweckwidrige Taktik, im Kampfe zwischen der gewerkschaftlichen Rechten und Linken gegen diese letztere Stellung zu nehmen oder auch nur neutral zu bleiben. Dadurch würden sie nur die antipolitische Strömung innerhalb der Konföderation verstärken und sich die revolutionäre Masse des gewerkschaftlich organisierten Proletariats vollständig entfremden. Das hieße aber sich für lange hinaus jede Möglichkeit abschneiden, gerade die proletarische Elite der Gewerkschaften für die Partei, für den revolutionären Sozialismus zu gewinnen. Aus diesen Erwägungen heraus sind die Beschlüsse des Viller Parteitages über die Gewerkschaftsbewegung und den Generalstreik gefaßt worden. Und die gleichen Erwägungen waren für die Haltung der revolutionären Sozialisten in Bourges maßgebend.

Nedrigens haben die rein anarchischen Elemente die Stellung ihrer revolutionär-sozialistischen Allierten in Bourges wesentlich erleichtert, indem sie ihrerseits sorgfältig vermieden, auf die prinzipiellen Angriffe der Rechten gegen den Anarchismus prinzipiell

zu erwidern. Sie suchten vielmehr die die gesamte Linke einigenden Punkte hervorzuheben.

Die Kongressklatsch und ihr Ausgang haben deshalb doch nichts Zweideutiges an sich. Sie haben die klare Bedeutung einer scharfen Abgabe an die gewerkschaftliche Harmonieduselei alter und neumeethodischer Art, einer gründlichen Zurückweisung des Versuches, die Konföderation in das reformistische, regierungsfreundliche Fahrwasser hinüberzuleiten. Ungeachtet der anarchischen oder antipolitischen Sonderüberzeugungen der leitenden Elemente der Konföderation, bedeutet die erdrückende, mehr als Zweidrittelmehrheit der Mandate, die sich um den konföderalen Vorstand geschart und sodann die Proportionalvertretung abgelehnt hat, vor allem einen Sieg des proletarischen Klassenbewußtseins über die Bestrebungen, den wirtschaftlichen Kampf des Proletariats in ähnlicher Weise zu verbürgerlichen, wie der ministerielle Sozialismus den politischen Kampf des Proletariats zu verbürgerlichen sucht.

Die Ablehnung der Proportionalvertretung ist in dieser Hinsicht vielleicht noch bezeichnender als das Vertrauensvotum für den Vorstand. Der reformistische Proporzantrag wurde in erster Linie deshalb verworfen, weil er die revolutionäre Zukunft der Konföderation zu gefährden geeignet ist. Das Stimmverhältnis in Bourges hat ja unbestreitbar bewiesen, daß — entgegen den Behauptungen der Rechten — für die Gegenwart und die nächste Zeit die Linke den Proporz keineswegs zu befürchten braucht. Auf die Dauer aber könnte der Proporz allerdings die Konföderation in die Hände der Reformisten hinüberspielen. Die Linke hatte dabei namentlich im Auge die Begünstigung der gemäßigten Gewerkschaften durch die Regierung, eine Begünstigung, die den betreffenden Gewerkschaften künstlich zu einer viel rascheren Zunahme der Mitgliederzahl verhelfen müßte als dies bei den revolutionären Gewerkschaften der Fall sein könnte. Diese Befürchtung ist in den französischen Verhältnissen vollaus begründet. Der gegenwärtige Handelsminister Troillet hat ja bereits in einem Erlaß für die Einführung der Proportionalvertretung im Verwaltungsausschuß der Pariser Arbeitsbörsen Stellung genommen. Und wenn die Reformisten den unwiderlegbaren und unwiderlegt gebliebenen Grund geltend machten, daß nur der Proporz den Ernst und die praktische Durchführung der Kongress- und Vorstandsbeschlüsse sichern könnte, so heißt das doch nur so viel, daß die sich benachteiligt fühlenden Reformisten den Gesamtschluß, die ihnen nicht gefallen, einen passiven Widerstand entgegensetzen.

Uebrigens gehörte in früheren Jahren die Leitung der Konföderation den Reformisten. Man hat aber damals ebensowenig von ernstem wie von unernstem Bewußtsein gehört. Der nicht zu unterschätzende organisatorische und agitatorische Aufschwung der Konföderation hat erst mit der revolutionären Leitung eingeleitet, die für die proletarische Vereinheitlichung der sonderberuflichen Organisationen, für die Entwicklung der proletarischen Solidarität auf nationaler und internationaler Stufenleiter Anerkennenswertes geleistet hat. Der Sieg der Linken hat die ungenügende Weiterentwicklung der Konföderationsarbeit in der gleichen Richtung gesichert, wie ferner auch insbesondere die bisherige energische Pflege der antimilitarischen Agitation.

Was noch den Beschluß über die Achtstunden-Agitation betrifft, so ist allerdings nicht zu erwarten, daß die Arbeitermasse am dem in Bourges festgesetzten Datum des 1. Mai 1906 den Achtstundentag erzwingt durch die Weigerung, länger als acht Stunden zu arbeiten. Nichtsdestoweniger wird und muß die in Aussicht genommene Agitation von großem Nutzen sein für die Achtstundenforderung bzw. für die Arbeitszeitverkürzung. Und die Konföderation versteht sich immer besser auf die Entfaltung einer massenhaften Agitation im ganzen Lande. Sie hat das namentlich in der Arbeitennachweisagitation glänzend bewiesen.

Alles in allem dürfen auch die revolutionären Sozialisten die Ergebnisse von Bourges mit Befriedigung verzeichnen. Von der rein politischen Stellungnahme abgesehen, sind die Gegensätze zwischen der gewerkschaftlichen Linken und Rechten ebensobiele Annäherungspunkte zwischen den revolutionären Politikern und den revolutionären Nurgewerkschaftern. Sage der Politiker wird es sein, diese Annäherungspunkte, die ja in der Idee des Klassenkampfes und im gesunden proletarischen Klasseninstinkt der künftigen Gewerkschafter ihre gemeinsame Wurzel haben, dazu zu benutzen, um die Konföderation aus einer Bivalve zu einer gewerkschaftlichen Ergänzung der proletarischen Partei zu gestalten. Das ist zur Zeit eine höchst schwierige Aufgabe. Trotzdem aber ist der Sieg der von den Gewerkschaftsanarchisten geleiteten Linken — auch in Hinblick auf diese Aufgabe — meines Erachtens doch das kleinere Uebel.

Der stets unangenehme Wahl zwischen zwei Uebeln wird der proletarische Sozialismus in Frankreich erst dann überhoben sein, wenn der Ministerialismus, diese Vorläufer der antipolitischen Strömung in den Gewerkschaften, endgültig überwinden worden ist. Und zu diesem absolut guten Ergebnis hat der Kongress von Bourges erhebliches beigetragen.

Die Lohnbewegung in der Gelbmetall-Industrie.

Am vergangenen Donnerstag sollten nach dem Beschluß der Fabrikanten-Vereinigung weitere 20 Proz. der Arbeiter ausgesperrt werden. Würde das wirklich geschehen, dann müßte sich die Zahl der Ausgesperrten ganz bedeutend vermehrt haben. Die Streikversammlung am Montag war jedoch nicht stärker besucht als die Versammlungen, die vor dem Donnerstag voriger Woche abgehalten wurden. Cohen, der über die Situation der Bewegung referierte, konnte denn auch feststellen, daß die zweite Aussperrung noch viel mangelhafter durchgeführt worden ist wie die erste. Da in den zur Vereinigung gehörenden Betrieben etwa 12 000 Arbeiter beschäftigt sind, müßten am Donnerstag 2400 ausgesperrt worden sein. Die eingehende Kontrolle, welche am Freitag und Sonnabend ausgeübt wurde, hat nicht mehr wie 163 Aussperrte der zweiten Serie für alle in Frage kommenden Betriebe ergeben. — Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt in ihrer letzten Nummer, die Streikleitung gebe die Zahl der Ausgesperrten fälschlicherweise zu niedrig an, um den Streikenden Mut zu machen und Uneinigkeit in die Reihen der Fabrikanten zu tragen. Der Redner bemerkte demgegenüber, die Streikleitung habe durchaus kein Interesse an einer Verdunkelung der Tatsachen. Im Gegenteil, es wäre ihr recht, wenn sie sagen könnte, alle Arbeiter sind ausgesperrt. Das könnte den Streikenden Mut machen, da sie bei einer allgemeinen Aussperrung die Gewißheit haben, daß ihre Arbeit nicht von anderen gemacht werden könne. In Wirklichkeit haben von 170 Mitgliedern der Fabrikanten-Vereinigung nur 80 ausgesperrt. Einige haben es mit dem Aussperrungsbeschlusse ernst genommen, andere haben ihn wenig oder gar nicht beachtet. — Als der gegenwärtige Kampf entbrannte, gab die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten die Parole aus: Vor Januar, oder gar vor Ostern sei an eine Verständigung mit den Arbeitern nicht zu denken. In Wahrheit herrscht hierüber in Fabrikantenkreisen eine andere Ansicht. Ein Mitglied der Vereinigung schreibt an seine Kundschaft, sie möge sich einwillen mit dem begnügen, was der Fabrikant, wenn auch nur mangelhaft, liefern könne, zweifellos werde er im November in der Lage sein, alle Wünsche seiner Kunden zu befriedigen und während des Streiks gelieferte mangelhafte Ware unzutauschen. Der Fabrikant, der so an seine Kundschaft schrieb, ist Herr Fischer, der Inhaber eines Betriebes, der noch mit einigen Streikbrechern arbeitet, also noch nicht von der vollen Wucht des Streiks getroffen ist. Wenn also Herr Fischer glaubt, bereits im November wieder seine Kundschaft befriedigen zu können, so glaube er und mit ihm

andere Fabrikanten wohl selber nicht daran, daß die Unternehmer den Kampf lange aushalten können.

Weiter sagte der Redner, auch in der Generalversammlung, welche die Vereinigung der Metallwarenfabrikanten am Sonnabend abhielt, sind unsere Angaben über die Zahl der Ausgesperrten und das Verhalten einzelner Fabrikanten als Unwahrheit bezeichnet worden. Ich kenne wenigstens sechs Mitglieder der Vereinigung, die in der Generalversammlung für eine Verständigung eintreten wollten. Wenn diese Herren nicht den Mut finden, ihre Ansicht zu vertreten, und wenn man fortfährt, uns der Unwahrheit zu beschuldigen, dann werden wir die Namen der Betroffenen veröffentlichen und auch die Namen derjenigen, die unseren Tarif unterschrieben haben, obwohl sie der Vereinigung angehören. Es sind Namen darunter, die in der Metallindustrie einen guten Klang haben.

In ihrer Generalversammlung am Sonnabend haben sich die Fabrikanten gegenseitig Mut für das weitere Aushalten im Kampf zugesprochen und sich eingegeben, unsere Kollegen seien nicht aus freiem Entschlusse, sondern der Annte von Cohen und Wiesenthal folgend in den Streik getreten. (Große Heiterkeit.) Als Kennzeichen für die Stimmung in Fabrikantenkreisen und die Vorgänge in ihrer Generalversammlung verlas der Redner das nachstehende, an ihn gerichtete

Schreiben eines Fabrikanten:

Es dürfte zur Klärung der Situation und zur Anbahnung des Friedens in unserer Gewerbe beitragen, wenn ich Ihnen mitteile, daß ein erheblicher Teil der Metallwarenfabrikanten, Inhaber mittlerer und kleiner Betriebe, durchaus nicht einverstanden sind mit der Handlungsweise, welche die Leitung unserer Vereinigung in dem gegenwärtigen Streik als angemessen erachtet. Wir haben die leidige Aussperrung wohl mitgemacht, aber wir sehen jetzt ein, daß wir auf diesem Wege nicht zu gesunden Zuständen kommen. Jetzt wünsche ich und viele andere Betriebsinhaber sehr, daß wir uns mit unseren Arbeitern einigen, damit die Geschäftslage, unter der wir kleinen Geschäftsleute schwer leiden, endlich ein Ende nimmt.

Das ist die Ansicht eines großen Teils der Metallwarenfabrikanten und ich hatte erwartet, daß diese Ansicht in der am Sonnabend abgehaltenen Generalversammlung unserer Vereinigung zum Ausdruck gekommen wäre. Leider hat es niemand gewagt, eine zum Frieden neigende Ansicht zu vertreten, obgleich man im Privatgespräch solche Anschauungen oft genug zu hören bekommt. In den Versammlungen führen natürlich nur die tonangebenden Herren das Wort, während die Andersdenkenden in Schweigen verharren.

Es ist bezeichnend, wie sich am Sonnabend die Herren Silbermann, Winkler und andere Wortführer bemühten, für eine mögliche Verschärfung des Kampfes Stimmung zu machen und zwar mit Mitteln, die bei einigermaßen einsichtigen Menschen nicht verfangen. Man redet uns ein, die Arbeiter wären in diesem Streik viel mühsamer wie bei dem vorjährigen, und Herr Degevald fährt die Ansicht darauf, daß die Streikposten ihn grüßen, wenn er ihnen auf der Straße begegnet. Als wenn das ein Zeichen von Rücksicht ist, wenn man dem Gegner auch während des Kampfes höflich begegnet. Ich für meine Person sehe in dem ruhigen und anständigen Verhalten der Streikenden ein Zeichen ihrer Ueberlegenheit, von der ich fürchte, daß sie uns noch sehr nachteilig werden kann, wenn unsere Wortführer nicht tun, was die Situation fordert, nämlich eine Verständigung mit den Arbeitern herbeiführen.

Wie töricht haben doch diejenigen von uns gehandelt, welche den Aussperrungsbeschlusse eifrig ausführten und dann sehen mußten, daß auch die, die wir nicht aussperrten, die Werkstätten verlassen und unsere Betriebe zum Stillstand gebracht wurden, obgleich wir mit unseren Arbeitern gar keinen Konflikt hatten. Einzeln, dem es auch so geht, war am Sonnabend in die Generalversammlung gekommen, um in seiner heißen Lage Trost zu schöpfen, indem er sich sagen ließ, daß es einigen vierzig Fabrikanten ebenso gehe wie ihm. Ein schlechter Trost, namentlich wenn man bedenkt, daß in der Presse behauptet wird, einige große Fabrikanten hätten den Aussperrungsbeschlusse nur ungenügend befolgt, und wenn die betreffenden Herren nichts tun, um solche bestimmt auftretenden Behauptungen zu widerlegen. Ich ziehe daraus den Schluß, daß diese Angaben nicht widerlegt werden können.

Das hilft es uns, wenn der Vorstand der Vereinigung nach dem Streik für Jutzug von auswärtigen Arbeitern und Gebanbildung von Lehrlingen zu sorgen verspricht, während er uns jetzt unsere brauchbaren Arbeitskräfte entzieht und dadurch unserem Ruin vorarbeitet. Mit dem Heranziehen von außerhalb ist es übrigens eine sehr unsichere Sache. Das Auftreten des Mainzer Herren in der Versammlung machte doch den Eindruck, als ob die auswärtigen Fabrikanten selber froh sind, wenn sie brauchbare Arbeitskräfte haben und gar nicht daran denken, ihren Berliner Kollegen solche zu überlassen.

Also wie gesagt, ich wünsche lebhaft, daß sich der Gedanke einer Verständigung mit den Arbeitern in unseren Reihen Bahn bricht, und zwar einer dauernden Verständigung, die uns einen geregelteren Gang unserer Betriebe sichert. Es sollte mich freuen, wenn diese Zeilen, von denen Sie jeden beliebigen Gebrauch machen dürfen, dazu beitragen würden. Nur um eines möchte ich Sie ersuchen: Veröffentlichung Sie meinen Namen nicht, denn ich kann Sie versichern, der Terrorismus, der in unseren Reihen gegen jeden geübt wird, der nicht mit der jeweils herrschenden Strömung geht, ist viel stärker als alles, was man den Arbeitern an Terrorismus nachsagt.

Einem baldigen billigen Frieden entgegensehend, zeichnet

Einen Umschwung in der Stimmung der Fabrikanten, sagt der Redner, werde ja das Schreiben nicht zur Folge haben, aber es beweise, daß die Streikleitung recht hat, wenn sie behauptet, viele Fabrikanten halten den Kampf nicht aus. Von diesen müsse man erwarten, daß sie ihre Ansicht in ihren Versammlungen zum Ausdruck bringen.

Die Fabrikanten glauben, dem Metallarbeiter-Verbande fehlen die Mittel für einen längeren Kampf. Diese Annahme ist durchaus verfehlt. Im vorigen Jahre kostete der Streik im Durchschnitt 46—47 000 M. pro Woche, in diesem Jahre, obgleich die Ausgesperrten vom ersten Tage an in derselben Höhe wie die Streikenden unterstützt werden, sind nur 33—35 000 M. pro Woche erforderlich. Der Metallarbeiter-Verband ist darauf eingerichtet, daß er alle Arbeiter des in Frage kommenden Berufsweiges für längere Zeit zu unterstützen hat, und er kann die Mittel dazu aufbringen, ohne daß er, wie im vorigen Jahre, Extrabeiträge erheben müßte. Die finanziellen Verhältnisse verursachen also nicht die geringsten Bedenken.

Die Situation ist so, daß wir nicht nötig haben, den Arbeitgebern nachzulaufen, wir können ruhig warten, bis sie zu uns kommen. Es ist bei uns angefragt worden, ob nicht durch eine unparteiische Mittelsperson eine Verständigung herbeigeführt werden könne. Wir haben darauf geantwortet, wer eine solche Verständigung will, der möge versuchen, ob er bei den Fabrikanten Gehör findet. Wir werden wieder eine Mittelsperson, noch das Einigungsamt anrufen. Wir wissen, daß uns ein derartiger Schritt als Schwäche ausgelegt werden würde. Deshalb beschreiten wir von unserer Seite aus diesen Weg nicht. Wir können warten, bis die Fabrikanten zu besserer Einsicht kommen.



Die Fabrikanten der Kronenbranche wollen sich gegenseitig in der Weise austheilen, daß die zurzeit stillliegenden Betriebe von denjenigen Fabrikanten fertige Arbeit kaufen, welche den Tarif bewilligt haben und deshalb ungehindert weiterarbeiten. Um das zu verhindern, dürfen Streikende und Ausgesperrte auch in solchen Betrieben nicht in Arbeit treten, denn es gilt, zu verhindern, daß die tarifstreuen Fabrikanten außer dem Bedarf für die eigene Kundenschaft noch Streikarbeit liefern.

Zum Schluß gab der Referent der Ansicht Ausdruck, die auch von den nachfolgenden Rednern geteilt wurde, daß die Streikenden und Ausgesperrten der weiteren Entwicklung des Kampfes ruhigen Mutes entgegensehen können.

## Partei-Nachrichten.

### Parteierversammlung in Chemnitz.

Für den Chemnitzer Reichstagswahlkreis fand Sonnabend eine Parteiversammlung statt, die schwach besucht war. Gegen 300 Genossen waren anwesend. Nachdem die Delegierten Langer und Rothke über die Verhandlungen des Bremer Parteitagbes Bericht hatten, brachte Genosse Emil Landgraf für den Vorstand des sozialdemokratischen Vereins und den Ausschuß, der sich aus den Leitern der Bezirksvereine zusammensetzt, eine ganz kurze Resolution ein, in der gesagt wird, daß „keine Veranlassung vorliegt, aus der Annahme der Resolution Bebel und Freythalers Konsequenzen zu ziehen, die das Reichstagsmandat des Genossen Schippel berühren“. Die Debatte gestaltete sich ziemlich lebhaft und drehte sich neben der Frage des Generalkonflikts hauptsächlich um den Fall Schippel. Die Genossen Dr. Garnisch, Chemnitz und andere stellten sich durchaus auf den Boden der Beschlüsse des Parteitages auch in der Schippel-Angelegenheit. Genosse Chemnitz forderte, daß die Versammlung den Beschlüssen des Parteitages zustimme. Genosse Redakteur A. Enders erklärte, er denke über den Fall Schippel genau so wie früher und bedauere deshalb den Beschluß des Bremer Parteitages. Das Mindeste, was die Genossen des Kreises auf die Beschlüsse zu antworten haben, sei in der vorgelegten Resolution des Vorstandes niedergelegt, um deren einstimmige Annahme er bitte, damit, wie bisher, so auch diesmal Chemnitz nach außen geschlossen auftritt. Bezüglich der Verhandlungen des Bremer Parteitages wolle er sich im übrigen mit einer Nichtigstellung begnügen. Der Referent Ledebour hat sich in seiner Anklage gegen Schippel dem Sinne nach darauf berufen, daß ich, der ich Schippels Schüler sei, durch ihn ebenfalls getäuscht worden wäre. Ich bin aber nicht durch Schippel getäuscht worden und habe ähnliche unrichtige Angaben, wie sie Ledebour gebracht hat, bereits vorher in der „Vollstimme“ und im „Vorwärts“ veröffentlicht. Deshalb erkläre ich, daß ich weder Schippels Schüler bin noch auch bei der Abfassung meiner Artikel unter seinem Einflusse stand, den er übrigens niemals geltend gemacht hat. Der Redner betont, daß er seine Ansichten über die Pölle schon seit langen Jahren habe und durch eigenes Nachdenken zu ihnen gekommen sei. Genosse Landgraf protestierte gegen die Angriffe, die deswegen auf die „Vollstimme“ erhoben worden sind, weil die Verurteilungen der Gegner Schippels nicht ausreichend wiedergegeben worden seien. Mehrere Genossen auf dem Parteitage, worunter Kautsky, hätten gewußt, daß die Prekominmission, die einen Schippel entgegengesetzten Standpunkt einnahm, mögliche Einschränkungen der Polemiken gefordert und später gewünscht habe, daß die Auseinandersetzung in der Zeitung auf Schippel und Kautsky beschränkt bleibe. Das hätte loyalerweise mitgeteilt werden können. Gegen weitere Ausführungen des Genossen Landgraf und des Genossen Langer, in bezug auf die Zollpolitik könnten sich die Ansichten bald ändern, wendete sich lebhaft Genosse Redakteur Koske. Derselbe betonte, daß in bezug auf die jetzt geübte lapidarischesche Zollpolitik unter keinen Umständen eine Wandlung der Anschauungen der Partei eintreten werde. Mit erfreulicher Einnütigkeit habe der Bremer Parteitag sich für unerschütterliches Festhalten an den bisherigen Anschauungen ausgesprochen. Der Resolution des Vorstandes könne man zustimmen. Er, Redner, stehe durchaus auf dem Boden der Parteitagbeschlüsse und billige vollständig die gegen Schippel angeschlagene scharfe Tonart. Weiter als der Parteitag wolle er jedoch nicht gehen. Nachdem die Antragsteller der Freythalerschen Resolution eine Interpretation dahin gegeben hätten, daß eine Wandelniederlegung von Schippel nicht gefordert werden solle, und nachdem die weitaus größte Mehrzahl der Delegierten sich dieser Auslegung angeschlossen habe, soll durch die heute vorgelegte Resolution nur zum Ausdruck gebracht werden, daß die Versammlung dieser Auffassung beitrete. — Die Resolution wurde darauf gegen 6 bis 8 Stimmen angenommen.

**Partei-Presse.** Die „Leipziger Volkszeitung“ feierte am 1. Oktober den Tag ihres zehnjährigen Bestehens in der gegenwärtigen Form. Aus diesem Anlaß ist die Sonntagsummer des Blattes als Jubiläumsummer in einem Umfang von 16 Seiten erschienen, die zahlreiche Betrachtungen über die Geschichte des Blattes und die Parteigeschichte bringt. An einer Stelle werden die Kopfschmerzen der zahlreicheren Vorgänger der „Volkszeitung“ abgebildet. Außer den Redakteuren haben auch mehrere andere Parteigenossen Beiträge zu der Festnummer geliefert. So Kautsky: „Bürgerliches und sozialdemokratisches Zeitungswesen“. P. Ulrich: „Wie Bebel Sozialdemokrat wurde“. Wilhelm Mos: „Erinnerungen“.

Das „Vollblatt für Koburg und Gotha“ ist nun als Tageblatt zum erstenmal im neuen Gewande erschienen.

In die Redaktion der „Volkszeitung“ in Düsseldorf ist der Genosse Hugo Schotte eingetreten.

Genosse Rühle scheidet aus der Redaktion des „Harburger Volksblattes“ aus.

Den Beschluß, den Parteitag in Jena abzuhalten, nahm anfänglich die bürgerliche Presse Thüringens recht ruhig an. Man war augenscheinlich bestürzt, daß so etwas überhaupt in Sachsen-Weimar möglich sei. Jetzt haben aber einzelne Scharfmacherblätter die Sprache wieder gefunden, um in eine förmliche Raserei auszuarten. Da muß die Schlacht bei Jena und die Schlacht bei Sedan sogar herhalten. 99 Jahre nach der Schlacht bei Jena kommen in deutschen Jena deutsche Männer zusammen, um über die Entwaffnung Deutschlands zu beraten. Dergleichen Unsinne wird geschrieben, um die Behörden schärf zu machen. In ihrer blinden Wut würde es die Scharfmacherpresse am liebsten sehen, wenn sie die maßgebenden Behörden zu einer Tat drängen könnte, die eine unsterbliche Blamage für ihre Urheber bedeuten würde. Eine Blamage, die alles auf diesem Gebiete Geleistete in den Schatten stellen würde, und nicht das geringste bezwecken könnte. Am meisten ärgert es aber diese Gesellschaft, daß es den Sozialdemokraten keine Schwierigkeiten macht, einen der schönsten Säle Deutschlands zu diesem Zweck zur Verfügung zu haben. Diese Heumiete wirkt so beunruhigend, daß wir sie unmöglich weiteren Kreisen vorenthalten können. Man jammert also: „Bedauerlich ist, daß der herrliche Saal des „Vollshauses“ von den Reden des sozialdemokratischen Parteitages widerhalten soll, ein Raum, in welchem trotz seiner Jugend Worte und Taten erklingen sind, die zu dem öden Gewäsch und den abgedroschenen Phrasen der sozialdemokratischen Dramenbühne in direktem Gegensatz stehen. Auch andere Auditorien, als die für den Sommer 1903 (soll wohl heißen 1905!) von den Genossen projektierten, haben ihn schon gefüllt und etwas gebiegenerer Korporationen darin getagt. Freilich betrachtet die „Genossen“ Jenas den Saal als ihr Herz und den Begriff „Vollshaus“ deuten sie in ganz anderem Sinn, als er gegeben wurde und von dem geistigen Urheber des Baues gemeint war. Das Volk, welches dieser in Auge hatte, hat mit den Teilnehmern am Bremer Parteitage nicht das geringste zu tun.“

Wir wollen ja auch mit dem Volke der Scharfmacher nicht das geringste gemein haben.

Arbeitersekretariat in Düsseldorf. Am 1. Oktober hat in Düsseldorf das von den Gewerkschaften und dem sozialdemokratischen Verein errichtete Arbeitersekretariat seine Tore geöffnet. Die Vorgeschichte dieser Gründung ist ein gutes Stück der Düsseldorfser

Arbeiterbewegung überhaupt. Im Jahre 1892, ein Jahr nach dem Zusammenschluß der Gewerkschaften im Gewerkschaftskartell, wurde aus kleinsten Anfängen heraus ein Rechtsauskunftsbureau für organisierte Arbeiter geschaffen. Die Auskunfterteilung wurde zunächst auf wenige Stunden in der Woche beschränkt, jedoch entwickelte sich diese Einrichtung im gleichen Schritt mit der Gewerkschaftsbewegung. Bald mußte das Bureau täglich geöffnet werden, und im Jahre 1900 wurde endlich dessen Ausbau zu einem ständigen Arbeitersekretariat beschlossen. Nachdem dann 1903 die finanzielle Siderung des Unternehmens durch Garantieübernahme seitens der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erfolgt war, bereiteten die weiteren Vorarbeiten keine Schwierigkeit mehr. Durch die Wahl des Genossen Karl Siebel, des bisherigen Hauptvorsitzenden des Verbandes der Kranenlassenbeamten, wurde die Personenfrage auf eine Weise gelöst, die nicht nur der neuen Institution gegenwärtige Wirksamkeit verbürgt, sondern auch eine bedeutende Förderung der gesamten örtlichen Arbeiterbewegung von ihr erwarten läßt. Das Sekretariat wird vorläufig seinen Sitz im Gewerkschaftshaus nehmen, um in wenigen Wochen in das bis dahin fertig gestellte Gebäude der Ordstranckenasse der Fabrik- und Metallarbeiter überzusiedeln. Dieses Gebäude wird außerdem die Bureau des größeren Gewerkschaften mit ihren Lokalbeamten aufnehmen.

### Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

— Schon wieder ein Majestätsbeleidigungsverfahren eingeleitet, diesmal gegen den verantwortlichen Redakteur der „Magdeburgerischen Volksstimme“, Genossen Rob. Albert. Eine kurze Notiz des Blattes teilte mit, daß der Kaiser den Hofenbandorden des verstorbenen Herzogs v. Cambridge angekauft habe. In dieser Notiz wird die Majestätsbeleidigung gefunden.

## Soziales.

**Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.** Der Zentralverband der Handelsgewerkschaften Deutschlands hatte an den Stadtmagistrat für die Bitte gestellt, den Zweibrüder-Ladenbeschlüssen an den Sonntagen zu verhängen. Eine vom Magistrat veranlassete Erhebung unter den Ladenbesitzern ergab, daß in der Stadt 957 offene Verkaufsstellen vorhanden sind, von denen 844 überhaupt kein Personal beschäftigen, 118 Geschäfte beschäftigen 63 männliche und 272 weibliche Personen. Von der Gesamtzahl der Geschäfte sind 300 reine Warengeschäfte (Modewaren, Schnittwaren etc.), die auch die Mehrzahl des Personals (268 Personen) beschäftigen. Von diesen Geschäften erklärten sich 196 für, 104 gegen den Zweibrüder-Ladenbeschlüssen, ebenso die Mehrheit des Spezialehändler-Vereins. In den übrigen Sparten fanden sich einzelne erhebliche Minderheiten. Durch Ortsrat wurde nun gegen den heftigsten Widerstand freisinniger und demokratischer Magistratsräte bestimmt, daß zunächst in den reinen Warengeschäften die Verkaufszeit an den Sonntagen auf die Stunden von 10<sup>1/2</sup> bis 2 Uhr zu beschränken sei. Genehmigt die Regierung das Statut, so soll auch die Verkaufszeit in den anderen Sparten in ähnlicher Weise geregelt werden. Dieser beträgt die Verkaufszeit an den Sonntagen neun bis elf Stunden.

**Von der freien Arztwahl.** Eine außerordentliche Generalversammlung der allgemeinen Orts-Krankenliste für Fabrikarbeiter in Rheddt beschloß, mit dem 1. Mai 1903, so lange läuft der Vertrag, der mit den Ärzten abgeschlossen ist, das System der freien Arztwahl wieder abzuschaffen. Der Vertrag war der Kasse, in der damals das System der beschränkten Arztwahl eingeführt war, voriges Jahr von den Ärzten aufgewungen worden. Die Folge des Vertrages war, daß die Zahl der arbeitsunfähigen Kranken sich verdoppelte und der oben erwähnte Beschluß gefaßt werden mußte, wenn die Kasse nicht zugrunde gehen wollte. Die Vorstände sämtlicher Krankenkassen in Rheddt wollen gemeinschaftlich vorgehen, um mit den Ärzten und Apothekern günstige Verträge zu erringen.

### Der Stand der Gesundheitsverhältnisse der schweizerischen Jändholz-Arbeiter.

Bei dem Umstande, daß in Deutschland das Gesetz betreffend das Verbot der Verwendung von giftigem Phosphor zur Jändholzfäbrication der Inkraftsetzung harret, bietet es für die deutschen Arbeiter einiges Interesse, zu erfahren, wie sich das wesentlich gleichartige schweizerische Gesetz in der Praxis bewährt hat.

Nach dem Berichte des Fabrikinspektors Kaufmann in Schaffhausen sind in der Jändholzfäbrication keine Berufs-Krankheiten mehr zu berichten, abgesehen von einem Rekrofall, der noch in die Zeit vor dem Phosphorverbot zurückdatierte. Er betraf eine frühere Fällerin aus einer Jäbrigen Jändholzfäbrication (Vernier Oberland). Sie erkrankte im Sommer 1901 und wurde in Vern operiert. Als bleibender Nachteil war der Verlust sämtlicher Zähne des Oberkiefers angegeben, wofür ihr eine Entschädigung von 700 Frank ausgeteilt worden ist. Ursächlich konnte nachgewiesen werden, daß die Krankheit nicht von der neuen Fäbricationmethode herrührte, da die Arbeiterin seit Aufnahme des neuen Verfahrens nicht mehr in der Fabrik beschäftigt war. Ein vorübergehendes Unwohlsein eines Arbeiters in einer fäbricierenden Fabrik kann natürlich nicht als ein Rekrofall betrachtet werden. Die Fäbrication der Sesquifäbridat zeitigt demnach keine Mißstände, und es zeigen sich gewisse Vorrichtungen, die auch von uns geteilt worden sind, weil anfänglich in verschiedenen Proben von Sesquifäbridat Spuren gelben Phosphors wahrnehmbar waren, als nicht gerechtfertigt. Wenn auch bei einer im Monat Dezember 1903 ausgeführten Inspektions-tour noch verschiedene Mißstände, ein Mangel an Ordnung und Reinlichkeit, Fehlen der Fäbricationszeichen, in einzelnen Fällen Abweichung vom genehmigten Rezept und Lagerung anderer Materialien im Chloramagazin gerügt werden mußten, so darf doch eine nicht unerhebliche Besserung der Verhältnisse konstatiert werden. — Ein unangenehmes Symptom für die wirtschaftliche Zukunft der Industrie muß jedoch die leidige Kaschade bezeichnet werden, daß die schon in früheren Zeiten die Jändwaren-Industrie so sehr schädigende Preisdrücker wieder im Schwange steht. Während im Jahre 1902 der Preis für die Riste zu 1000 Schägeln noch auf 5,50 Fr. gestanden hat, ist er im Jahre 1903 schon auf 5, ja sogar auf 4,50 Fr. gesunken. Der Fabrikinspektor Dr. Wegmann erwähnt die wirtschaftliche Seite ebenfalls. Es werde getagt über die Schlenkerpreise und verminderte Konkurrenz einiger Großbetriebe. Weiter berichtet er, daß sich die Fäbrication nach dem französischen Rezept bewährt hat und die Holzchen besser ausgefallen sind, als man annahm. Die Fabrikanten haben es in der Hand, das Publikum durch sorgfältige Arbeit zu befriedigen, von welcher die Qualität des Produktes viel mehr abhängt, als von kleinen Differenzen in der Zusammensetzung der Jändmasse.

Nach dem Geschäftsbericht des eidgenössischen Industrie-departements in Bern für das Jahr 1903 wird in 19 Anlagen die Fäbrication von phosphorfreien Jändhölzchen betrieben. Wegen verbots-widriger Einfuhr von giftigen Jändhölzchen auf dem Wege des Schmuggels erfolgten 21 Anzeigen. Dazu wird bemerkt, daß dieser Schmuggel, wobei es sich um deutsche Fabrikate handelt, erst dann aufhören wird, wenn das deutsche Gesetz betreffend Phosphor-jändwaren vom 10. Mai 1903 in Kraft sein wird.

Was die inländische Fäbrication betrifft, so hat die Revision ergeben, daß sie noch Verhättnisses zu wünschen übrig läßt. Das Departement drang bei den Kantonsregierungen auf Vorseitigung der berichteten Mängel und betonte namentlich, daß jede Abweichung der Fäbrication vom genehmigten Rezept unzulässig und strafbar sei.

Dem jüngst für 1903 erschienenen Rechenschaftsbericht der Züricher Regierung ist zu entnehmen, daß im Kanton Zürich vier Jändholzfäbricationen sind, in denen 88 Personen arbeiten. Der Stand der Einrichtungen in diesen Fabriken entspreche den gesetzlichen Vorschriften. In einer Fabrik kam ein Fall von Zahnfleischgeschwür vor, der aber in wenigen Tagen heilte und keine weiteren Folgen zeigte. „Trotz der scheinbaren Ungefährlichkeit der neuen Fäbricationsmethode findet es der Bezirksarzt doch angezeigt, den Reinlichkeitsmaßregeln beim Personal volle Aufmerksamkeit an-

zuwenden zu lassen.“ Das ist auf jeden Fall notwendig, denn auch ohne giftigen Phosphor ist eine Jändholzfäbrication eine chemische Fabrik mit gesundheits-schädlichen Einflüssen auf die Arbeiterkraft.

Selbstverständlich ist, daß die prekäre wirtschaftliche Lage der Jändholzfäbrication nichts mit dem Phosphorverbot zu tun hat, war sie doch unter der Herrschaft des giftigen Phosphors keine bessere. Aber die Jändholzfäbrication haben im Jahre 1898 die Verstaatlichung der Jändholzfäbrication bekämpft und sie haben daher heute kein Recht, über ihre „schlechte Lage“ zu klagen.

## Aus der Frauenbewegung.

**Pankow.** Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Wierke, Berlinerstraße 52, seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Frau W. Zeppler wird einen Vortrag halten über „Geistige Entwicklung der Frau“. Um vollständiges Erscheinen ersucht Der Vorstand.

## Gerichts-Zeitung.

**Vom Kampf gegen die „Welt am Montag“.** Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I wurde gestern schon wieder eine Anklage wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift gegen den Redakteur der „Welt am Montag“ Max Ludwig und den Schriftsteller Erich Ziegel verhandelt. Der letztere ist der Verfasser einer in der „Welt am Montag“ abgedruckten Skizze „The Ripper“, die gewissermaßen eine Studie zur Psychologie des Lustmordes darstellen sollte. Die geistige Verhandlung, in welcher die Angeklagten durch Rechtsanwalt Dr. Löwenstein verteidigt wurden, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Ludwig 200 M., gegen Ziegel 100 M. Geldstrafe. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Artikel geeignet sei, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in grober Weise zu verletzen und ihm ein wissenschaftlicher Charakter nicht innewohne. Es sei ein recht gefährliches Unternehmen, derartige Artikel in einer jedermann und auch der Jugend zugänglichen Zeitung zu veröffentlichen. Mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten Ludwig wegen gleichen Vergehens verurteilte diesen der Gerichtshof auf Grund des § 184 in seiner ihm durch die lex Feine gegebenen Fassung zu 1000 M. Geldbuße und 6 Wochen Gefängnis. Der zweite Angeklagte wurde zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

**In dem Trakebner Schulprozeß,** der nun schon seit dem Jahre 1902 die Gerichte beschäftigt, steht heute, Dienstag, Termin vor dem Reichsgericht an. Im Oktober 1902 wurde der Lehrer Otto Ridel zu Trakebner wegen Verleumdung des Landhauinspektors v. Oettingen zu 200 M. Geldstrafe verurteilt, während gegen den Hauptangeklagten, inzwischen verstorbenen Sanitätsrat Dr. Paalzow eine Strafe von 300 M. ausgesprochen wurde. Auf die eingelegte Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück. Am 7. April d. J. fand alsdann die nochmalige Verhandlung vor der 7. Strafkammer statt; sie endete wiederum mit der Verurteilung des Lehrers Ridel zu 200 M. Geldstrafe. Auch gegen das zweite Urteil ist Revision eingelegt, zu deren Vertretung vor dem Reichsgericht sich der Angeklagte mit seinem Verteidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld nach Leipzig begeben hat.

**Polizeiliche Vernehmung — mit Häufen und Gummischlauch.** Nach Ansicht des Polizeivertreters Schulze in Bocholt war ein wegen Wilderei Inhabiter nicht genügend geständniswillig. Der Polizeimann schrieb dem zu Vernehmenden seine Ansicht recht kräftig mit Häufen ins Gesicht, und als das auch nicht zu dem gewünschten Ziele führte, argumentierte der „Schupmann“ mit einem biden Gummischlauch, den er auf dem Kopf seines „Schütlings“ tanzen ließ. Schließlich bemerkte der lebenswürdige Beamte noch: „Wenn Du ein Wort sagst, schlage ich Dich in die Eck, daß Du liegen bleibst!“ Die Strafkammer in Münster ließ denn auch die ganze Streng des Geschehenes walten und verurteilte den handfeste „Schupmann“ zu einer — Geldstrafe von 150 M.

**Denunziantentreiben.** Ein eigenartiger Sachverhalt lag der Anklage wegen schweren Diebstahls zu Grunde, welche gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II gegen den bisher unbescholtenen Mechaniker Felix J. verhandelt wurde. Der Angeklagte war längere Zeit Chambregarnist bei den M. schen Eheleuten. In seinem Zimmer stand auf der Kommode eine kleine, zumeist verschlossen gehaltene Truhe, die gegen 400 Ansichtspostkarten enthielt. Als der Angeklagte die Truhe eines Tages ungeschlossen fand, nahm er von dem Inhalte Kenntnis. Er ließ sich verleiten, von 11 Karten die selteneren Karten abzulösen und seiner Sammlung einzubeleihen. Die Wirtleute entdeckten dies bald und stellten ihren Mieter zur Rede. Dieser entschuldigte sich damit, daß er nicht angenommen habe, die Eigentümer würden den Karten irgend welchen Wert beilegen, er gab die 11 Karten ohne weiteres wieder heraus. Die Angelegenheit schien damit erledigt. Nach sieben Monaten trat zwischen den Parteien ein gespanntes Verhältnis ein, das sich soweit zuspitzte, daß gegenseitige Verleumdungs-klagen eingeklagt wurden. Jetzt zeigten die M. schen Eheleute den Begner wegen schweren Diebstahls an, indem sie behaupteten, daß die Truhe stets verschlossen gewesen sei und J. sie mittels Nachschlüssels geöffnet haben müsse. Da die Zeugen im Termine die Möglichkeit zugeben mußten, daß sie auch bisweilen den Schlüssel in der Truhe hätten stecken lassen, ließ der Staatsanwalt die Anklage wegen schweren Diebstahls fallen, beantragte gegen den Angeklagten aber wegen einfachen Diebstahls einen Tag Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Sonnenfeld, führte aus, daß objektiv vielleicht ein Diebstahl vorliegen könne, aber subjektiv sei dies sicher nicht der Fall. Der Angeklagte habe sein Tun sicher nicht als Diebstahl angesehen und es scheine auch, als sei das M. sche Ehepaar derselben Ansicht gewesen, denn sonst würden sie den Angeklagten nicht noch 7 Monate als Mieter behalten und dann erst Strafantrag gestellt haben. Vielleicht lasse sich die Handlungsweise des Angeklagten als Sachbeschädigung auffassen, doch diese Uebertretung sei verjährt. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und sprach den Angeklagten frei.

**Wegen Majestätsbeleidigung** stand gestern der Arbeiter Richard Zimmermann vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II. Er ist am 13. August d. J. auf dem Bahnhof Charlottenburg verhaftet worden. Er war mit brennender Zigarette in ein Abteil für Nichtraucher gestiegen, und als sich ein Nichtraucher darüber aufhielt, erwiderte er, daß ihn die Gesetze in Deutschland wenig kümmerten und in Eisenbahnwagen viel schlimmere Dinge passierten. Er ging dann zu allgemeinen Schimpereien über, behauptete, er habe als 16-jähriger dem deutschen Kaiser auf einer Fahrt zu Schiff nach London begleitet und machte dabei eine beleidigende Bemerkung über den Kaiser, die im Abteil allgemeine Entrüstung hervorrief und die sofortige Verhaftung zur Folge hatte. Der Angeklagte wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Witterungsübersicht vom 3. Oktober 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Baromet. stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Spinnende.	768	RND	1	bedekt	13	Saarbrücken	751	SB	2	bedekt	7
Hamburg	768	RND	2	bedekt	11	Petersburg	760	S	3	wolkig	8
Berlin	767	ND	2	bedekt	14	Cost	—	—	—	—	—
Kranfa.M.	765	R	3	heiter	11	Aberdeen	766	SB	3	bedekt	8
München	765	O	3	hebel	6	Paris	763	R	2	bedekt	14
Wien	767	SO	2	heiter	10	—	—	—	—	—	—

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 4. Oktober 1904.** Ein wenig kühler, zunächst ziemlich trübe und neblig, später aufklarend bei schwachen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, 4. Oktober.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Opernhaus.** Die weiße Dame.  
**Neues königl. Opern-Theater.** Ein kritischer Tag.  
**Deutsches.** Maria Friedländer.  
**Berliner.** Japans Reich.  
**Welfen.** Der Richter von Zalamea.  
**Thalia.** Der Weiberkönig.  
**Zentral.** Die Fledermaus.  
**Deutsche Volksbühne.** Genoveva.  
Anfang 8 Uhr:

**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Johannfeuer.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-  
schiller-Theater.) Die Kreuz-  
schreiber.

**National.** Rigoletto.  
**Belle-Alliance.** Untel Bräsig.  
**Neues.** Erdgeist.  
**Kleines.** Des Pastors Rieke.  
**Reidens.** Eine Nachtschicht.  
**Lustspielhaus.** Biederleute.  
**Trionon.** Ihr smelter Mann.  
**Urania.** Rein Leopold.  
**Casino.** Rutter Gräbert.  
**Metropol.** Ein tolles Jahr.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n  
großen Teich.

**Apollo.** Berliner Luft. Spezialitäten.  
**Palast.** Vom Himmel zur Hölle. —  
Spezialitäten.  
**Herrnfeld-Theater.** Nur eine Nacht.  
Am andern Morgen.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Voss-Theater.** Dida. Spezial-  
itäten. Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Tautenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**Im Bannkreis der Jungfrau.**  
Um 4 Uhr (kleine Preise):  
**Von der Zugspitze zum Watzmann.**  
**Sternwarte** Invaliden-  
str. 57/62.  
8 Uhr: Dr. P. Schwahn:  
**Vulkanismus der Erde.**

## Urania.

Tautenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**Im Bannkreis der Jungfrau.**  
Um 4 Uhr (kleine Preise):  
**Von der Zugspitze zum Watzmann.**  
**Sternwarte** Invaliden-  
str. 57/62.  
8 Uhr: Dr. P. Schwahn:  
**Vulkanismus der Erde.**

**P. CASTAN'S**  
**PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.

## Rosa

das gelehrte Pferd!

**Kasino-Theater**  
Lothringenstr. 37. Anf. 8 Uhr. Sonntag 7 1/2.  
Das neue Oktober-Programm.  
**Neu: Bargoit und Emilie. Neu!**  
**Das Bräutigam-Programm.**  
**Mutter Gräbert.**  
Volksstück m. Ges. in 3 Akte u. 15 Personen.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Der Denunziant.

**Passage-Theater.**  
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.  
Nehm. Wochent. 5, Sonnt. 3 Uhr.  
**Das grossartige**  
**Oktober-Programm:**  
**Hans Frey,** Humorist.  
**Geschw. Fiocati,** Tanzduo.  
**Engelski-Truppe,** Russ. Ges.- u.  
Tanz-Ensemble  
**Dida** die Erschaffung  
eines Weibes  
aus dem Nichts.  
14 neue erstklass. Nummern.

**Metropol-Theater**  
Josef Giampietro a. D.  
Bender. Joseph. Grünfeld. Frid-Frid.  
Der größte Erfolg dieses Jahres  
**Ein tolles Jahr.**  
Gr. dram.-satir. Revue in 5 Bildern.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Deutsch-Amerikanisches**  
Theater. Köpnickstr. 67.  
Heute zum Gastspiel Adolf Philipp.  
**„Ueber'n grossen**  
**TEICH.“**  
Anfang 8 Uhr.  
MALE: Ende 10 Uhr 30 Min.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr:  
**„Ueber'n grossen Teich.“**

**Trianon-Theater.**  
Georgenstr. zwischen Friedrich- und  
Universitätsstr.  
**Ihr zweiter Mann.**  
Lustspiel in 3 Akten von André Chloane  
und Maurice Provez.  
Anfang 8 Uhr.  
In Vorbereitung: Gastons Frauen.

**Gebrüder**  
**Herrnfeld-Theater**  
Ueber 200 Mal:  
der grösst. Herrnfeld-Schlager  
**Nur eine Nacht**  
zwei Akte aus einer Ehe, und  
**Am andern Morgen**  
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“ mit  
Anton und Donat Herrnfeld in den  
Hauptrollen.  
Auf. (auch Sonntag) 8 Uhr.

**Palast-Theater.**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**National-Theater**  
Weinbergsweg 12a-13b.  
Dienstag, den 4. Oktober 1904:  
**Zar und Zimmermann.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Rittwoch: **Der Wildschütz.**  
Donnerstag: **Der Troubadour.**

**Stadt-Theater Moabit.**  
Alt-Moabit 47/49.  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.  
**Der rechte Schlüssel.**  
Schauspiel in 4 Akten von Fr. Stahl.  
Gastspiel des Herrn Kiegender  
**Lustspielhaus**  
Friedrichstr. 236.  
Zum erstenmal:  
**Biederleute.**  
Von Robert Mich.  
Rittwoch u. Donnerstag: **Bieder-**  
**leute.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

**Palast-Theater**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
**Das phänomenale Oktober-**  
**Spezialitäten-Programm.**  
Hierauf:  
**Vom Himmel zur Hölle**  
mit Direktor **Richard Winkler**  
als Jupiter.  
Freitag, den 7. Oktober: **Elite-**  
**Abend: „Kean“** oder: Leidenschaft  
und Genie.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu kleinen  
Preisen: Gastspiel der Opern-Gesell-  
schaft des Herrn Kapellmeister von  
Wittmann: **Der Troubadour.**

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Dienstag abends 8 Uhr:  
**Johannfeuer.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann  
Sudermann.  
Rittwoch abends 8 Uhr:  
**In Behandlung.**  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
**In Behandlung.**

**Kleines Theater**  
Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von **Max Reinhardt.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Des Pastors Rieke.**  
(Rieke: Waagol. Raiming: v. Winter-  
stein. Abend: Ekert.)  
Rittwoch u. Donnerstag: **Nachtsyl.**  
Freitag: **Fräulein Julia.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Weiberkönig.**  
(Guido Thielscher, Lina Abarbanell,  
Fritz Helmerding, Josephine Dora  
in den Hauptrollen.)  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr u. halben  
Preisen: **Charleys Tante.**

**Belle-Alliance-Theater.**  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**August Junkermann**  
als  
**Unfel Bräsig.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr bei halben  
Preisen: **Deborah.**

**Neues Theater.**  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**Erdegeist.**  
(Zulu: Eysoldt. Schön: Steinarück.)  
Rittwoch: **Erdegeist.**  
Donnerstag: **Minna von Barnhelm.**  
Freitag: **Die Kronpräsidenten.**

**Deutsche Konzert-Hallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Vollständig neu ausgestattet!  
Täglich:  
Gr. internat. Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.  
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

**Neue Freie Volksbühne**  
Die II. Serie der Vereins-Vorstellungen findet im  
Schiller-Theater N. statt.  
**König Lear.**  
Tragödie von Shakespeare.  
**Eine neue Abteilung (VII)**  
wird im Oktober eröffnet.  
Das Einschreibegeld beträgt 1 M., der monatliche Vorstellungs-  
beitrag 80 Pf.  
Sonntag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr  
in Kellers Festsälen, Kopenstrasse No. 29  
**Großes Herbstfest.**  
Mitwirkende:  
Herr Edgar Ligo (Neues Theater) Rezitation, Frau  
Charlotte Kimpel (Sopran), Herr Ludwig Schubert  
(Tenor), Herr A. W. Hansen - Müller (Bass), und das  
gesamte Berliner Sinfonie-Orchester unter Leitung  
des Herrn Kapellmeisters Maximilian Fischer.  
Eintrittskarten für Mitglieder a 50 Pf., Gäste a 60 Pf. sind  
in allen Zahlstellen zu haben.

**Extra-Vorstellungen:**  
Sonntag, den 16., und Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags  
3 Uhr, im Neuen Theater:  
**Des Pastors Rieke.**  
Komödie von Erich Schallier.  
Eintrittskarten für Mitglieder a 1 M., für Gäste a 1,25 M. sind  
in allen Zahlstellen zu haben. 151/2  
Der Vorstand. J. H.: Heinrich Neff, Veteranenstr. 6.

**Zirkus Busch.**  
Großer Sport-Gala-Abend.  
15 Polarbären von Mr. Henriksen,  
10 dress. Elefanten v. Mr. Philadelphia.  
Eine Zebra-Komödie.  
Chips, Sprung von ebener Erde über  
sechs Pferde mit Reiter.  
**Süd-West-Afrika.**

**Zirkus Schumann.**  
Heute, Dienstag, den 4. Oktober,  
abends präz. 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Parforce-Vorstellung.**  
**Reisen-Programm!**  
U. a. 4. Aufzügen der Reizeit **Chinko.**  
Spezialität der Reizeit  
**Monsieur Pernelet 40 Krokodilen**  
mit seinen  
Der Samson des 20. Jahrhunderts:  
**Georg Larich.**  
Herr Albert Carré, Sohn d. Königl.  
niederländischen  
Zirkusdirektors **Oskar Carré.**  
Der phänomenale Sprung über sechs  
Pferde, **Pegasus II.**, m. Reiter **Count Tiche.**  
Die neuesten Original-Dressuren  
des **Dir. Albert Schumann.**  
Ferner sämtliche Spezialitäten.  
Um 9 1/2 Uhr: Ein Sensations-schlager  
ersten Ranges: **Das große mimische**  
**Drama in 8 Bildern:**  
**Michael Strogoff** oder:  
**Der Kurier des Zaren.**  
Zirkus 200 Mitwirkende und Truppe  
Lustri (20 Personen). Neue  
faszinierende Licht-, Wasser- und  
technische Effekte.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm.  
**LIANE DE VRIES**  
Pariser Sängerin.  
Edi Stadler, Jodler.  
Die Asahis, japanische Akrobaten.  
Morton und Elliot, Papier-Manipulatoren.  
Pas de Deux oriental.  
Die 4 Harveys, Drahtseilkünstler.  
Die Harmony Four, amerik. Quartett.  
Marcell Salzer, Vortragskünstler.  
Howard de Grey, Barfuß tänzerin.  
Pernane Bros, Clowns.  
Agoust-Familie, Jongleure.  
Larive, französische Soubrette.  
Das Motogirl.  
Romsakoffs, weibliche Kosaken.  
Der Biograph.

**Sanssouci.**  
Rollbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Heute Dienstag:  
**Theater-Abend.**  
**Kaiser Josef II. und die**  
**Zauberstöcher.**  
Historisches Volksstück  
in 4 Bildern.  
Morgen auf Wunsch:  
**Die Ritter d. Muffanten.**  
Volksstück mit Gesang in  
7 Bildern.  
Sonnt., Mont., Donnerst.:  
**Hofmanns Norddeutsche Sänger**  
und **Tanzerinnen.**  
Alle ausgegebenen Vorzugskarten  
gelten.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Säger  
Reusel, Pietro, Britton,  
Steidl, Plattner, Böhm,  
Böckmann, Walden,  
Schradler.  
Anfang:  
Rittwochs 8 Uhr,  
Sonntags 7 Uhr.

## W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.  
Zum letztenmal:  
**Die wilde Rage.**  
Belangspöcke in 4 Akten v. Mannstätt.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Rittwoch:  
**Die Rose von Wagnon.**  
Einige Sonnabend sind zu Vereins-  
schilfesten frei.

**Skala-Theater.**  
Sintenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).  
Sensationelles Programm!  
**Familie Schmeckes**  
Vespe mit Gesang in einem Akt,  
sowie  
**50 internat. Spezialitäten.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

**Prachtsäle des Westens**  
Spichernstraße.  
Voranzeige:  
Freitag, den 14. Oktober 1904:  
Eröffnungsgastspiel des  
**Bernhard Rose-Theaters**  
zur Aufführung gelangt:  
**Unjere Don Juans.**  
Große Posse mit Gesang und Tanz  
in 4 Bildern von Treptow.

**Münchener**  
**Bürger-**  
**Bräu.**  
Braun- u. Hellquell.  
Special-Ausschank  
Niederwallstraße 25  
(nächst dem Spittelmarkt).  
Oekonom  
Lambert Meixner.

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

**Eröffnet**  
seit dem  
**27. September.**

## Otto Pritzkows

**Abnormalitäten - Ausstellung**  
Münzstr. 16, am Alexanderpl.  
**Feodora, das Weib mit**  
**den Löwentatzen.**  
Lebend! Lebend!  
32 Jahre alt, 70 cm. groß.  
**Charlesto, das räselhafte**  
**medizinische Wunder.**  
**Nada und Anemos,**  
Gedankenleser.  
Eintritt 10 Pf.

**Etablissement Buygenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen  
jeden Abend 8 Uhr:  
**Militär-Konzert.**  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonntag, Sonntag.  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal:  
**Tanz.**

**Weimanns**  
**Volksgarten-Theater.**  
Badstraße 56, Gesundbrunnen.  
Gr. Saal: **Schlimme Saat.** Anf. 7 Uhr.  
Entr. 30 Pf. Nachm. 3 Uhr: **Schnee-**  
**weissen und Rosenrot.** Entr. 10 Pf.  
Im kleinen Saal:  
**Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Nach der Vorstellung: **Hall.**  
Durch Vergrößerung meiner Kellerei  
habe die Expedition nach 13335  
**Kopenhagenerstraße**  
verlegt und gleichzeitig einen Klein-  
verkauf eingerichtet.  
Vochachtungsvoll  
Holländische Brauerei- und  
Liquor-Industrie C. Westphal,  
früher Weichenburgerstr. 28.

**Wer-Stoff-hat,**  
fertige Herrenanzug, 20 M., feinste  
Jutat., 2 Knop. Für guten Sitz belam  
gold. Webstoffe. **Ludwig Engel.**  
Prenzlauerstr. 23, II. (Alexander-  
platz). — Begründet 1892. — 36/14\*

**Bruch - Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,  
Leibbinden, Geradhalter, Spritzen,  
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel  
zur Krankenpflege.  
Eigene Werkstatt.  
Lieferant: Erb- u. Nils-Krankenanstalt  
Berlin C.,  
30. Finien-Str. 30.  
NB. Alle Bruchbänder mit elast.  
schen Gelenken, angenehm und weich  
am Körper. 4432\*

**RESTE.**  
Zur Damenmantel-Konfektion,  
Mädchen- und Knabengarderobe,  
Damentuche in schwarz und  
farbig, Kostümtstoffe, Kammgarn,  
Cheviot, Corbskrow, Plüsch,  
Sammete, Besatzartikel etc.  
**KONFEKTION**  
Fertige Jackets, Paletots,  
Capes, Kostüm-Röcke etc.  
Größte Auswahl. Billige Preise.  
**C. Pelz, Kottbuser-4.**  
Strasse

**Rester - Geschäft**  
des S.-O. von  
**Wilh. Mühibach**  
empfiehlt Keller von Plüsch,  
Krimmer, Costimes zu Damen-  
und Kinder-Jacets  
zu den billigsten Preisen.  
Größte Auswahl in fertiger  
Konfektion.  
**10 Oppelnerstr. 10**

**Warmes Zimmer**  
Besser wie Kohlen gibt Sauber- und  
Eichenholz. In den billigsten Preisen  
hierbei daselbst überreich geliefert die  
Goldhandlung **W. Jonentz, Berlin**  
Bärwaldstr. 65.  
5242\*

**Möbel,**  
ganze Wohnungs-Einrichtungen  
sowie einzelne Stücke äußerst billig.  
Eigene Tischler-Werkstatt.  
Berlin O.  
**Wiehr, Peterburgerstr. 62.**

**Englisch. Unterricht**  
(Konversation u. Anfangs-Unter-  
richt) teils und Heberrechnungen  
übernimmt [53162\*  
**Gertrud Swienty,**  
Schöneberg, Sebanstraße 57, III  
5321\*

**Sofastoffe**  
Rosenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle, Reste! Moquettes,  
Plüsch, Satteltaschen.  
Muster b. näher Angabe franco.  
**Emil Lafèvre, Berlin, 158.**  
Oranienstr.



Unserm Freund und Genossen  
**Karl Merker**  
zu seinem heutigen Geburtstag  
die herzlichsten Glückwünsche. 1906  
J. R., W. G., F. V., A. Z., P. S., F. G.,  
W. F., A. S., E. K., O. P.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Gärtler  
**Alexander Splittstößer**  
am 29. September gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 4. Oktober cr.,  
nachmittags 4 Uhr, von der  
Leichenhalle des Kirchhofes in  
Bühlensberg aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schlosser  
**Friedrich Settekorn**  
am 22. September gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
122/3 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrik-, Land-  
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen  
Deutschlands** Zahlstelle  
**Berlin.**  
Am Sonntag, den 1. Oktober,  
verschied nach längerem Kranken-  
lager, das Mitglied  
**Arthur Gruhke**  
im Alter von 22 Jahren an der  
Profetarierkrankheit.  
Die Beerdigung findet heute  
nachm. 4 Uhr, von der Halle des  
Kaiserlich-Königlichen Beihen-  
see, Nichtenbergstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung erucht  
64/12 Die Ortsverwaltung.

**Verein zur Wahrung d. Interessen  
der Maurer Berlins u. Umg.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Hermann Krüger**  
Kammerstraße 20 wohnhaft, ver-  
storben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 5. Oktober, nach-  
mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
halle der Simeons-Gemeinde  
in Rieder-Schönhausen statt.  
Um zahlreiche Beteiligung erucht  
130/2 Der Vorstand.

**Zentralverband der Handels-,  
Transport- u. Verkehrsarbeiter  
Deutschlands.**  
Hierdurch diene zur Nachricht,  
daß unser langjähriger, treues  
Mitglied, der Gastwirt  
**Emil Günther**  
am 1. Oktober gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 4. Oktober, nach-  
mittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Halle  
des Zentral-Friedhofes in Fried-  
richsfelde aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung erucht  
Die Ortsverwaltung Berlin 1.

**Verein sozialdemokratischer  
Gast- und Schankwirte  
Berlins und Umgegend.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Emil Günther,**  
Bischhofstraße 12,  
am 1. Oktober verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 4. Oktober, nach-  
mittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Halle  
des Berliner Gemeinde-Friedhofes  
in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung erucht  
Der Vorstand. 69/15  
L. A.: Emil Kerlin.

**Verein für Frauen u. Mädchen  
der Arbeiterklasse.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Frau Kühn**  
am Sonntag, den 2. Oktober,  
plötzlich gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 5. Oktober, nach-  
mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Berliner Gemeinde-Fried-  
hofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß die Beerdigung des Gärtlers  
**Alexander Splittstößer**  
am Dienstag, 4. Oktober, nachm.  
4 Uhr, in Bühlensberg stattfindet.  
Die Kollegen d. Firma Frost & Söhne

Als Vermählte empfehlen sich:  
**Grete Manuvriar geb. Petenat**  
**Albert Manuvriar.**  
18365  
Oktober 1904.

**Todes-Anzeige.**  
Freunden und Bekannten hier-  
mit die traurige Nachricht, daß  
meine liebe Frau  
**Wilhelmine Bartel**  
am 1. Oktober sanft entschlafen ist.  
Der trauernde Gatte  
**Friedrich Bartel.**  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 1 $\frac{1}{2}$  Uhr von der Halle  
des Zuffen-Kirchhofes am Färsten-  
brunner Weg aus statt.

**Zentralverband der  
Schuhmacher Deutschlands.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 1. Oktober verstarb unser  
Mitglied  
**Otto Mantshke**  
im Alter von 29 Jahren an Typhus.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 5. Oktober, nach-  
mittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Leichen-  
halle des Dankes-Kirchhofes,  
Reinholdsdorf, Scharnweberstraße,  
aus statt. 170/16  
Die Ortsverwaltung.

Für die uns anlässlich des Todes  
unseres Sohnes **Karl** bewiesene  
Teilnahme sowie für die Kranzspenden  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kannnten, insbesondere den Mitgliedern  
des Wahlvereins des zweiten Berliner  
Reichstags-Wahlkreises unseren herzlichsten  
Danke. 18416  
**Karl Reuchelt und Frau.**

**Dankfagung.**  
Für die Teilnahme an dem Be-  
gräbnis meines innigst geliebten  
Kranke, des Stufatours **Ferdinand  
Ulrich**, sage ich hiermit allen seinen  
Kollegen, Freunden und Bekannten  
meinen herzlichsten Dank.  
**Frau Ulrich,**  
N. Rodenbergstr. 33.  
6062

**Eine Mark**  
mögentliche Teilzahlung liefert  
eleg. fertige **Herren-Moden.**  
Bestellungen n. Maß, tabell. Kauf.  
Werkstatt im Hause.  
**J. Kurzberg,**  
An der Jannowbrücke 1. 1.  
Bahnhof Jannowbrücke.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse  
für d. vereinigten Gewerbetriebe  
Charlottenburgs.**

Der Bezirks-Ausschuß zu Potsdam  
hat den in der Generalversammlung  
vom 18. Juli d. J. beschlossenen  
I. Nachtrag zum Kassentatut ge-  
nehmigt. Dieser Nachtrag bestimmt,  
daß das Krankengeld an die Kranken-  
mitglieder während der mit Arbeits-  
unfähigkeit verbundenen Erkrankung  
mit Ausnahme der vier ersten,  
auch für die **Sonntage** gezahlt wird.  
Wir bringen dies hierdurch mit dem  
Bemerken zur öffentlichen Kenntnis,  
daß der vorgelegte I. Nachtrag und  
damit die durch denselben festgesetzte  
Rechtsprechung der Kasse erst mit dem

**1. Januar 1905**  
in Kraft tritt bezw. beginnt. 275/9  
Charlottenburg, 1. Oktober 1904.  
Der Kassenvorstand.  
H. Schaal, Vorsitzender.

**Echte Kornbranntweine**  
aus reinem Roggen u. Weiz gebrannt  
sind besser u. bekömmlicher als billiger  
Cognac oder Liqueur. Guter Weisler  
65 Pf., Briegauer 1,00, Richtenberger  
95 Pf., Breslauer 1,25, Münsterländer  
1,10, Nordhäuser 1,00, Bismarck 1,00,  
Tafel-Quantität 1,10, Steinhäger, Doorn-  
kast, Rubspecien, Pommerländer etc.  
**F. Willemitt, Alexanderstr. 87,  
Skalitzerstr. 135, Reichenbergerstr. 87,  
Potsdamerstr. 48, Eing. Kurfürststr. u.  
Brückenstrasse 5, Eing. Hängestraße.**

**Gardinen-  
Rester-Ausverkauf**  
ältere Muster in weiß und creme zu  
1-4 Restern passend, postbillig in dem  
**Gardinenfabrik-Lager**  
von **Bruno Güther**  
aus Ploeren in Sachsen,  
Berlin O., Gräner Weg 80,  
part., Eingang vom Platz (kein Laden).  
Proben nach außerhalb portofrei.

**Kronleuchter-Fabrik**  
für Gas u. Petroleum.  
Größte Auswahl.  
**400 Kronen**  
von 10-700 M.  
Verk. zu billigst. Fabrik-  
preisen an Private.  
Auf Wunsch Teilzahlung  
ohne Provisordbung.

**Siegel & Co.**  
Prinzenstrasse 33.

Berlin SO. 16,  
**H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.**  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 447L\*  
Amt 4, 3014.

Verlangen Sie unbedingt den so vorzüglich schmeckenden  
**Dänischen Anker-Kautabak.**  
Echt nur, wenn in jedem Stück — Schiefer oder Rollen — der  
Ankerzettel mit Anker liegt. Nachgezahmten Tabak ohne Zettel weisse  
man zurück. Zu beziehen für Elektroverläufer nur durch  
**Carl Höcker, Berlin, Gräner Weg 112, Amt VII, 3861.**  
Sämtl. Schnaps- u. Rauchtabake, Nordh. Kautabak — an gros.  
Josetti, Garbáty- u. a. Cigaretten zu Original-Preisen.

**Vereinigte Bade-Anstalten** G. m. b. H.  
1. **Wilhelmsbad** Wannenbäder 0,40—1,50  
SW. Schützenstr. 18. (Elegante Salons). 14905\*  
Fernspr. Amt I, Nr. 2702.  
2. **Bürgerbad** Neu!!! Russ.-Römische mit Licht-  
(Eröffnung November 1904) Luftperibassin.  
NO. Weberstr. 40b. Sämtliche medizinisch. Bäder.  
3. **Ersies Lohtanninbad** Größtes Spezialbad für Lohtannin-  
Wallstr. 70/71. bäder aus täglich frischer Abkochung.  
Neu-Kölln a. W. 6/8. Früher verausgabte Billets  
Fernspr. IV, Nr. 2289. werden in Zahlung genommen.

In allen 3 Badeanstalten werden sämtliche medicin. Bäder, electr. Licht-  
und Dampfschwitzbäder (in Nr. 2 u. 3 täglich auch für Damen) verabsfolgt.  
Spec.: Kohlensäure Sool. } Perlbäder auch außer  
Stahl- u. Sauerstoff. } dem Hause.

Vers. nur best. neu. Ware  
**prima Fette Rauch-Aale**  
frische  
1 Stck. ff. Lachs! 1 Dos. ca.  
20-25 Brat- od. Delik.-Her.  
1 Dos. ff. Oelsard. ab. 100 best.  
Sardellbr., ca. 3 Pfd. 1 Dos.  
ff. Anchovis. 1 F. Kochb. u.  
60 Stück ff. Bäckl. und ff.  
Sprott. Alles zus. 4 Mk. p.  
Wohn. Mit noch 1 Dos. ff.  
Hummer 4\*, M. E. Degener,  
Swinemünde 83. Groß-  
Fischerei-Export von 1881.

**Gänsefedern 60 Pf.**  
gr. Ofsand (geborene zum Keilen).  
Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans  
fallen, mit allen Tannern M. 1,50,  
12-fertiger Gänsepf. M. 2,00,  
bessere Gänsefedern M. 2,50,  
3,00, beste Schwanzfedern M. 3,50,  
russische Tannern M. 3,50, weiße  
bobot. Tannern M. 5,00, ge-  
röhren. Federn M. 1,50, 2,00,  
2,50, prima gefüllene M. 3,00,  
3,50, Versand gegen Nachnahme.  
Berlin S.  
Gustav Lustig, Prinzenstraße 46a.  
Echte Federfabrik m. eicnt.  
Betriebe. Viele Anerkennungs-schreib.

Stempel-Fabrik  
von 13702\*  
**Robert Hecht,**  
Berlin S.,  
Oranienstr. 142,  
liefert schnell und  
billig alle Arten  
Stempel  
in bester  
Ausführung.  
Kautschuk-Typen „Verfert“  
zum Zusammenlegen einzelner Bänder  
sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an

Wir rauchen nur  
**Hoyer-Zigaretten.**  
Fabrik Schöneberg, Gutfahrtstraße 5.  
**Kranz- und Blumenbinderei**  
von **H. Rodewald,**  
Alexandrinonstrasse 1a.  
Kranze mit Bindungsfleisen  
Anrang zu Feilichkeiten, Bouquets  
Lopfgewächse jeder Art zu preiswert

Extra-  
Preise **A. Wertheim**  
Dienstag  
Mittwoch  
Donnerstag  
soweit der Vorrat reicht:

**Damenwäsche**

Taghemden Vorderchluss mit Spitze 1.45	Taghemden mit Stickerei-Ein- und Ansatz 2.50	Taghemden mit reicher Spitzen-Garnitur 2.70	Nachtjacken Dimiti mit Spitze 1.90
Taghemden Achselchl. mit Spitze 1.65, 1.95	Beinkleider dazu passend 2.75	Beinkleider ganz passend 3.05	Nachthemden m. Umlegekragen u. farb. Stickerei 3.45
Taghemden mit Handstickerei 1.75	Taghemden mit Stickerei-Ein- und Ansatz 2.60	Beinkleider Renforcé mit Stickerei 1.30	Nachthemden mit farbigen Borden 3.40
Taghemden mit Handlangetten 2.20	Beinkleider dazu passend 2.75	Beinkleider kurze Form 1.40 bis 2.10	Nachthemden mit Stickerei-Volant 3.90
Taghemden mit Stickerei 2.50	Taghemden 2.25	Beinkleider Barchent mit Spitze 1.45	Stickerei-Röcke 2.90 3.50 4.50
Taghemden 2.50, 3.10	Taghemden Hohlsaum-Stickerei u. Durchbruch 2.25	Beinkleider Barcbent m. Stickerei 1.60, 2.10	Spitzen-Röcke mit imitiert Valenc.-Spitze garniert 4 Mk., 6.75, 8.75
Taghemden mit Madeira-Passe 2.45	Beinkleider dazu passend 2.50	Barchent-Jacken m. festem Besatz 1.55	Barchent-Röcke weiss mit Langetten 1.60
Beinkleider dazu passend 2.75	Herrenhemden Hemdentuch mit Falten 2 Mk.	Barchent-Jacken mit Spitze 1.75	Röcke Barchent, weiss mit Stickerei 2.25, 2.75

**Taschentücher**

Reinleinen Tücher	Dtz. 3 Mk. u. 3.60
Linon-Tücher weiss und mit farbiger Kante	Dtz. 1.60 u. 2.40
Batist-Tücher mit Hohlsaum und bunter Kante	Dtz. 1.90
Batist-Tücher weiss, mit Hohlsaum	Dtz. 1.70
Weisse gestickte Tücher	Stück 45 Pf.
Kinder-Tücher mit bunter Kante	Dtz. 1 Mk.
Kinder-Tücher	1/4 Dtz. im Karton 55 Pf.

**Trikotagen u. Strümpfe**

Herren-Normalhemden Vigor 4 Gröss.	1.25 bis 1.60	Barchentröcke mit Volant hell gestreift	1.65, mit Volant hellkarirt 2.20
Herren-Normalhemden Halb- u. 4 Gröss.	2.70 bis 3.40	Damenstrümpfe gestrickt schwarz Wolle plattiert	40 u. 60 Pf.
Herren-Beinkleider mit Ueberrechl. Vigor 4 Gröss.	1.50 bis 2 Mk.	Damenstrümpfe reine Wolle gewebt engl. Länge schwarz, Fuss ohne Naht	60 Pf.
Herren-Beinkleider mit Ueberrechl. Halb- u. 4 Gröss.	2.35 bis 3.25	Herrensocken engl. Marino 38 Pf.	Schweinsocken 58 Pf.
Tricot Unterbeinkleider mit angewebtem Futter	1.45 Mk.	Herrensocken reine Wolle, gestrickt	45, 70 Pf., 1 Mk.

**Wäsche-Stickereien u. handgestickt. Hemdenpassen zu aussergewöhnlich billigen Preisen.**



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Parteigenossen!

Allen Parteigenossen, welche die Partei durch Entnahme von Parteibonus unterstützen wollen, zur Nachricht, daß vom 1. Oktober d. J. ab die Bonus in nebenstehender Ausführung ausgegeben werden, und zwar sind die ersten zwei Zeilen in Rotdruck, die letzten drei Zeilen in Schwarzdruck hergestellt. In letzter Zeit sind nämlich von den Anarchisten und von der Vereinigung „Kampf“ (Emma Höp) Bonus vertrieben worden, welche den bisherigen Berliner Parteibonus so ähnlich sahen, daß man erst genau vergleichen mußte, um den Unterschied zu erkennen. Da eine solche Vergleichung aber in der Regel nicht gemacht wird, so tun die Genossen gut, von nun an genau Acht zu geben, denn von jetzt ab werden keine alten Parteibonus mehr ausgegeben.

Sozialdemokratischer Unterstützungsfonds. Quittung über freiwillig gezahlte 10 Pfennig

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute Berlins und der Umgegend.

Parteigenossen und Genossinnen! Heute Dienstag-abend 8 1/2 Uhr erfolgt in allen Berliner Wahlkreisen die Berichterstattung vom Bremer Parteitage. Agitiert für zahlreichen Besuch dieser höchst wichtigen Versammlungen!

- Die Versammlungen finden statt in folgenden Lokalen: 1. Kreis: Arminshallen, Kommandantenstr. 20. 2. ... 3. ... 4. ... 5. ... 6. ...

Charlottenburg. Heute abend findet im Volksbause, Rosinenstraße 3, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in welcher der Bericht vom Parteitage erstattet wird.

Reichstags-Wahlkreis Königsberg N.-O. Am 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, tagt bei Frau Wille, Brunnenstr. 188, eine Volksversammlung, in welcher der Delegierte des Reichstages, Stadtrat W. Orgmann, Bericht über den Bremer Parteitag erstatten wird.

Rixdorf. Heute Dienstag findet bei Thiel, Vergstr. 151/152, eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Wilmersdorf. Mittwochabend 8 1/2 Uhr wird Genosse Wollermann in der bei Saloman, Berlinerstr. 40, stattfindenden Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins über den Bremer Parteitag Bericht erstatten.

Steglitz. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schellhase, Hornstr. 15a: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Wollermann.

Fürstliche Gögendämmerung.

Der Staatssekretär des Reichs-Justizamtes Dr. Rieberding verflucht über ein sonores, treuherzig klingendes Organ; wenn ihm daran gelegen ist, irgend ein Gesetz im Reichstage durchzubringen, dann weiß er oft geradezu bewegliche Töne anzuschlagen. Wie haben wir ihn eifrig tätig gesehen als an jenem Tage, da es galt, die lex Günter, die dem Herzog Ernst Günter von Schleswig-Holstein und den übrigen Angehörigen des holsteinischen Hauses für die Zukunft das Erscheinen vor deutschen Gerichten erspart, gegen die scharfen Angriffe des sozialdemokratischen Redners Stadthagen zu retten. Außerlich lähl, fast gleichgültig dreinschauend, trat er doch mit äußerster Promptheit immer und immer wieder auf den Plan, um den naheliegenden Verdacht abzuwehren, es handle sich bei dem Unternehmen um ein unnötiges Ausnahmegeretz. Wir können dem Staatssekretär nicht beweisen, daß er seine Darlegungen wider besseres Wissen gemacht hat, und wollen das auch nicht behaupten; die Mehrheit des Reichstages hat seinen Versicherungen jedenfalls Glauben geschenkt und das Gesetz nach dem Wunsche der Regierung votiert. Daß nicht alle Reichstags-Abgeordneten überzeugt worden waren, bewies das Resultat der Abstimmung aber auch.

Doch sei dem, wie ihm wolle. In weiten Kreisen des Volkes ist man nach wie vor der Meinung, daß die lex Günter, möge es auch bei ihr mit rechten Dingen zugegangen sein, unter keinen Umständen in diesem Jahre hätte vorgelegt werden dürfen. War die herzogliche Familie von Holstein vierzig Jahre in ihrem früheren Rechtsverhältnisse fertig geworden, so hätte sie es wohl auch noch im Jahre 1904 ertragen können — mindestens solange, bis einige gegen sie schwebende Prozesse ausgetragen worden waren. Daß der Herzog Ernst Günter dennoch die Verlage der lex Günter gewünscht oder mindestens gebilligt hat, läßt eine sehr schlimme Deutung ebensowohl zu, wie die allerbeste.

Aus dem Bericht über den Prozeß gegen die Hofdame der verstorbenen Herzogin Amalie von Schleswig-Holstein Fräulein Milewski wissen unsere Leser, um was es sich handelt: die Milewski ist des Diebstahls eines Halsbandes angeklagt und jetzt sogar, obwohl lebend, in Haft genommen worden, weil, wie der Staatsanwalt und

der Gerichtshof meinen, der Verdacht der Schuld sehr dringend geworden ist. Dabei liegt die Tat schon um volle drei Jahre zurück! Und was besonders auffällig ist: zwei Termine sind in dieser Sache bereits angesetzt aber wieder abgesetzt worden, beide vor der Verabschiedung der lex Günter, nämlich am 8. Oktober 1903 und am 2. Januar 1904. Wenn Fräulein Milewski fürchten möchte, in dem gegen sie angestrebten Verfahren des Diebstahls überführt zu werden, dann hätte sie wahrlich Zeit genug gehabt, den heimlichen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln! Und man kann annehmen, daß die Reizung zu solchem Tun in ihr durch den Erlaß der lex Günter erheblich verstärkt worden wäre. Denn darüber kann doch unter vernünftigen Leuten gar kein Zweifel bestehen, daß ihre prozessuale Situation dadurch viel ungünstiger geworden ist. Wir meinen, der Umstand, daß sie dennoch im Lande geblieben ist, hätte die Richter veranlassen sollen, sich die vom Staatsanwalt beantragte Verhängung der Untersuchungshaft doppelt und dreifach zu überlegen. Schon im Interesse des Herzogs Günter, dem es doch nicht gleichgültig sein kann, wie man über seine Stellung zu der schwebenden Sache denkt.

Aber alle diese Selbstanklagen sind noch nicht das Auffälligste an diesem Verfahren. Viel merkwürdiger noch ist die Art und Weise, wie man in Ägypten mit Hilfe fremder und deutscher Behörden die Trennung der Hofdame Milewski von der Herzogin Amalie „besorgt“ hat. Ueber die Rolle, die deutsche Konsularbeamte inairo dabei gespielt haben, wird im Reichstage noch zu reden sein. Ob Fräulein Milewski eines Diebstahls an dem Eigentum der verstorbenen Herzogin schuldig ist oder ob vielmehr die Herzogin und jetzt deren Erben ihre Schuldner sind, das kann zunächst ganz dahingestellt bleiben. Tauchte der Verdacht des Diebstahls auf, dann dürfte man nur mit den in der Strafprozedur vorgezeichneten Mitteln gegen die Angeklagte vorgehen. Das ist aber nicht geschehen. Man hat das Verfahren der „kurzen Hand“ angewendet, die Hofdame einfach festgenommen, nach Europa transportiert, ohne ihr irgend eine der vorgeschriebenen Rechtswohlthaten zuzulassen und dann hier prozessiert. Daß fürsichtliche Unter sich ohne Beachtung von strafprozessualen Formalitäten Familienkriege anzufachen beliebt, lehrt der Fall der Schwiegermutter des Herzogs Ernst Günter, der unlängst geflohenen Prinzessin Luise von Koburg; daß aber solche Manieren auch auf zivilrechtliche Streitigkeiten mit Privatpersonen angewandt werden — selbst wenn solche Streitigkeiten äußerlich als strafrechtliche deklarieren werden —, ist etwas, woran die Öffentlichkeit erst recht nicht ohne Kritik vorbeigehen darf.

Ueberschaubar man die seltsame Geschichte dieses Prozesses, dann könnte man auf den Gedanken kommen, als ob „subversive Elemente“ hier wieder einmal einen besonders wichtigen Schlag gegen das monarchische Prinzip und das Gottesgnadentum führen wollten. Und doch waren es nur eifrige, allzeitfrische Diener der fürstlichen Herrschaften, die uns dies Schauspiel bieten. Wir gestehen, daß wir es mit innigem Wohlgefallen betrachten. Noch immer haben Niedergang und Zerrüttung herrschender Rassen und Cliquen in Prozessen vor Gericht ihren ersten merkbaren Anfang genommen; alsdann bemächtigt sich die Dichtkunst und die politische Agitation des gereiften Stoffes. Heute läte uns ein Baumarkthais not, der die Geschichte des Halsbandes der Herzogin Amalie von Holstein dem anstehenden Volke erzählte; zur Not kann man das aber auch in den Zeitungen und in Versammlungen besorgen. Und daran soll's nicht fehlen.

Lokales.

Noch einmal: „Menschenquälerei“.

Die „Freisinnige Zeitung“ klagt voll Bedauern, der „Vorwärts“ könne „nichts unbegreiflicher lassen“. Da hatte sie nun einen wirklich prächtigen Artikel über zu hohe Klassenfrequenzen preussischer Volksschulen veröffentlicht, an dessen Spitze sie das angelegliche Kaiser-Wort gestellt hatte, es sei „Menschenquälerei“, wenn ein Lehrer 70 Kinder unterrichten müsse. Aber natürlich mußte sofort wieder der „Vorwärts“ kommen, um die vollständigen Ausführungen des beherzigenswerten Artikels auch auf die Frequenzverhältnisse der Volksschulen Berlins anzuwenden und aus der eigenen Statistik des Berliner Magistrats nachzuweisen, daß leider auch hier noch in vielen Klassen Frequenzen bis 69 gebuldet werden.

So etwas wirkt begreiflicherweise verstimmend. Man jammert die gekränkte Unschuld, der „Vorwärts“ habe ihr unterstellt, daß sie Frequenzen von 60—69 Kindern in Berliner Schulen als etwas Verachtetes und Gutes ansehe. Es bedürfte, so sagt das Blatt, für die Leser der „Freisinnigen Zeitung“ kaum eines Wortes, daß ihre Frequenzen bis 69 viel zu hoch seien. In der Tat, wir bestimmen uns nicht, in der „Freisinnigen Zeitung“ jemals ein auf die Berliner Schulen zu beziehendes Wort hierüber gefunden zu haben. Aber jetzt wissen wir's: es bedurfte dessen nicht; denn es verstand sich von selbst, daß die „Freisinnige Zeitung“ auch solche Frequenzen für Berliner Schulen nicht billigt. Der Worte bedarf es für die Leser des Freisinnblattes nur bei Frequenzen von 70 an, wie sie in preussischen Volksschulen vielfach noch vorkommen.

Wer das für widerspruchsvoll hält, der kennt nicht die verschlungenen Pfade freisinniger Logik. Wenn die „Freisinnige Zig.“ auf diesen Pfaden wandelt, so sorgt sie dafür, daß immer in irgend einem dunkel gebliebenen Winkel ein Hintertürchen sich öffnet, durch das sie entflüpfen kann. Sollte ihr jemand vorkommen: wenn Frequenzen bis 69 zu hoch sind, so sind Frequenzen von 70 an erst recht zu hoch, also bedarf es hier noch weniger eines Wortes der Kritik; so würde sie wahrscheinlich erwidern: Frequenzen von 70 und mehr kommen nur noch außerhalb Berlins vor, und wo sie vorkommen, da begreift man noch nicht, daß sie zu hoch sind, in Berlin aber sieht man ein, daß schon 69 zu hoch ist, und man ist hier auch längst dabei, die Frequenz herabzusetzen. Womit beweisen wäre, daß es für Berlin nicht erst jenes „Menschenquälerei“-Artikels bedürfte.

Die „Freisinnige Zeitung“ hat sich diesmal dieses Hintertürchens von vornherein sperren lassen. Sie hebt mit Emphase hervor, daß die Bemühungen der städtischen Behörden unausgesetzt darauf gerichtet seien, die Klassenfrequenzen zu verringern. Und sie teilt auch das Ergebnis dieser Bemühungen mit: vom November 1900 bis zum Mai 1903 sei die Durchschnittsfrequenz von 49—50 herabgegangen auf 47—48. Dem „Vorwärts“ fehle, so bemerkt hierzu das Freisinnblatt, die Fähigkeit, das Gute dort anzuerkennen, wo es von seinen politischen Gegnern ausgeht. J. wo! Wir wollen sogar hinzusetzen, daß in den letzten 15 Jahren, vom Mai 1889 bis zum Mai 1904, die Durchschnittsfrequenz von 55—56 auf 46—47 herabgegangen ist. Aber das hat leider nicht gehindert, daß noch im Mai 1904 von 4720 Klassen beinahe 600 eine Frequenz von 60—69 (davon 28 Klassen die volle 69) aufwiesen. Bedarf es hierüber wirklich keines Wortes? Oder fehlt dem Freisinnblatt

der Mut, das Schlichte dort einzusetzen, wo es von seinen politischen Freunden immer noch nicht beseitigt ist?

In unserer Betrachtung über diese Zustände hatten wir gesagt, es sei den Bemühungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu danken, daß in neuerer Zeit eben doch manches besser geworden sei. Das scheint der „Freisinnigen Zeitung“ unbedeutend gewesen zu sein angesichts der bevorstehenden Stadtverordneten-Ergebnisse. Dritte Abtheilung, bei denen der Freisinn für den 22. Bezirk keine Aussicht auf Niederberührung hat und nun auch im 30. Bezirk hart von der Sozialdemokratie bedrängt werden soll. Das Blatt prahlt, die Freisinnigen hätten nicht erst auf den „Vorwärts“ und seine Hintermänner gewartet, um zu allen Zeiten auf möglichste Herabsetzung der Frequenzen einzuwirken. Der Mann, der das schrieb, hat offenbar keine Ahnung davon, welchem Widerspruch die sozialdemokratischen Stadtverordneten und der „Vorwärts“ noch im Anfang der neunziger Jahre beim Kommunalfreisinn begegneten, so oft sie auf die zu hohe Frequenz der Gemeindefunktionen hinwiesen und Herabsetzung forderten.

Eine Fischbeck-Rettung in Sachen des Städtischen Obdach wird magistratsmäßig in der „Vossischen Zeitung“ unternommen. Auf unsere Enthüllungen über die fittlichen Verschlungen, denen sich dort ein Polizeibeamter schuldig gemacht haben soll, bringt das erwähnte Blatt folgende lautmächtige Erklärung:

Ueber eine Sitzung des Kuratoriums für das Städtische Obdach bringt ein hiesiges Blatt einen irrtümlichen Bericht: Richtig ist, daß die Stadtverordneten Hoffmann und Augustin mit Genehmigung des Stadtrats Fischbeck das Obdach besucht haben. Sie haben dort wieder Untersuchungen vorgenommen, ohne vorher amtlich Mitteilungen davon zu machen. In der letzten Sitzung haben dieselben Herren dann einen Vorfall aus dem Obdach zur Kenntnis des Kuratoriums gebracht. Der Vorsitzende gab hierauf sofort die Erklärung ab, daß der Vorfall dem Kuratorium schon bekannt sei und daß der beteiligte Kriminalkommissar, als der Vorfall zur Kenntnis des Vorsitzenden gelangt sei, sofort an demselben Tage noch auf Veranlassung des Vorsitzenden von seiner vorgeleiteten Behörde vom Dienste entlassen worden sei. Die eingeleitete Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen. Die Angelegenheit sei in die richtigen Wege geleitet und es müsse von der städtischen Verwaltung der Ausgang der Untersuchung abgewartet werden.

Auf diese Unberheiten sei folgendes bemerkt: Die Floskel von der unbefugten Untersuchung bleibt als scherzhaft wohl außer Spiel in einem Falle, der gebieterisch das Einschreiten der bernen Person verlangt. Aber selbst wenn man auf diese mühselig herausgekrantzen Kompetenzbedenken eingehen will, so muß bemerkt werden, daß Augustin und Hoffmann nach eingeholter Erlaubnis zum Besuch des Obdachs einig an eine dort bedienende Frau die Frage richteten, ob denn im Frauenbad Ueberfälle und unzüchtige Handlungen möglich seien? Diese einfache Frage hatte zum Entsetzen des Inspektors und Hauswärters zur Folge, daß die Befragte alles andramte, was sie auf dem Herzen hatte. liegt in der Stellung der erwähnten Frage eine „unbefugte Untersuchung“, dann ist in Zukunft nur eines zur Verfügtung von Disziplinärverfügungen möglich, nämlich der Ausweg, daß man nur taubstummen Stadtvätern den Eintritt ins Obdach gestattet.

Unwahr ist es bekanntlich, daß Hoffmann und Augustin erst in der letzten Sitzung des Obdachkuratoriums den erwähnten Standaufall zur Kenntnis des Kuratoriums gebracht haben. Nachdem sie am 13. September das Obdach in der erwähnten Angelegenheit besucht hatten, war bereits am 14. September ihr Bericht in Händen des Herrn Fischbeck. Daß dieser dann dem Kuratorium keine Stillschaltung mitteilte, sondern erst in der Sitzung vom 22. September, und zwar dann auch erst auf Hoffmanns Drängen hin den Bericht vorlesen ließ, das ist doch unmöglich den unbedeutenden Sozialdemokraten zur Last zu legen!

Sehr schön ist auch im Widerspruch mit dieser Floskel die vossisch-magistratsmäßige Unwahrheit, daß der erwähnte Vorfall dem Kuratorium schon bekannt gewesen sei. Das ist nicht einmal im vollen Maße richtig, wenn man Herrn Stadtrat Fischbeck allein als das Kuratorium gelten lassen und alle übrigen Mitglieder als Nullen betrachtet will, die in ihrer Belanglosigkeit von den Vorgängen in dem ihrer Obacht unterstellten Gebiet nichts zu wissen brauchen. Denn der in dem Bericht erwähnte Standaufall soll sich im Obdach seit Jahren und nicht etwa nach, sondern am Tage abgepielt haben. Aber so wie die in Herrn Fischbeck verlorperte Verwaltung von den lange Zeit auf Tagesordnung gewesenen Prägelaffären nichts gewußt hat, so blieb sie auch über die kirchlich aus Licht gebrachten Angelegenheiten in Unkenntnis. Schon Ende August dieses Jahres wurden die in Betracht kommenden Frauen von der Kriminalpolizei vernommen, nachdem der beschuldigte Beamte bereits vorher in seiner eigenen Sache eine „Vernehmung“ angefordert hatte und ihm dies nach dem eigenen Zugeständnis des Herrn Inspektor Ulrich von diesem unter sagt worden war. Herr Ulrich wußte auch selbst aus dem Munde einer Frau, wessen der Beamte beschuldigt war; auch eine Wärterin hatte eine Anzeige erhalten, die aber angeblich nicht weiter gegeben ist. Der Inspektor aber hielt alles für „wiberlatich“ und erstattete seinem Vorgesetzten Leinert die Meldung. So kam es, daß der später beschuldigte Polizeibeamte noch bis zum 13. September dienst tat und Zeit fand, gegen die in Betracht kommenden Frauen wegen Verleumdung Strafantrag zu stellen, der dann die Vernehmungen zur Folge hatte. Erwähnt sei ferner noch, daß an demselben 13. September, als die Befehle bei Hoffmann einlief, die Gesamtheit über den Kopf des Inspektors Ulrich hinweg sich persönlich an Stadtrat Fischbeck wandte. Nunmehr ging dieser Herr erst auf das Polizeipräsidium und bewirkte dort die Ablösung des beschuldigten Beamten.

Kein billig Denkender wird wohl gegen die Ansicht etwas einzuwenden haben, daß sofort und nicht erst nach Wochen gegen die unerhörten Zustände hätte eingeschritten werden müssen. Dagegen, daß dies nicht geschehen ist, wandten sich mit Recht die sozialdemokratischen Mitglieder des Obdach-Kuratoriums. Sie werden noch weitergehen und ebenfalls eine Untersuchung gegen die städtischen Beamten verlangen, die in unerhörter Weise hilflosen Frauen gegenüber ihre Pflicht vernachlässigt haben.

Ein neues Mordvergehen schließt sich an die Ausschreitung auf dem Bahnhof Alexanderplatz an. Wie bei diesem am Sonntagabend abgeurteilten Vergehen kommen auch jetzt wieder mehrere Täter in Frage. Zwei konservativen Wärters, der „Post“ und der „Deutschen Tageszeitung“, ist nämlich der Richteranspruch, durch den zwei der Angeklagten zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurden und der dritte sechs Monate erhielt, noch zu milde, und namentlich die „Post“ bemerkt, daß die Angeklagten nicht ins Zuchthaus geworfen worden sind. Um die Verantwortlichen dem Zuchthaus zu überantworten, muß die „Post“ allerdings ziemlich brutal verfahren. Sie kommt ohne Untersuchung der Sachlage zu dem Ergebnis, daß der Tod des Assistenten Kühn „ganz zweifellos“ direkt durch die Prügel veranlaßt worden ist. Die Richter, die doch wahrhaftig keinen Einfluß hatten, den Angeklagten irgendwie grün zu sein, haben nach eingehender Prüfung der Sachlage nicht herausfinden können, daß der Tod des Beamten durch die ihm zugefügten Verletzungen herbeigeführt worden ist. Aber hier geht es gegen sozialdemokratische Arbeiter, nicht



in solchem Kampfe für die heiligsten Güter kommt es natürlich dem Gehalt nicht darauf an, die richterliche Autorität ein wenig niederzukümpeln.

Nicht ganz so roh verfährt die „Deutsche Tageszeitung“. Beängstigt ist, daß das Agrarierblatt dem einen der Angeklagten nachträglich die weiße Leinwand giebt, daß er sich hätte vor den Einwirkungen des Alkohols hüten sollen, wenn er getrunken hätte, daß er unter dessen Einfluß in sinnlosen Taten neigte. Eigentümlich macht sich aber gerade in einem agrarisch-konserverativen Blatte der Wortwitz gegen die sozialdemokratische Partei, daß sie einem bereits wegen Körperverletzung bestrafte Mann zu dem Ehrenamte eines Gewerbegerichts-Beisitzenden verholten hat. Bis jetzt hat am allerwenigsten in konserverativen Kreisen die Körperverletzung für ein ehrenrühriges Vergehen gegolten, und wenn alle etwa wegen Duellprägelei bestrafte Männer als gesellschaftlich verfehmt gelten sollen, dann würde dies in den erwähnten Kreisen den Umsturz alles Bestehenden bedeuten!

Nun ließen sich die konserverativen Anklagen gegen die Justiz beargen, wenn das ergangene Urteil wirklich milde zu nennen wäre. Mit dem Löbtauer Urteile und ähnlichen deutschen Urteilen kann es allerdings nicht konkurrieren. Aber mit objektiven Augen betrachtet, bedeuten vier Jahre Gefängnis schon immerhin etwas. Selbst einen Depotführer, der doch zuweilen noch für sich und seine Familie etwas in der Hinterhand hat, trifft eine solche Strafe schon hart; für einen mittellosen Arbeiter bedeuten vier Jahre Gefängnis aber nicht mehr und nicht weniger als die Auslöschung der bürgerlichen Existenz, und zwar der Existenz nicht allein seiner eigenen Person, sondern auch der seiner Familie. Diese, ihres Ernährers beraubt, kommt schuldlos im Elend, der Arbeiter selber aber ist noch den Qualen einer vierjährigen Gefängnisstrafe zumeist so entkräftet, daß er in seinem harten Beruf nicht weiter kann und mit Notwendigkeit entweder Bagdad oder Verbrecher werden muß. Dies entsetzliche Schicksal schuldiger und unschuldiger Personen schließen vier Jahre Gefängnis in sich! Gehört da nicht schon ein besonderer Grad von Rohheit dazu, über milde Strafe zu getern?

Zur „Neuregelung des Straßenshandels“. Der Verband zielbewußter Händler schreibt uns: Wider alles Erwarten hat der Stadtverordneten-Ausschuß, dem die Vorlage des Polizeipräsidenten zur Vorberatung überwiesen war, diese mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen. Die „Neuregelung“ bedeutet in Wirklichkeit die Ausrottung des gesamten Straßenshandels, der nach amtlicher Feststellung 23 000 Männer und Frauen (und deren Familien) ernährt. Die Organisation der Händler, die mit allen Kräften für das Recht ihrer Mitglieder auf Arbeit und Ernährung eintritt, will noch einmal versuchen, vor der am kommenden Donnerstag stattfindenden Beratung im Plenum die soziale und kommunale Bedeutung der Angelegenheit der Öffentlichkeit darzulegen. Am Dienstag, abends 7/10 Uhr, findet im „Deutschen Hof“, Ludowigr. 15, eine Volksversammlung statt, in welcher der blinde Kollege Lischajew über die Leiden der Straßenshändler sowie über die rechten Verhältnisse im Straßenshandel sprechen wird. Vor allem kommt es den Händlern darauf an, daß die Stadtverordneten endlich einmal in dieser Versammlung erscheinen. Man sollte glauben, daß die Stadtvertreter es für ihre Pflicht erkennen, dahin zu gehen, wo sie sich über die Angelegenheit informieren können!

Die Nacht der Finsternis. Wegen Zulassung von Aschenresten auf Friedhöfen hatte der Verband der Feuerbestattungs-Vereine eine Umfrage bei 480 Städten und größeren Gemeinden im Reich gehalten, deren Ergebnis jetzt vorliegt. Es sind im ganzen 388 Antworten eingegangen. 61 Stadtverwaltungen lehnten die Antwort überhaupt ab, weil die Friedhöfe den Kirchen gehörten, in vielen anderen Fällen haben die Magistrats aber bei den betreffenden Kirchengemeinden angefragt. In 75 Fällen wurde die Frage, ob auf den Friedhöfen Aschenreste beigesetzt werden dürfen, kategorisch verneint; einige dieser Verwaltungen haben ihrer ablehnenden Stellung zugleich einen deutlicheren Ausdruck gegeben, z. B. die von Berrath, welche den „urschriftlichen“ Vermerk sandte: „Hier werden die Leichen zur Erde bestattet“; aus Langerfeld schrieb man: „Nein, denn es wird nach 1. Cor. 15 gesät auf Hoffnung“. Der Kirchenrat zu Emden berichtete dem dortigen Magistrat: „Wir bedauern, dem Ersuchen des Wohlw. Magistrats nicht stattgeben zu können, da wir grundsätzlich die Bestattung der Vereine für Feuerbestattung nicht befördern wollen.“ Alles in allem werden nur 150 Friedhöfe gezählt, auf denen die Beisetzung von Aschenresten gestattet ist, und zwar auf 43 nur oberirdisch. Aus 154 Orten antwortete man, daß bisher die Beisetzung einer Aschenurne noch nicht verlangt worden sei.

Gewerkschaftshaus in Hamburg. Zur Erlangung von geeigneten Entwürfen für den Bau eines Gewerkschaftshauses am Leichenbühnenhof Nr. 60 bis 68 in Hamburg wird eine allgemeine Konkurrenz unter den Architekten ausgeschrieben. Programm und Lageplan sind vom Geschäftsführer E. Arschamer, Frankensstraße 10, einzufordern. Die Entwürfe sind bis zum 15. November 1904, abends 6 Uhr, an den Geschäftsführer E. Arschamer, Frankensstraße 10, einzuliefern. Nach diesem Termine eingegangene Arbeiten werden von der Konkurrenz ausgeschlossen. Die Zeichnungen sind mit einem Motto zu versehen und mit einem das gewählte Motto als Aufschrift tragenden Aushang zu begleiten, das den Namen und die Adresse des Verfassers enthält. Das Preisrichter-Kollegium besteht aus der Verwaltung des Gewerkschaftshauses unter Ausziehung von Sachverständigen. Zur Preisverteilung gelangen 4000 M., nämlich: 1. Preis 2000 M., 2. Preis 1000 M., 3. Preis 500 M., 4. Preis 500 M. Die prämierten Entwürfe werden unbeschränktes Eigentum des Gewerkschaftshauses Hamburg, G. m. b. H. Die nicht prämierten Entwürfe werden franco zurückgegeben. Nach dem Urteilspruch, der bis spätestens den 15. Dezember 1904 zu fällen ist, erfolgt Ausstellung der Entwürfe.

Wegen Kautionschwinds ist ein 59 Jahre alter Schwede Adolf Mey verhaftet worden. Derselbe betrieb ein Geschäft mit dem hoch klingenden Titel „Skandinavisches Annoncenbureau, Grundschuld- und Hypothekenverleiher“. Der Titel war jedoch der Hauptteil des Unternehmens. Der „Verleiher“ beschränkte sich in wesentlichen auf die Annahme von Personal, insbesondere von Hausdienern mit Kaution. Diesen spiegelte Mey auch vor, daß er Vertreter von großen auswärtigen Häusern sei, u. a. von Uhrenfabriken, die ihm wertvolles Material anvertrauten. Hiermit pflegte er auch die Förderung einer Wirklichkeit von seinen Angestellten zu begründen. Nach und nach richtete er Bureaus an mehreren Stellen ein, zuletzt in der Friedrichstraße und am Kupfergraben Nr. 6. Das Personal, das Wirklichkeit leistete, wartete vergebens auf die Einberufung zum Antritt der Stellung und verlor endlich die Geduld. Vor vier Wochen wurde Mey schon einmal festgenommen, aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Auf neue Beschwerden wurde er gestern abends verhaftet.

Der verschwundene Postbote. Die amtliche Untersuchung über das Verschwinden des Postboten Kreckmann vom Postamt 59 hat ergeben, daß er leidenschaftlich auf Verderben gewartet hat, dadurch in Schulden geraten ist und infolgedessen sich an amtlichen Geldern vergrißen hat.

Eine Mordtat? Infolge eines in Schöneberg mutmaßlich verübten Mordes erschien am gestrigen Vormittag an allen Anschlagstellen folgende Bekanntmachung: Am 2. Oktober d. J. vor-mittags 8 Uhr, wurde von Passanten in einem Seitengraben der Mühlensstraße, etwa 100 Meter von der Wilmersdorfer Grenze entfernt, eine ungefähr 2 Meter lange Blutlache aufgefunden. Die Feststellungen ergaben, daß von dieser Stelle aus keine Blutspuren über den Straßendam hinwegführten, dann aber plötzlich aufhörten. In der näheren und weiteren Umgebung der Fundstelle waren sonst Blutspuren nicht auffindbar. Dagegen wurden etwa 200 Meter entfernt auf dem Bürgersteig der dort unbauten Prinz-Regentenstraße mehrere Frauenkleider gefunden u. a. vier Blusen, eine rot und

schwarz karierte, eine blau und weiß gebänderte, eine blaue und weiß karierte, eine blau und rot gebänderte Bluse, ein schwarzer Fuchsenunterrock, drei Blusen und eine rot gestreifte Strümpfstrümpfe, ein weißes Taschentuch gezeichnet M. H. und ein rotgeblümtes lattunes Kopftuch. Am 1. Oktober abends gegen 11 Uhr wollten Anwohner der dortigen Umgegend mehrere Hilferufe einer Frauensperson gehört haben. Das umliegende Gelände ist abgeflacht, jedoch Verdächtigtes nicht vorgefunden worden. Die Größe der Blutlache läßt es aber möglich erscheinen, daß an der fraglichen Stelle ein Verbrechen begangen worden ist. Personen, welche irgendwelche Angaben machen können, die zur Aufklärung der Sache dienen würden, werden gebeten, sich unverzüglich bei der Polizei-Direktion in Schöneberg, Hauptstraße 96, Zimmer 7, zu melden. Der Polizei-Präsident, v. Westarp. — Nach der Anzeige des Bundes ermittelte die Schöneberger Kriminalpolizei gleich zwei Frauen, die Hilferufe gehört haben wollen, eine Frau Gertrud Pöterel und eine Frau Kadde, bei der jene in der Mühlensstraße 9a zu Besuch war. Während der Unterhaltung bei offenem Fenster hörte Frau Pöterel von der unbauten Seite der Straße her den ersten Ruf und machte Frau Kadde darauf aufmerksam. Beide hörten dann noch Rufen und einige Hilferufe einer Frauensperson. Gleich darauf wurde es wieder ruhig. Das war gegen 11 1/2 Uhr, nicht 11 Uhr, wie es irrtümlich in der Bekanntmachung heißt. Die Blutlache war so groß, daß sie sehr wohl von einem verwundeten Menschen, der sich verblutet hatte, herrühren könnte. Ob jedoch ein Verbrechen vorliegt, ist trotzdem noch sehr fraglich. Eine Frau befindet, daß der schwarze Kleiderrock einer gewissen Materialität gehöre. Diese ist aber obdachlos und nicht zu finden. Daher ließ sich auch nach dieser Richtung nichts weiter feststellen. Aus der Blutlache und den Spuren sammelte die Kriminalpolizei Teile, um sie dem Gerichtsmediziner Dr. Jegerich zur Untersuchung zu übergeben. Dieser soll feststellen, ob es sich überhaupt um Menschenblut handelt. Dem Anschein nach ist das nicht der Fall, möglich aber ist es. An den Kleidungsstücken wurden Blutspuren nicht gefunden.

Von einer Lokomotive zerkratzt wurde gestern morgen um 4 1/2 Uhr der 50 Jahre alte Bremser Theodor Jangow aus der Hochstr. 1, der seit 23 Jahren bei der Nordbahn angestellt und auf dem Bahnhof Rankow beschäftigt war. Jangow wollte nach Beendigung des Nachtdienstes in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Gesundbrunnen die Gasse überschreiten, um seinen Heimweg anzufangen, und geriet dabei unter einen Güterzug. Die Maschine ging über ihn weg, zertrat ihm den Kopf und Brustkasten und zerquetschte ihm auch die Kleidungsstücke. Der Verunglückte blieb tot auf der Straße liegen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Ueber ein Liebesdrama wird aus Zegele berichtet: Die 16 1/2-jährige Anna Schulz, Tochter des Gastwirts Schulz aus Bernburg, das in Zegele wohnt, hatte in Bernburg ein Liebesverhältnis mit dem 24-jährigen Buchhalter der dortigen städtischen Gasanstalt, Friedrich Brüggert angeknüpft, doch stieß die Verlobung des Paares auf den entschiedenen Widerstand der Eltern des jungen Mannes. Er war vor die Wahl gestellt, entweder die Braut aufzugeben oder von den Seinigen verstoßen zu werden; der junge Mann kündigte deshalb seine Stellung und teilte der Anna Schulz am letzten Freitag früh durch Postkarte und Telegramm mit, daß er abends zehn Uhr in Berlin eintreffen werde. Das Mädchen hat die Eltern um die Erlaubnis, den Bräutigam von der Bahn abholen zu dürfen, und entfernte sich spät nachmittags aus der Wohnung. Als am Sonnabend gegen 2 Uhr morgens der Polizeikommandant a. D. Denfert durch die Zegele Heide fuhr, traf er das Liebespaar im Walde und nahm es auf Witten des Mädchens in seinem Wagen bis nach Zegele mit. Beide stiegen dann kurz vor der Villa Weiners in der Bismarckstraße aus. Das Ehepaar Schulz war über das lange Ausbleiben ihres Kindes sehr beunruhigt, und der Vater sah wartend am Fenster. Da hörte Herr Schulz plötzlich aus nächster Nähe zwei Schüsse fallen und dann nach kurzer Pause leise seinen Namen rufen. Er stürzte sofort auf die Straße hinaus und fand hier seine Tochter röchelnd auf der Erde liegend. Daneben lag Brüggert entsezt, den schlaflosen Augen noch in der Hand haltend. Der Buchhalter hatte das Mädchen in die linke Schläfe geschossen. Die Kugel war auf der rechten Seite wieder herabgedrungen. Das Mädchen wurde nach der königlichen Klinik in der Fiegelstraße gebracht, wo sie schwerverletzt niedergestellt; die Sehraft beider Augen ist auf immer verloren. Der Beweggrund zur Tat ist bis jetzt noch nicht ermittelt, da Fel. Schulz noch nichtvernehmungsfähig ist. Es ist aber nicht anzunehmen, daß das junge lebenslustige Mädchen damit einverstanden war, in den Tod zu gehen, vielmehr nimmt man an, daß Brüggert in der Verzweiflung, daß Anna Schulz nicht seine Gattin werden könne, die Geliebte beim „Abschiednehmen für immer“ zu töten versucht hat. Der Leichnam des Mannes wurde nach Heiligensee geschafft.

Wegen schlechter Zeugnisse haben sich drei Schüler nicht wieder in die elterliche Wohnung zurückgekehrt, der 14 Jahre alte Sohn Rudolf des Handeltümlers Vater aus der Grimmstr. 19, der 13jährige Sohn Erich des Lokomotivführers Werner aus der Romintenstr. 5 und der 14 Jahre alte Sohn Walter des Wilmersdorfer Freitag aus der Nichtenhofstr. 18. Vater besuchte die Klasse 3a der Handelsschule in der Dresdenerstraße, Werner und Freitag die 3. Klasse der 4. Realschule in der Diebstelmeyerstraße. Alle drei waren nicht versetzt worden. Die Eltern fürchten, daß sie sich ein Leid angetan haben oder umherirren. Geld haben die Vermissten höchstens einige Groschen bei sich.

Affardarbeit — Mordarbeit. Unter dieser Stichmarke veröffentlichten wir am Sonnabend eine uns vom Zentralverband der Maurer zugegangene Mitteilung über einen Unfall am Bau des Unternehmens Hertenhof in der Heidebergstraße. Hierzu sendet uns Herr Hertenhof auf Grund des Preßgesetzes eine Verichtigung, die zwar den Anforderungen dieses Gesetzes nicht entspricht, von der wir aber dennoch selbstverständlich Notiz nehmen. Soweit Tatsächliches in Betracht kommt, erklärt Herr Hertenhof, daß die Bauarbeiten ihm keine 1100 Mark monatlich an Pacht eingebracht habe, vielmehr habe der Pächter vom Mai bis jetzt nur 200 Mark gezahlt. Auch sei es unrichtig, daß Leute, die sich über die Bedienung beschwert hätten, entlassen seien, das müsse auch die Lohnkommission wissen. Ferner sei kein mindestens drei Meter langes Gefinnsstück herabgefallen, vielmehr wären beim Mauern des Bestimes einige Steine von der Mauer auf das Gefinns gefallen, die etwa 15 frische angelegte Steine mit heruntergerissen hätten. Die Lohnmänner seien auch nicht entlassen worden, weil sie zu wenig leisteten, ihre Entlassung wäre vielmehr erfolgt, weil sie trotz mehrfacher Mahnung ihren Verpflichtungen aus dem Tarifvertrage, den jeder unterschrieben, nicht nachgekommen seien. Selbst der damalige Baudeputierte hätte zugeben müssen, daß die Quantität der geleisteten Arbeiten sehr minimal sei.

Es ist Sache des Zentralverbandes der Maurer, zu dieser Zuschrift Stellung zu nehmen.

Eine kaum glaubliche Anklage hat der „Zeit am Montag“ zufolge, ein Unfall im Betriebe der Hoch- und Untergrundbahn gezeitigt. Am 9. Juli wollte der Kaufmann Friedrich Döly, Augsburgerstraße 63, in Begleitung seines 3 1/2-jährigen Sohndens auf der Station Wittenbergplatz die Untergrundbahn besteigen. Herr D., welcher einige Pakete trug, konnte seinen Sohn nicht an der Hand führen, und so schritt dieser vor ihm her, um den haltenden Zug zu betreten. An der Tür des Wagens II. Klasse angekommen, verlor der Kleine mit lautem Aufschrei plötzlich in der Tiefe; er war zwischen Wagenseit und Trittbrett geraten, welche an dieser Stelle einen Zwischenraum von 17 Zentimeter lassen, wodurch die Sicherheit der Passagiere, besonders aber der Kinder arg gefährdet ist. Der Anabe, welcher sich mit den Händen an dem Trittbrett festklammerte, berührte mit den Füßen die Stromleitung. Trotzdem der Vater sein Kind sofort emporhob, wobei er selbst einen empfindlichen elektrischen Schlag erhielt, war es bereits viel zu spät. Gleich darauf verschied der Knabe auf seinen Armen. Nun hat der Staatsanwalt des Landgerichts II gegen den unglücklichen Vater die Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Uebrigens hat die Direktion der Hoch- und Untergrundbahn Herrn D. die Beerdigungskosten erstattet.

Der Berliner Oktober-Jahresmarkt findet Mittwoch, den 5. d. d. Sonnabend abend, den 8. d. M., im Norden Berlins, auf dem Arkonaplay, in der Steinmühler-, Ruppiner- und den angrenzenden Straßen statt. Der Aufbau der Buden erfolgt am Dienstag.

Feuerbericht. Die Brandchronik der letzten 48 Stunden ist eine ungewöhnlich reichhaltige, denn sie weist über 20 Alarmierungen auf. Montag vormittag 10 Uhr wurde die Wehr nach der Sebastianstraße 27 gerufen, weil hier in einem Keller ein Posten Berg in Brand geraten war. Der 17. Löschzug konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Vorher gingen in der Kasanien-Allee Dedden und Kleidungsstücke in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Großen Frankfurterstr. 106 Fett brannte. — In der Hiegelstr. 24 war durch grobe Unachtsamkeit auf einem Hängeboden Feuer ausgebrochen, das indes noch im Keime erstickt werden konnte. — Vormittags erfolgte ein Alarm nach dem Anhalter Güterbahnhof in der verlängerten Trebbinerstraße, weil dort ein Haufen Stroh in Brand geraten war. Die dritte Kompanie hatte längere Zeit zu tun, um die Gefahr zu beseitigen. — Gegenüber dem Hause Weinländerstraße 88 stand auf dem Trottoir ein Posten Stroh in Flammen während auf dem Exerzierplatz in der Schwedterstraße eine alleinlebende Pappel brannte. — Nach der Turnstr. 63 und nach der Stargarderstr. 20 wurde die Wehr gerufen, weil dort Gas in größeren Mengen ausgeströmt war. In beiden Fällen konnte zum Glück eine Explosion verhindert werden. — Unfug am öffentlichen Feuerwehler lag zwei Alarmierungen zu Grunde, die die zweite Löschkompanie in der letzten Nacht nach dem Döllinger Ufer und der Oberbaumbrücke führten. Es gelang leider in beiden Fällen nicht, den Frevler zu ertappen. — An der Jerusalemer Kirche 3 war ein Kandelaber umgefallen worden und Gas strömte daher aus. Der 17. Löschzug verstopfte die Dichtung und sorgte für Benachrichtigung der Polizei. — Alle übrigen Feuermeldungen, die noch im Laufe des gestrigen Tages aus der Hausburgstr. 11, Danzigerstraße 90, Voltastr. 63, Dönhofsstr. 52/53, Friederichstr. 113 und noch aus verschiedenen anderen Stellen einliefen, waren auf ganz unbedeutende Brände zurückzuführen, die ein sonderliches Eingreifen der Wehr nicht erforderten.

Das alte Alexanderplatz-Theater hat als Stätte der dramatischen Kunst nimmer zu existieren aufgehört. So geht es im Leben. Glückliche neue Theater schießen empor als ob hierorts immer noch nicht genug weltbedeutende Bretter zusammengekommen wären, und ein verräucherter Rusentempel muß daran glauben. Ranchelei Schicksale hat das jetzt in einen Konzertsaal umgewandelte Haus ja in den letzten Zeiten durchgemacht müssen. Vor zwölf Jahren verbrachte hier ein Unternehmen, das dem damals in Mode stehenden Adolf Ernst-Theater Konkurrenz bereiten sollte, dann brachte Herr Samst das Haus durch allerhand Schredenstaten auf den Hund. Aber aus tiefer Erniedrigung erhob die Bühne sich zu glanzvoller Höhe, als es Herr v. Wolzogen vor vier Jahren befiel, hier sein Lieberbrett zu etablieren. Etwas von dem Wolzogenischen Glanz blieb auch noch an der Stätte haften, als ein Jahr später das ganze Brett hier vegetierte. Dann aber verbrachte der Lieberbrett-Enthusiasmus früher, als seine Interzessionen aguten, und um das Haus in der Alexanderstraße 40 baute sich wieder Nacht und Grauen.

Nun hat man den Vorhang entfernt und auf der Bühne sieht eine an Zahl wie an Leistungsfähigkeit respektable Musikkapelle. Ihr Leiter ist der Kapellmeister Translatore, ein Mann, der auch durch leichte Kompositionen in der Berliner Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Das Programm will nicht durch klassische Werke glänzen; hübsche Walzer sind die Spezialität der Kapelle, und in diesem Fache leistet sie Vorzügliches. Ob das alte Haus im Zeichen des Bierkonzerts noch eine späte Blüte erleben wird?

Theater. „Gastons Frauen“ betitelt sich die nächste Novität des Trianon-Theaters, die dort am Freitag, den 7. Oktober, zur ersten Aufführung gelangt. „Gastons Frauen“ (La dame du Commissaire), das feinerzeit einen der größten Erfolge am Cluny-Theater davontrug, ging bereits am Zentral-Theater in Leipzig sowie am Zentral-Theater in Dresden in Szene. — August Junkermann kehrt nach einem kurzen Gastspiel in Halle heute, Dienstag, wieder nach Berlin zurück und tritt wieder im Bellealliance-Theater als „Unel Bräutigam“ auf. — Zentral-Theater. Morgen, Dienstag, 7/10, Uhr gelangt „Die Fledermaus“ mit den Damen: Gusti Förster (Rosafinde), Mia Werber (Adele), Liza Weise (Orlosky), und den Herren: Oskar Braun (Eisenstein), Erich Deutsch (Ulrich), Karl Schulz (Frank), Rudolf Ander (Frosch), Eugen Ott (Dr. Falke) zur Aufführung. — Lustspielhaus. Heute Dienstag findet die Erstaufführung der vieraktigen Komödie „Wiederleute“ von Robert Nisch statt. — Die Reihe der diesjährigen Dichter- und Tonbildner-Wende, die das Schiller-Theater im Bürgerlaale des Mathaues veranstaltet, beginnt am Sonntag, den 9. Oktober. Der erste Abend wird Schiller gewidmet sein. — Rational-Theater. Wegen plötzlicher Erkrankung des Herrn Reime entfällt die für heute (Dienstag) abgeraumt gewesene Aufführung von „Migoletto“. Statt dessen geht „Bar und Zimmermann“ in Szene. Morgen (Mittwoch) findet vielfachen Wünschen entsprechend eine Wiederholung des „Wildschütz“ statt.

## Vermischtes.

Eisenbahnunfälle. Sonnabendabend 8 Uhr 52 Min. Klee, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, in der Nähe des Bahnhofs Bodenheim zwischen Bodenheimer Weiche und Scharlach Schnellzug 72 dem vorausgehenden Güterzug in die Flanke. Der Güterzug hatte „freie Fahrt“ als Signal erhalten, während das Signal des Schnellzuges auf Halt stand. Der Führer des Schnellzuges ließ dies unbeachtet, und so erfolgte der Zusammenstoß auf der Weiche, welche beide Züge zu passieren hatten. Die Maschine des Güterzuges wurde stark beschädigt und entgleiste, sich halb auf die Seite legend; außerdem wurden zwei Güterwagen beschädigt. Vom Schnellzug wurde ein Wagen stark und einer leicht beschädigt. Der stark beschädigte Wagen, ein Wagen erster und zweiter Klasse, war glücklicherweise schwach besetzt; das ziemlich stark zertrümmerte Coupe erster Klasse war ganz leer. Als verletzt hat sich bisher nur ein Passagier gemeldet, welcher über Verdenkörung klagt. Vorerst wurde die Strecke einseitig weiterbetrieben. Bei den Aufgleisungsarbeiten legte sich ein Wagen über die noch frei gebliebenen Geleise, so daß alle drei Geleise eine Zeitlang gesperrt wurden. Seit gestern früh 7 1/2 Uhr wird der Verkehr wieder zweigleisig betrieben. — Ein zweiter Unfall ereignete sich, wie aus Plauen telegraphisch wird, auf der Station Herlasgrün. Dort überfuhr heute früh in der dritten Stunde ein Güterzug, der auf ein totes Geleise geleitet war, den Prellbock. Die Maschine und der Tender stürzten die fünf Meter hohe Böschung herab. Der Lokomotivführer und der Heizer sprangen ab und blieben unverletzt.

Schiffbruch an der norwegischen Küste. Aus Frederiksbad (Norwegen) meldet der Telegraph: Es wird angenommen, daß das Segelschiff Sir John Lawrence aus Toensberg mit seiner gesamten Besatzung — etwa 14 Mann — untergegangen ist, da am Sonntag früh zahlreiche Wrackstücke von diesem Schiff an Land getrieben sind. Man fürchtet, daß bei dem Orkan vom Sonnabendabend noch weitere Schiffsunfälle vorgekommen sind.

Marktpreise von Berlin am 1. Oktober. Rogg Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*\*, gute Sorte 17,55—17,53 M., mittel 17,51—17,49 M., geringe 17,47—17,45 M. Roggen\*\*, gute Sorte 13,80—13,79 M., mittel 13,78—13,77 M., geringe 13,76—13,75 M. Futtergerste\*\*, gute Sorte 15,00—14,50 M., mittel 14,40 bis 13,40 M., geringe 13,30—12,80 M. Hafer\*\*, gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,60—14,80 M., geringe 14,70—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—25,00 M. Speldebohnen, weiße 50,00—25,00 M. Linen 60,00—28,00 M. Kartoffeln 11,00—7,00 M. Rüböl 4,50—4,16 M. Den 6,40—7,20 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 4,50—3,20 M. \*) Freit Wagen und ab Bahn. \*\*) ab Bahn.

Wasserstand am 1. Oktober. Elbe bei Wulst — 0,50 Meter, bei Dresden — 1,94 Meter, bei Magdeburg + 0,20 Meter. — U n r u t bei Straßburg + 0,75 Meter. — D e r bei Radibor + 1,17 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 4,86 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 1,28 Meter, bei Frankfurt + 0,55 Meter. — W e i s s e l bei Brahmische + 2,70 Meter. — W a r t h e bei Josen — 0,14 Meter. R e g e bei Wj — 1,17 Meter.



Dienstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr:

# Partei-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Kreis: **Arminhallen**, Kommandantenstraße 20.
2. " **Bockbrauerei**, Tempelhofer Berg.  
(General-Versammlung des Wahlvereins.)
3. " **Dresdener Kasino**, Dresdenerstraße 96.
4. " **Scheruch Festsäle**, Rüdersdorferstr. 45.
5. " **Leydecker Salon**, Sophienstraße 34.  
(General-Versammlung des Wahlvereins.)
6. " **Germania-Säle**, Chausseestraße 103.  
(General-Versammlung des Wahlvereins.)

## Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz.
2. Diskussion.
3. Bericht vom Bremer Parteitag.
4. Diskussion.

Zahlreiche Beteiligung erwarten

**Die sozialdemokratischen Vertrauensleute.**

# Vereinigung der Zimmerer Deutschlands

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, S. I. Telefon: Amt III, Nr. 5029.

Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Industrie-Sälen, Benthstr. 20:

## Ausserordentl. Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kameraden **Th. Fischer** über: Die wichtigsten Bestimmungen des Unfall-Versicherungsgesetzes. 2. Diskussion. 3. Die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen. 4. Verschiedenes.  
 257/20  
 Z. A.: **Albert Juppenlatz.**

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

## Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 7. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von **L. Keller**, Koppenstr. 29:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 Endgültige Beschlussfassung zur Durchführung unserer Lohnforderung.  
 NB. In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung erlauben wir die Mitglieder der Sektion, in der Versammlung vollständig zu erscheinen.  
 Der Vorstand. Z. A.: **W. Frisch.** [153/15]

Soeben erschienen: 504/2

# Parlamentarismus und Generalstreik.

Stenogramm der Rede des Genossen

**Dr. R. Friedberg**

gehalten am 3. August 1904 in Kellers Festsälen.

Mit einem Vorwort.

Die Broschüre ist 32 Seiten stark mit Umschlag und im Einzelverkauf für 10 Pfennige in der Expedition „Die Einigkeit“, Rindstr. 2, der Buchhandlung „Vorwärts“, Rindstr. 69, sowie in allen Buchhandlungen und bei allen Kolporturen zu haben.  
 Verlag „Die Einigkeit“.

**Trinkt Bilz-Brause.**  
 Bestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk  
 Otto Starck, N.O., Landsberger Allee 6-7.  
 Tel. VII. 1566.

## Vorzugs-Preise zum Umzuge

# Plüsch-Portieren,

gestickt, alle Farben, a Garnitur, bestehend aus 2 Shawls und einem Lambrequin 10 M.  
 a 25, 15 bis

Tuch-Portieren, gestickt, a Garnitur 25, 12 bis 6 M.  
 Wollene Portieren, gestickt a Garnitur 12.50, 9 bis 7 M.

Velvet-Portieren, mit Tuch appliziert, sehr preiswert.  
 Vorjährige Muster und Restbestände jetzt zum Umzuge fast die Hälfte des Preises.

Gewebte Portieren, 125 a Stück 6, 4, 3, 2 bis 1 M.

## Teppich-Haus

# B. Hurwitz, Rotes Schloß,

vis-a-vis dem National-Denkmal.  
Telephon I, 8311.

## Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Rindstr. 69.

Soeben erschienen: 233/16\*

## Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses von Amsterdam 1904.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Internationale Regelung der sozialistischen Politik, Kolonialpolitik, Auswanderung und Einwanderung, Generalstreik, Sozialpolitik und Arbeiterversicherung, Rüstungswesen, Trübsis und Arbeitslosigkeit.  
 Dem Protokoll sind die Verhandlungen der Faktionskommission als Anhang beigegeben.

Preis 1 M.

Agitationsausgabe 40 Pf.

Ferner empfehlen wir die Protokolle der Internationalen Arbeiterkongresse

Paris 1889. Mit einem Vorwort von Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder. Abschaffung der stehenden Heere. 25 Pf.  
 Zürich 1893. Stellung der Partei im Kriegsfall. Agrarfrage. Generalstreik. 50 Pf.

London 1896. Politische Aktion. Wirtschaftliche Aktion. Erziehung und körperliche Entwicklung. 20 Pf.  
 Paris 1900. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht. Die Eroberung der politischen Macht. Kolonialpolitik. Der Sozialismus in den Gemeinden. 20 Pf.

200/6\*

## Dr. Simmel, Pränzstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Nervenleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

## Möbelverkauf!

In meiner Möbelfabrik, **Greifswalderstraße 15**, am Gieselerthor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verleihe gewasene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen. Liefere ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochdelegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verleihe gewasener und zurückgelehnter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Beistelle mit Matrize 20, Kuchenschrank, Vertikal 36, Salongarnitur, Büchergarnitur 105, Rauchstühle mit Matrizen 40, geschmückte Büffets, Bücherständer, Pianos mit Sattellack 85, Schreibtisch 40, Uebelschönung, Englische Schlafzimmern, Spielzimmer, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Werkstätte geliefert. **Wunderbuch gratis.** 215/2\*

# Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 6. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:  
 1. Das System der bevorstehenden Wahlen zu der Landesversicherungs-Anstalt. Referent: Arbeitersekretär **Gustav Bauer.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Gäste haben Zutritt. 53/11  
 NB. Die Krankenkassen-Vorstände, die Wähler der unteren Verwaltungsbehörde sind, sind besonders auf dieses Thema aufmerksam gemacht.  
 Der Vorstand. Z. A.: **F. Fischer,** Vorsitzender.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Nummer 34. Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:

## Versammlung sämtlicher in der Drahtindustrie beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung:  
 1. Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlung. Referent: Kollege **Scheffler.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
 Zu dieser Versammlung sind die Radler besonders eingeladen.  
 122/2  
 Die Ortsverwaltung.

# Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,

## in Graumanns Festsälen, Rauchstr. 27: Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Streikreglement und Streikkontrolle. 2. Die Gewerbegerichtswahl am 16. Oktober. 3. Vereinsangelegenheiten.  
 Jedes Mitglied muß anwesend sein. Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Der Vorstand.

# Verband der Tapezierer.

(Filiale Berlin.)

## Sonabend, den 15. Oktober 1904 in den Festsälen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15

# 8. Stiftungs-Fest.

Grosses Konzert unter Mitwirkung des Quartett-Vereins von 1897\* sowie des humoristischen Herrn **Karl Schmelzer.**  
 Anfang präzis 9 Uhr.  
 Entree inkl. Tanz 50 Pf.  
 Das Komitee.  
 177/20

# Charlottenburg.

# Volks-Versammlung für Männer und Frauen

Dienstagabend 8 1/2 Uhr im Volkshause, Rosinenstr. 3.

Tages-Ordnung:

Berichterstattung vom Parteitage.

Berichterstatter: Genosse **Müller-Charlottenburg.**

Genosse **Wollermann-Schöneberg.**

Reichstags-Abgeordneter Genosse **Jubel-Berlin.**

Wir erwarten zahlreichen Besuch. 250/16

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15. — Fernsprecher: IV, 3578.

Mittwoch, den 5. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr:

## Vertrauensmänner-Versammlungen.

Westen und Süd-Westen: in **Habels Brauerei**, Bergmannstr. 5-7.

Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Bericht der Vertrauensleute.

Moabit: bei **Joeksch**, Turmstr. 84.

Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensleute. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei **Herrn Raabe**, Kolbergerstr. 23.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Rosentaler und Schönhauser Vorstadt: bei **Wernau**, Schwebelstr. 23-24.

Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Osten u. Nordosten: bei **Mann**, Straußbergerstr. 3.

Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensleute. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

NB. Die Adressen der Vertrauensleute sind: für den Bezirk Osten: Kollege **Rud. Rath**, O. Kominternstr. 21, Überweg III r.; für den Bezirk Nordosten: Kollege **Büh. Post**, Weidenweg 22, Hof I. Die Zahlstelle 34 befindet sich Gubenstr. 6 bei Klasse.

Südosten: bei **Mann**, Mantensstr. 95.

Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werkstatt- und Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Süden: bei **Gliesing**, Wassertorstr. 68.

Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Friedrichsberg: bei **Latterbüse**, Friedrichsbergstr. 11.

Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Dieszu sind die Werkstellen von **Voswerk**, Frankfurter Chaussee, und **Eichfried**, Frankfurter Allee 197, besonders geladen.

# Modell- und Fabrik-Tischler

bei **Dicke**, Adlerstraße 123.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrolleure. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

# Bilderrahmenmacher

bei **Augustin**, Rindstr. 69.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Werkstatt-Kontrollkommission kommt schon um 8 Uhr dorthin zusammen.

# Stock- und Celluloidarbeiter

bei **Bareinz**, Bräudenstraße 7.

# Drechsler.

Osten: bei **Krause**, Koppenstraße 41.

Eingeladen sind die Kollegen von **Kromphard**, Koppenstr. 57, und **Niher**, Grüner Weg 68.

Südost und Südwest: bei **Stramm**, Ritterstraße 123.

Eingeladen sind die Kollegen von **Bruder**, Brandenburgstr. 27; **Wohlf**, Brandenburgstr. 23, und **Wagner**, Fürstenstr. 6.

Norden: bei **Dietrich**, Brunnenstraße 41.

Eingeladen ist der Kollege **Paul Reissmann**, Graunstraße, in Arbeit bei Engel, Uferstr. 5.

Sämtliche in Werkstätten beschäftigten Kollegen müssen einen Vertrauensmann entsenden. 90/3

# Stellmacher

bei **Pfeffer**, Rosentaler-Str. 57.

Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensleute. 2. Branchen-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Kommission.

# Zentralverband der Schuhmacher Deutschl.

Bureau: Wilmannsstr. 32A, Hof part.

Mittwoch, 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Residenz-Sälen“, Landsbergerstr. 37 (großer Saal):

## Kombinierte Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Der Generalstreik. Referent: **Dr. Friedberg.**  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 170/15  
 Die Ortsverwaltung.

# H. Preuss, Swinemünderstr. 66, 1. Etage,

Cigarren und Tabak-Fabrik und Engros-Lager (Tel. III 6049) bekannte billigste Bezugsquelle. Händler, Neu-Etablierungen etc. Spezialität: **Pre-Ussina-Cigarren** geschliffen gef. Spezialmarken f. Kenner, in allen Preisclassen überall käuflich.







Agitations-Kalender.

Hoffkandal.

Juli.

1. Minister v. Hammerstein, im Abgeordnetenhaus über die amtliche Unterfugung des Wirbachers Rosafaltbettel interpelliert, erklärt, sich erst „informieren“ zu müssen.
2. Das Urteil im Pommerbank-Prozess gefällt. Strafe 3 1/2 Jahre, Knecht 3 Jahre Gefängnis. 2 Jahre Untersuchungshaft angerechnet. Freisprechung bezüglich des Conto K., dessen Summen Eigentum der Angeklagten gewesen wäre. Haftentlassung.
12. Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat eine Frau Michon, die in Homburg eine Spielhölle hielt und von ihrem „Verdienst“ 6000 M. zum Kirchenbau spendete, durch Wirbach den Luiseorden am weißen Bande erhalten.
17. Die Wirbach-Vereine zahlen 175 000 M. an die Rechtsnachfolgerin der Pommerbank zurück.
20. Die Gärtner-Witkondore Dippe in Quedlinburg, die für Wirbach Spenden von über 100 000 Mark geammelt worden sind, zahlen Wochenlöhne von 14 Mark, Tagelöhne von 1 Mark.
28. 40 000 Mark, die Wirbach im Jahre 1899 von der Pommerbank erhalten hat, sind zur Sanierung der Finanzen des Pastors Dieffellamp in Berlin verwendet worden.
30. Herzog Ernst Günther, Bruder der Kaiserin, der vom frommen „Reichsboten“ unter der Blume bezichtigt worden war, der eigenliche Richter des Conto K zu sein, kündigt in einem öffentlichen Schreiben Strafverfolgung seiner Beleidiger an. Es sei im allgemeinen Interesse geboten, Licht über alle Punkte zu verbreiten“ und den Empfänger der 325 000 Mark festzusetzen. Er habe seine Schwester vor der Pommerbank und vor Wirbachs Treiben gewarnt.

August.

2. In den Vorständen der Wirbach-Vereine sitzen Vertreter aller großen Banken: Koch, Deutsche Bank, Koch, Reichsbank, Müller, Dresdner Bank, Habenstein, Seehandlung, Mendelssohn-Bartholdy und so weiter.
4. Das „Leipziger Tageblatt“ teilt mit, daß Herr v. Wirbach als Vormund des Prinzen Friedrich Saxe-Wittenstein sein Mandat um Erlaß der Rechnungslegung erlucht habe, mit dem Versprechen, dafür dessen bürgerliche Braut in den Prinzenstand erheben zu lassen.
10. Die „Trenonia“ ergänzt die Mitteilung des „Leipziger Tageblatt“. Die drei Pfleger des Prinzen Saxe, Herr v. Saxe, Graflicher Minister v. Lentig und Wirbach haben sich dauernd geweigert, Rechnung zu legen. Dem Prinzen und Lieutenant sei vom Kabinet des Kaisers der Auftrag erteilt worden, sich mit dem Pfleger zu einigen. Infolgedessen habe er wahrheitswidrig bestätigt, Rechnungslegung erhalten zu haben.
17. Das „Leipziger Tageblatt“ stellt fest, daß Minister v. Hammerstein, der sich über die amtliche Unterfugung der Wirbacher erst „informieren“ zu müssen behauptet hat, diese Unterfugung selbst durch amtliches Schreiben an die Oberpräsidenten bewirkt hat.

September.

1. Die widerrechtlich wegen angeblichen Freisins ihrer Freiheit herausgelassene Luise von Koburg flüchtete aus Bad Ems nach Berlin, wo sie in der Wohnung des Abg. Genossen Sildeman heimlich Unterschlupf findet.
3. Wirbach von seinem Amt als Sekretär, Schatzkammerverwalter der Kaiserin und vom Vorsitz der Kirchenvereine entbunden. Er bleibt aber Oberkammerherr.
21. Wirbach hat eine „Rechtfertigungsschrift“ ausgearbeitet. Er bestätigt, daß Minister v. Hammerstein von ihm über den Rosafaltbettel informiert war und sich lebhaft dafür interessierte. Keine Aufklärung über die verschwundenen Summen des Conto K.
28. Die Gesellschaft der verstorbenen Herzogin Amalie (Zante Herzog Ernst Günthers und der Kaiserin), Mitwitte, steht in Berlin vor Gericht, weil sie Schmutz der Herzogin gestohlen haben soll. Obwohl die Verhandlung nichts Verheißendes gegen die Angeklagte, desto mehr gegen die Beauftragten des Herzogs Ernst Günther ergibt, die sie widerrechtlich der Freiheit beraubt und ihr Vermögen beschlagnahmt haben, obwohl die Angeklagte ferner in den drei Jahren, die diese Angelegenheit schon schwebt, sich in Freiheit befunden und nicht den geringsten Hindernisversuch unternommen hat, wird sie auffälligerweise in Untersuchungshaft genommen und der Prozeß behufs Vernehmung ihres Widersachers, des Herzogs Ernst Günther, vertagt.
30. Der Landrat a. D. Ebbinghaus teilt dem Homburger Kirchenvorstand mit, daß er dem Freiherrn v. Wirbach schon vor Jahresfrist 25 000 M. zu Kirchenbauzwecken behändigt habe. Die Auslieferung des Geldes durch Freiherrn v. Wirbach ist bisher nicht erfolgt.

Kolonialkrieg und -Grauel.

Juli.

24. Missionar Dassel im „Darmstädter Taglichen Anzeiger“: „Durch ihre (der deutschen Händler) frevelhaftes Treiben hat schließlich das Herero-voll gethan, was einstmal Hermann der Cheruster auch gethan hat.“

August.

5. Missionar Jeter bestätigt in der „Christl. Welt“ die gegen die südafrikanischen Deutschen erhobenen Beschuldigungen.
6. In Südwestsafrika ist ein Regent ermordet worden. Der Anzeiger des geschehenen Verbrechens, Händler Groeneveld, wurde wegen angeblichen „Diebstahls“ und anderer Delikte im Laufe eines Vierteljahres zu 5 Jahren Zuchthaus, 9 Monaten Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe, in der kolonialen Berufungsinstanz aber nur zu 2 Monaten Gefängnis und 450 M. verurteilt.
10. Ansehler-Deputierter Schlettwein aus Südwestsafrika erklärt in einer Broschüre über den Herero-Kauf: „Das Gefühl christlicher Nächstenliebe... muß zunächst mit aller Energie zurückgewiesen werden.“
17. Einreisung der Hereros am Waterberg misslungen.
18. Die Verurteilung vom Waterberg nennt nur die Namen der gefallenen Offiziere.
19. Der Mörder von Südwestsafrika ist der Unteroffizier Kossal, der einen Regent nach sechs Tage lang fortgesetzte Mißhandlung tötete. Der Vorgesetzte Kossal ist Lieutenant Baron Stempel, Distriktschef von Bethanien, der über Groeneveld Haftort verhängte, der Richter Groenevelts Referendar Wewersky. Kossal hat eine Geldstrafe erhalten.

September.

2. Im Reetmannshöper Gefängnis (Südwestsafrika) sterben 60 Proz. der Internierten.
13. Aufstand in Neu-Guinea. Ermordung von zehn Weibern.
18. Der Händler Groeneveld teilt mit, daß der Postard, der ihn die Nachricht von Kossals That überbrachte, zur Strafe dafür ausgepeitscht und in den Kerker geworfen wurde.
21. Nach der „Kölnischen Zeitung“ ist der Aufstand in Neu-Guinea durch den Abmarsch der Missionare verursacht worden, die die Unbedenkliche Polygamie im Gefängnis bestrafen lassen.

Gegen die Socialdemokratie!

Unsre Gegner.

Juli.

16. Abg. v. Kardorff fordert im „Tag“: Entziehung des Wahlrechts für alle Förderer des Umsturzes und Bedroher Arbeitswilliger.
18. Eine Broschüre von „Arminius“: „Der Mißbrauch des Reichstags-Wahlrechts durch die Socialdemokratie“ fordert zur Befestigung des Reichstags-Wahlrechts auf.
31. Die „Neue politische Korrespondenz“ kündigt im Zusammenhang mit dem „immer stärkeren Hervortreten republikanischer und revolutionärer Bestrebungen“ „wichtige politische Entscheidungen“ an.
August.
8. Der „Vorwärts“ teilt mit, daß in einer Konferenz bürgerlicher Parteiführer, an der auch Spahn vom Centrum teilgenommen habe, der Plan diskutiert worden sei, das preussische Landtags-Wahlrecht mit geringer Verbesserung zur Grundlage des Reichstags-Wahlrechts zu machen.
9. Der „Hamburgische Korrespondent“ bestätigt die Mitteilungen über reaktionäre Umtriebe.
6. Das Centrum ist für eine Aenderung des Reichstags-Wahlrechts nicht zu haben, erklärt die „Germania“.
10. Die „Germania“ erklärt, daß Abgeordneter Spahn von Konferenzen gegen das Reichstags-Wahlrecht nicht wisse.
18. Das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“: „Sollten wirklich die Reichstagswahlen wieder und wieder neue Erfolge der Socialdemokratie bringen, so wird natürlich eines Tages die Aenderung des Wahlrechts eine absolute Notwendigkeit.“

September.

10. Die freisinnige „Vossische Zeitung“ polemisiert wütend gegen den Antrag der Charlottenburger Genossen auf Einführung des allgemeinen gleichen Gemeinde-Wahlrechts.
10. Das Regierungsorgan „Dresdener Journal“ erklärt es nur für „eine Frage der Zeit“, daß die berufständische Organisation die Grundlage der deutschen Volksvertretung bilden wird.
16. Der „Hilffsbund der Kriegervereine“ fordert die Regierung auf, Maßregeln gegen die Socialdemokratie zu ergreifen.
23. Verschlechterung des Kommunal-Wahlrechts durch den Königsberger Freisinn. Wer 400-500 M. Einkommen hat, wegen Kinderreichtums aber keine Steuern zahlt, soll nicht wählen dürfen.

Majestätsbeleidigung.

Juli.

6. Ein erwerbsunfähiger Krüppel reicht bei der Polizei eine Majestätsbeleidigung schriftlich ein, um verurteilt zu werden. Er wird — zum fünftenmal — zu zwei Monaten verurteilt.
8. Genossen Hennig, Erhart und Fette-Halle sind wegen Veröffentlichung einer Notiz, für die die „Leipziger Volkszeitung“ verantwortlich worden ist, freigesprochen worden. Die Revision des Anklages hat beim Reichsgericht Erfolg.
10. Ein Arbeiter in Jülich wegen Beleidigung des Kaisers, König Dittos und des Prinzregenten, begangen im Austausch, vier Monate Gefängnis.
24. Genossin Luganburg wegen einer Polemik gegen die kaiserliche Behauptung, daß jeder Arbeiter bis in sein hohes Alter hinein eine gute, gesicherte Existenz habe, in Zwickau drei Monate Gefängnis.

August.

30. Eine Handelsfrau in Königsberg, wegen nicht gewährten Darlehens aus Mache demütigt, drei Monate Gefängnis.
31. Genosse Hennig-Erfurt vier Monate Gefängnis.

September.

1. Der russische Student Roscowicz in Berlin wird von einem Mann auf der Straße erfolglos angebettelt und dem nächsten Schutzmännchen wegen Majestätsbeleidigung denunziert. Roscowicz wird verhaftet.
10. Genosse Fette-Halle vier Monate Gefängnis.
28. Student Roscowicz aus der Haft entlassen.

Die Hera der Frömmigkeit.

Juli.

20. In Würzburg verhindert das Centrum die Gründung einer Hilfsschule für Schwachbegabte, weil sie — „simultan“ sein soll.
31. Vor dem Schöffengericht in Saargemünd gelangen höchst pikante Liebesbriefe des 69-jährigen katholischen Pfarrers und langjährigen Reichstags-Abgeordneten Colbus, an eine verheiratete Frau gerichtet, zur Verlesung.
28. Freisinnige Landtags-Abgeordnete veranstalten eine private Umfrage über Schulverhältnisse aus Anlaß des liberal-konservativen Schulkommissions. Der Kultusminister Stadt verbietet sämtlichem Schulpersonal, ihnen Auskunft zu erteilen.

August.

10. Pfarrer Hansen in Dillingen, Bezirkspräsident der katholischen Arbeitervereine erklärt: Wenn alle Arbeiter unter katholischer Fahne organisiert seien, könnte jeder Arbeitgeber sein Haupt ruhig in den Schoß jedes katholischen Arbeiters legen.
26. Der katholische Tag in Regensburg resolutioniert gegen die Simultanschule.
23. Abg. Gräber denunziert auf dem Regensburger Katholikentage die Unberufshochschulen, die den Glauben „bekämpfen und untergraben“, sowie die Presse, die die Kirche schmäde und verleumde. Dergleichen dürfe der Staat nicht geschehen lassen.

September.

21. Wegen einer Variante von Heines Versen: „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spähen“, wird der Schriftsteller Strzelcwick zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.
21. Auf die Berliner Fortbildungsschüler wird ein Druck ausgeübt, um sie zum Besuch der Sonntags-Gottesdienste, für die die Gemeinde jährlich 6000 M. zahlt, zu bewegen.
27. Der Berliner Magistrat veröffentlicht einen Schriftwechsel mit dem Provinzial-Schulkollegium, woraus hervorgeht, daß die staatliche Aufsichtsbehörde das Verfügungsrecht des Magistrats über städtische Schulräume außerhalb der Schulzeit nicht anerkennt, besonders die Benutzung derselben durch polnische und socialdemokratische Turnvereine sowie durch die freireligiöse Gemeinde nicht gestatten will.
20. Die „Germania“ denunziert den Jenseiter Professor Ernst Haedel wegen seiner Teilnahme am Freidenkerkongreß in Rom. „Er hat sich mit einem Worte zum Mißhandlung an all den zahllosen Gottes- und Majestätsbeleidigungen gemacht, die zu Hunderten auf dem Kongreß gefallen sind. Aus den Gottesbeleidigungen wird er sich nichts machen; ob ihm aber die Majestätsbeleidigungen nicht unbecquem werden können, bleibt abzuwarten.“

Unfre Richter.

Juli.

3. Nach dem Bericht der preussischen Gewerbetriebe sind von 6807 Verletzungen gegen Arbeiterschutz-Gesetze nur 983 der gerichtlichen Sühne zugeführt worden. Nach dem Geständnis der Kölnier Beamten ist der Vortell der Uebertretung oft größer als die festgesetzte Strafe. Beispielsweise zahlte ein Hirschräucherer, der 200 Frauen vorchriftswidrig in der Nacht beschäftigt, 8 M. Geldstrafe — 8 Pf. pro Kopf!
3. Genosse Morawski wegen Mißhandlung an der Aufstellung eines angeblich „falschen“ verantwortlichen Redakteurs bei der Gazeta Robotnicza in Wenschen 3 Wochen Gefängnis.
7. Im Juni 1904 sind über Genossen 8 1/2 Jahre Gefängnis und 4798 M. Geldstrafe verhängt worden.
12. Beim Raureisfreit in Marienburg sämtliche Streikleiter verhaftet. Sie werden des Landfriedensbruchs beschuldigt. Ihr Verbrechen besteht darin, daß sie bei einem Kaufhandel zwischen zwei Arbeitern — zugezogen haben. Ein Polier hat einen Arbeiter durch den Oberkörper geschossen. Die Verhaftung des Geschossenen unterließ wegen Einspruch des Arztes. Der Revolververstoß frei.
12. Die Majoritätin v. Spdow-Draunshweig wegen Mißhandlung ihres Kindes (schwere Körperverletzung) 4 Monate Gefängnis. Weib in Freiheit.
14. Genosse Hennig-Erfurt wegen beleidigenden Verichts über den Laurahütter Verwundetentransport nach dem Wahlstrahl 3 Monate Gefängnis. Revision verworfen.
20. Die Arbeitswilligen Brüder Pionet in Berlin, die einen Streikenden mit Gummischläuchen mißhandelt und dessen hinzueilende Kameraden mit einem Revolver bedroht hatten, sind in erster Instanz zu 1 und 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der Berufungsinstanz plädierte der Staatsanwalt auf mildernde Umstände, da die Angeklagten durch „Beleidigungen“ gereizt worden seien Urteil 30 M. und 20 M. Geldstrafe.

August.

10. Die ehemaligen Crimmitschauer Streikleiter Schiller und Hecht wegen „Meineides“ resp. Verleitung dazu verhaftet. Schiller hat ausgesagt, Hecht habe am 12. März, an welchem Tage er im Verhandlungsbureau eine beleidigende Aeußerung über den Fabrikanten Schmidt gethan haben sollte, im Gefängnis gesessen. Nicht Hecht, sondern er, Schiller, habe das Gespräch geführt, das für den Schmidt beleidigend gewesen sein soll. Nun soll aber der Vorkall nicht am 12., sondern am 19. März gespielt haben, an welchem Tage Hecht aus dem Gefängnis entlassen wurde.
12. Der Prozeß wegen Beleidigung der Pflanzener Gefängnisärzte wird erst unter dem Titel „Schneid und Genossen“, dann plötzlich als „Kalkof und Genossen“ geführt, kommt also statt vor die VII. und IX. vor die gestrichelte III. und IV. Strafkammer des Berliner Landgerichts I.

12. Zeugniszwangsverfahren gegen den Genossen Wätner vom „Vorwärts“ wegen Mitteilungen über eigentümliche Zusammenlegung der Königsberger Strafkammer.
17. Ein Strafantrag Düsseldorf Streikender wegen Beleidigung, Mißhandlung und Bedrohung durch Arbeitswillige „mangels öffentlichen Interesses“ abgelehnt.
19. Beim Berliner Schöffengericht I sitzt, nachdem sich der Gerichtshof zur Beratung zurückgezogen hat, der Vorsitzende in den Saal zurück. Es habe sich herausgestellt, daß ein Schöffe Socialdemokrat sei. Ob der Staatsanwalt keine Anträge stellen wolle. Der Gefängnisstrafe wird befohlen, daß sein Vorgehen strafprozessual unmöglich sei.

20. Arbeiter Krüger in Berlin, der einem Händler erklärt hat, er werde bei ihm nicht kaufen, so lange er Bediaware von einem Bäcker beziehe, der bewilligte Gesellenforderungen zurückgenommen habe, wegen Vergehens gegen §§ 152 und 153 Strafprozessordnung eine Woche Gefängnis. Er habe den Händler „terrorisiert und ghilaniert.“
21. Maurer Sprung in Marienburg, der bei einem Kaufhandel vom Polier Kroschewski zum Krüppel geschossen wurde, selbst keine Verletzungen verschuldet hat, 1 1/2 Jahr Gefängnis. Der Polier frei.
28. Das „Volkstblatt“ in Halle hat ein Inserat des Magistrats in Weidau, in dem ein Stadtkassen-Kontrollleur mit 600 M. Jahresgehalt gesucht wird, „schamlos“ genannt. Gen. Däumig 10 Tage Gefängnis.

28. Der Vergolder Drewh hat wegen unbegründeten Vorverbauchs 18 Monate in Untersuchungshaft gesessen.

September.

1. Gutsinspektor Timm-Bartnichen (Ostpreußen), der ein Mädchen mit unzüchtlichen Anträgen verfolgt und sie durch Stockschläge und Fußtritte verletzt hat — 8 M. Geldstrafe.
2. Beim Düsseldorf Zimmereistreit sind angeklagt worden 27 Personen, verurteilt 16 zu insgesamt 22 Monaten 19 Wochen 5 Tagen Gefängnis. Außerdem 10 Strafmandate.
3. Vorbestraft wegen Streikpostensiehens“, heißt es in einer Anklageschrift der Düsseldorf Staatsanwaltschaft.
4. Der Redakteur des „Japper“ in Königsberg wegen unverständlicher Anspielungen auf dunkle Slandalggeschichten plötzlich verhaftet.

10. Der Oberwachmeister der Gendarmerie Kern aus Herlohn hat als Kommandierender einer Arbeitswilligen-Schutztruppe drei Arbeiter mißhandelt. 14 Tage gelindes Kerker.
16. Ein 17-jähriges Mädchen und ihr 17-jähriger Verlobter bestreiten unter Zeugeneid in einer bagatelien Hausfriedensbruchs-Affaire, allein bekommen in einem Zimmer gewesen zu sein. Meineid! 1 1/2 und 1/2 Jahre Gefängnis.

24. Genosse Morawski in Stettin verhaftet drei Monate Gefängnis. Wegen einer neuen Straftat wird er in „Untersuchungshaft“ überführt. Danach soll er seine Gefängnisstrafe weiter abgeben.
27. Der Landmannsohn Grebe aus Osterby bei Ebersförde hat den Landarbeiter Köpke mit der Faust zu Boden geschlagen und ihm sodann mit einem Kolbenhaken seines Gewehrs das Gesicht zerquetscht, so daß Tod eintrat. Urteil des Ateier Landgerichts 300 M. Geldstrafe. Ketzliche Gutachten: der Tote habe an Hirnhautentzündung gelitten, möglicherweise sei der Tod durch den Kolbenhaken nicht herbeigeführt, sondern bloß beschleunigt worden.

28. Buchhalter Suhr vom Arbeitsnachweis der Berliner Metallfabrikanten hat einen Arbeiter, der die Entfernungen eines ungeleglichen Zeichens (sog. Röhrenmänner-Zinlens) verlangte, beschimpft und mißhandelt. 30 M. Geldstrafe.
29. Raununternehmer Vogt in Breslau zu einem Streikposten: „Wagabond! Langstiel!... Wenn Sie sich einmal auf meinen Bau wagen, bringe ich Sie herunter, daß Sie das Wiederkommen für immer vergessen!“ — 10 M. Geldstrafe.

29. Die berühmten arbeitswilligen Brüder Rahn in Breslau sind vom Verbandsleiter Köhler beim Vogelstellen überrascht worden. Am sich der Bestrafung zu entziehen, zeigen sie — Köhler wegen Vogelstellen. Köhler klagt wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung. Freispruch aus § 193, Wahrung berechtigter Interessen.
29. Die 4. Strafkammer des Landgerichts II in Berlin erklärt die zu einem Streikbrecher gethane Aeußerung: „Wir werden Dich schon kriegen“ (nämlich in den Verband), für eine „Drohung“ mit einem Hebel. 1 Woche Gefängnis.



80. Der Arbeitswillige Tanz in Halle hat einen Arbeiter erschossen. Mehrmals vorbestraft. 1 1/2 Jahre Gefängnis. (Die bürgerliche Presse hatte die Schauermär verbreitet, daß Tanz ein Streikender sei.)

### Ruffenkurs und Ballinproffit.

Juli.

8. Ausweisung der russischen Schnorrer und Verschwörer auch aus Bayern.  
7. Genosse Marchionini-Königsberg wegen Abdrucks einer „Simplicissimus“-Satire auf den Ruffenkurs 100 M. Geldstrafe.  
7. Genosse Bestmeyer-Hannover wegen Abdrucks der „Simplicissimus“-Satire auf den Ruffenkurs angeklagt und freigesprochen.

10. In Schoppinitz werden russische Deserteure eingefangen, um nach Rußland zurückgeliefert zu werden.

12. In Königsberg beginnt gegen Nowagroski, Braun, Angel, Klein, Treptau, Mertins, Köpff, Ehrenpfort und Pögel der Prozeß wegen Hochverrats, Majestätsbeleidigung gegen Rußland und Geheimbunds.

12. Wilhelm II. telegraphiert dem nach dem Kriegsschauplatz abreisenden Ansburger Regiment: „Meine aufrichtigsten Wünsche begleiten das Regiment. Gott segne seine Fahnen.“

17. Im Königsberger Prozeß stellt sich heraus, daß für Majestätsbeleidigung und Hochverrat Rußlands Gegenseitigkeit gar nicht verbürgt und die Uebersetzung der einschlägigen Paragraphen durch den russischen Generalkonsul gefälscht ist. Totaler Zusammenbruch der Hochverratsanklage.

19. Die Aussagen Professor von Neuhner im Königsberger Prozeß bringen ungeheuerliche Enthüllungen über russische Zustände.

22. Das Ansburger Regiment, dem Wilhelm II. zu seinem Ausmarsch gratulierte, besitzt silberne Trompeten zur Erinnerung an die Einnahme von Berlin 1700.

22. Bürgerliche Blätter bezeichnen den bisherigen Verlauf des Königsberger Prozesses als einen Triumph für die Sozialdemokratie.

23. Neue Hausdurchsuchungen in Tilsit und Beschlagnahme der Bücher des Wahlvereins.

23. Ein 61-jähriger polnisch-russischer Arbeiter in Strelino, der seit 55 Jahren in Deutschland ansässig ist, erhält statt Altersrente die Ausweisung.

24. Deutsche Dampfer von der russischen Piratenflotte im Roten Meer beschlagnahmt.

26. Urteil in Königsberg. Freispruch wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung. Wegen Geheimbund Nowagroski 2 Monate 2 Wochen Gefängnis (1 1/2 Monate verbüßt), Angel 3 Monate (verbüßt), Klein 8 Wochen (6 verbüßt), Treptau 2 1/2 Monate (1 verbüßt), Mertins und Pögel 3 Monate, Prgam, Köpff, Ehrenpfort freigesprochen.

27. Neue Hausdurchsuchungen in Statthausen (Ostpreußen) und bei Genossen Mertins-Tilsit.

28. Im Abgangszeugnis der Berliner Universität für den „Schnorrer“ Silberfarb ist dessen polizeiliche Ausweisung vermerkt worden. Eine Beschwerde hierüber vom Senat einstimmig abgelehnt.

31. Die kaiserliche Werft in Kiel verkauft Kanonen an die Schichau-Werft in Danzig, die diese an Rußland weiter vermittelt.

August.

2. Der „Vorwärts“ enthält die Praktiken der Ballinpolizei. Russische Flüchtlinge, die der Hamburg-Amerikalinie kein Viset abkaufen, werden nach Rußland zurückgebracht.

18. Der Deutsche „Katholik“ meldet neue Auslieferungen russischer Flüchtlinge.

24. Neue Auslieferungen nach Rußland.

26. Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Polizeiverordnung zur Regelung des Auswandererwesens, die zureisende Russen in die Zwangslage versetzt entweder bei der Hamburg-Amerikalinie oder dem Norddeutschen Lloyd eine Schiffstorte zu kaufen, oder sich wieder nach Rußland zurückbringen zu lassen.

28. Nach der „Kattowitzer Zeitung“ werden russische Deserteure, die Selbstverstümmelung begingen, nach Rußland zurückgeliefert.

September.

7. Der deutsche Dampfer „Thea“ wurde von den Russen in ostasiatischen Gewässern in den Grund gehohlet. Seine Ladung — Fischdinger — war als Konterbande bezeichnet worden.

15. Flügeladjutant des Kaisers v. Grumme tritt in den Dienst der Hamburg-Amerika-Linie (Ballin) über.

20. Ein Richterstatler des „Vorwärts“, Reichsdeutscher, wird am Lehrter Bahnhof von Ballin-Agenten für einen russischen Auswanderer gehalten und verbringt zwei Nächte in Ballins Gefangenschaft.

### Vom herrlichen Kriegsbeer.

Juli.

2. Unteroffizier Peter in Magdeburg wegen Mißhandlung (Folge Selbstmord), Verleitung zum Meineid re. 2 1/2 Jahre Zuchthaus.

6. Unteroffizier Koelbe vom 87. Infanterie-Regiment wegen 206 Fällen vorstrafrechtlicher Behandlung und Mißhandlung in Frankfurt a. M. 8 Monate Gefängnis.

10. Kapit-Unteroffizier Kadewitz vom 2. Garde-Regiment zu Fuß wegen Mißhandlung in etwa 40 Fällen in Berlin 8 Wochen gelinder Arrest.

13. Das Urteil gegen die Pirnaer Duellhelden vom Dresdener Ober-Kriegsgericht von 2 und 1 1/4 Jahren auf je 1/4 Jahre Festung herabgemildert.

14. Am 17. Juni 80 Mann vom 19. bayerischen Infanterie-Regiment an Hitzschlag erkrankt. Am 25. Juni bei der Wetzfahrt der Kriegsboote in Kiel 3 Matrosen ertrunken.

15. Unteroffizier Gehler vom 1. Garde-Regiment zu Fuß wegen Mißhandlung 8 Tage gelinder Arrest. Unteroffizier Lemke vom 1. Garde-Regiment zu Fuß drei Wochen Mittelarrest.

16. Leutnant Kob in Halle wegen Duells 3 Monate Festung.

21. Abg. Heim fragt im bayerischen Landtag Kriegsminister v. Köpff, ob ein Erlaß bestehe, der den Offizieren das Duell zur Pflicht mache. Der Minister verneint. Darauf zieht Heim den Erlaß aus der Tasche und verliest ihn. Sensation!

21. Bootsmannsmaat Heberhaer in Kiel wegen Mißhandlung („Meine Aufmunterung eines Schiffsjungen im Dienst“) 3 Monate Gefängnis. Keine Degradation.

21. Der Russetier Erdmann, der vom Marine-Unteroffizier Wille mit 7 Respektstößen traktiert und sodann wegen Angeiffs auf einen Vorgesetzten zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, vom Oberkriegsgericht in Kassel freigesprochen. Gegen Wille soll vorgegangen werden.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist sechsen des 1. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Von Laßalle. — Der Bremer Parteitag. — Von Karl Kautsky. — Die Hegelsche und die Rosenzweig'sche Logik und die Grundfrage der Hegelschen Geschichtsphilosophie im Hegelschen System. — Von Ferdinand Laßalle. — Der italienische Generalstreik. — Von Oda Löbner. — Die gewerkschaftlichen Bewegungen. — Von Emanuel Baum. — Literarische Rundschau: M. v. Reinders, Gemeinwohl und Abolitionismus. — Von R. Sursky. — Dr. Landsberg. — Denkschrift über die Einrichtung einer Fürsorge für die von der Stadt Überfeld ständig beschäftigten Personen. — Von ad. br.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag) ist uns sechsen des Nr. 21 des 14. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Parteitag zu Bremen. — Die Frauenkonferenz zu Bremen. — Die Polizei im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Von Luise Dietz. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: 6 Moorholzer's Traum. Ein lehrreiches

Lebenseid von Ludwig Angenruder. — Notizen: Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Kinderarbeit.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf., unter Kreuzband 35 Pf.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Jastrow, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 1 des 8. Jahrganges unter anderem: Die öffentliche Arbeitsnachweise in Großbritanien. — Allgemeines: Internationaler Arbeitsmarkt. — 37. englischer Gewerkschaftskongress. — Gegenstandsverzeichnis zwischen Arbeitgeberverbänden verschiedener Länder. — Landwirtschaft: Kinderarbeit in Desterreich. Staatsdarlehen an Landarbeiter in Dänemark. — Bergbau: Stodung des Abjates. Kündigung der verlassenen Schächten und der ausgezahlten Lohnsummen. — Textilgewerbe: Unfähigkeit in der Preisbewegung von Rohbaumwolle. Ungünstig im Seidengewerbe. Ueberblick über den Beschäftigungsstand in Guben, Chemnitz, Criminalföhau, Glauchau-Merane, Gera-Weis, Röhren-Glabach und im Wuppertal. — Bekleidung: Ungünstig der Preisbewegung. Kündigung des Beschäftigungsgrades. Verdrängung des selbständigen Schneidergewerbes aus dem Lande durch die Kleiderhändler. — Statistisches Monatsmaterial: Internationale Statistik. — Völkerverkehr. — Haushaltungsfragen. Konsum: Lebensmittelpreise

in September. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Arbeitsvermittlung in Baden 1903. — Arbeitsnachweise für ausgediente Seefahrten. — Neuordnung der privaten Stellenvermittlung in Zürich. — Öffentliche Arbeitsnachweise in den Vereinigten Staaten. — Nachgebiete der Arbeitsnachweiseverwaltung: Wohnungsfürsorge in Baden. — Arbeitslosenfürsorge: Monatliche Arbeitslosenstatistik für das Holzgewerbe. — Fabrik-Ausschlüsse und Beschäftigungsfragen.

Der „Wahre Jacob“ hat sechsen des 21. Nummer seines 21. Jahrganges erschienen lassen. Aus dem Inhalt heben wir die beiden farbigen Bilder „Miguel Blutegehirn“ und „Frankreich's höhere Balletkunst im Dienste der Freiheit“ hervor. Im weiteren Inhalt enthält die Nummer: Betrachtung eines irdischen Unterirdischen. — Berliner Varietés. — Schaubühnen. — „Miguel-Über“, „Aus dem Leben deutscher Staatsbürger“, „Der Matrosenparademarsch“, „Sie weiß es besser“ und „Schwere Krankheit“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die Liberalen und die Schule“, „Zweifel“, „Die heilige Ordnung“, „Was Kropotkin will“ und außer zahlreichen kleinen Beiträgen die Feuilletons „Eine Steuerreform“, „Ehrenbeweise“, „Undankbar“, „Jah“, „Aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ von 1905, sowie die „Kollektive Kerker“ von Stefan Großmann. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennige.

Josef Berger. Der Weg zum deutsch-österreichischen Sozialismus 29 Seiten. J. F. Lehmanns Verlag, München.

Veronika, Redakteur: Paul Völkner, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

22. Sergeant Winter und Unteroffizier Frauböse vom 4. Garde-Regiment 3. B. in Berlin wegen Mißhandlung 14 und 10 Tage mittleren Arrest.

24. Der Kürtischer-Gefreite Theophil in Königsberg wegen Mißhandlung 7 Monate Gefängnis, seine Mitschuldigen und Beauftragten vier je 1 Monat, zwei je 14 Tage. Der Verteidiger Leutnant Graf Ranig meint: „Ich möchte den Hauptmann sehen, der behaupten kann, daß bei seiner Truppe nicht geschlagen wird!“

24. Leutnant Ranigel und Vizefeldwebel Kroß vom 2. Feld-Artillerie-Regiment wegen unmenslicher Mißhandlung eines Untergehobenen, der dadurch zur Desertion getrieben wurde, in Pillau 4 Wochen Stubenarrest resp. 2 Wochen gelinder Arrest. Strengster Ausschluss der Öffentlichkeit.

26. Der bayerische Prinzregent spricht Kriegsminister v. Köpff sein Vertrauen aus und bittet ihn, sein Portefeuille zu behalten.

31. Oberleutnant Witte, ein Held des Forbachslandes in Frankfurt a. M. wegen Mißhandlung und Meineid ein Jahr drei Tage Zuchthaus. Strengster Ausschluss der Öffentlichkeit.

August.

4. Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Geheimerlaß des Kaisers vom 1. Dezember 1903, der die Militärärzte des Wilsch-Prozesses, die inzwischen ihren Abschied erhalten haben, wegen Nichtauschlusses der Öffentlichkeit aufs schärfste tadelt, weil sie es „nicht verstanden haben, das Interesse ihres Standes besser zu wahren.“

5. 23 Soldaten in Mainz vom 30. Infanterie-Regiment wegen Mißhandlung eines Kameraden in der Kaserne 14 Tage bis zwei Monate Gefängnis. Vorgesetzte haben nichts bemerkt.

11. Unteroffizier L o s e und Gefreiter R a s n i g vom 28. Infanterie-Regiment wegen Mißhandlung in 229 und 110 Fällen, wodurch u. a. ein Selbstmord verursacht wurde, 1 1/2 und 1 Jahr Gefängnis.

13. Drei Unteroffiziere der Jülicher Unteroffizierschule wegen Mißhandlung 11 Tage, 33 Tage Mittelarrest, 20 Tage gelinder Arrest.

13. Unteroffizier P i n t u h vom 27. Infanterie-Regiment in Magdeburg wegen Insubordination („Ich habe keine Sänne“) 14 Tage Mittelarrest. Feldwebel Löw, der den P i n t u h beschimpfte, wird dabei als Soldatenschilder entlarvt.

13. Beim 23. Infanterie-Regiment in Trier, von dem Sergeant V i e l e f e l d zu längerer Zuchthausstrafe verurteilt ist, werden Hunderte von Soldatenschildern aufgedeckt.

14. Vizewachmeister K a s t a vom 55. Artillerie-Regiment in Raumburg wegen brutaler Mißhandlungen 6 Wochen Mittelarrest. Die Verteidigung beantragt, den angeklagten Soldaten zu befragen, ob er Sozialdemokrat sei.

14. Kanonier V e r t o w a n g e r vom 8. Artillerie-Regiment in Regensburg wegen thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten 4 Monate Gefängnis (in erster Instanz 2 Jahre).

21. Sergeant L o s m e h r und noch ein Unteroffizier vom 29. Infanterie-Regiment in Trier wegen mehrerer Hundert Mißhandlungen 1 Jahr resp. 4 1/2 Monate Gefängnis. Ausschluss der Öffentlichkeit.

23. Rittmeister F r e i b e r v. H o r n von den Bayerischen Jägern wegen Betrages und zahlreicher anderen Delikte in München 6 Jahre Zuchthaus. Ausschluss der Öffentlichkeit.

23. Unteroffizier L a u e r vom Bayer. Infanterie-Leib-Regiment wegen Mißhandlung (zum drittenmal) in München 3 Wochen Mittelarrest.

24. Das angelegene Wiener Militärblatt „Danzers Armeeztg.“ schreibt über deutsche Kriegsgerichte: „Was nützt und wo bleibt die Unabhängigkeit, wenn man zwar nach bestem Wissen und Gewissen stimmen kann, aber befürchten muß, für eine Abstimmung pensioniert oder strafweise verurteilt zu werden?“

30. Massenhafte Manöverunfälle in Bayern.

September.

4. Unteroffizier R ü b y vom 23. Bayer. Infanterie-Regiment in Saargemünd wegen Mißhandlung (70 Kopfnüsse, 50 Faustschläge, 16 Ohrfeigen usw.) 1 Jahr Gefängnis.

4. Torpedobehälter Reifele in Wilhelmshaven, der den Befehl seines Feldwebels, den Daunen an der Hofenmaut etwas zurückzulassen, nicht befolgt und den Vorgesetzten frech angesehen hat, vier Monate Gefängnis.

15. Lieutenant Hamann vom Reiningen Infanterie-Regiment wegen Beleidigung von Vorgesetzten durch den Roman „Carries Briefe an einen Freund“ zu mehrmonatiger Gefängnisstrafe verurteilt. Vollständiger Ausschluss der Öffentlichkeit, selbst bei der Urteilsverkündung.

17. In Weuthen erhält ein Soldat, der einen aus dem Gefängnis fliehenden Kameraden erschossen hat, 100 M. Belohnung und wird Gefreiter.

17. Schwere Unglücksfälle im Kaisermanöver.

22. Unteroffizier B a r s c h a u vom 14. Badischen Artillerie-Regiment wegen vierhundert Mißhandlungen 1 1/2 Jahre Gefängnis.

23. In Straßburg i. E. wird ein Zivilbursche von einem Jährling für einen Militärburschen gehalten und wegen Grubverweigerung verhaftet. Der Regimentskommandeur erklärt, der Jährling sei beleidigt worden und hätte das Recht gehabt, dem Burschen das Seitengewehr in den Bauch zu stoßen.

28. Von Ende Juni bis Ende September sind nach privater Statistik 42 Vorgesetzte, darunter fünf Offiziere, wegen Mißhandlung resp. dienstwidriger Behandlung bestraft worden mit insgesamt zwölf Jahren, drei Monaten und 25 Tagen Freiheitsstrafen.

29. Bootsmannsmaat M i c h a l o w s k i hat drei Untergehobene „zum Spaß“ in den Sigteit geschossen und schwer verletzt. Freigesprochen, weil Epileptiker.

### Soziale Streiflichter.

Juli.

1. Ein Arbeiter in Berlin, der einem hungernden Kameraden faule Heringe zu Nahrungsmitteln geschickt hat, wird wegen Uebertretung des Nahrungsmittel-Gesetzes zu 3 Mark Strafe verurteilt.

3. Im reichen Tiergartenviertel Berlins starben im Durchschnitt 1900/01 von 1000 Personen 9—10, in Arbeitervierteln wie Wedding und Gesundbrunnen 23.

6. In Gelsenkirchen beginnt ein Prozeß gegen die Leiter der Wasserwerke, die durch Lieferung unfiltrierten Wassers Typhus, Krankheit und Tod vieler Menschen verursacht haben.

7. Nach Inspektorenberichten aus der Lausitz betragen dort die höchsten Weberlöhne 600—850 M., die mittleren 400—500, die niedrigsten 250—400 M. im Jahre.

7. Ein 61-jähriger Weiraner, der die drei Feldzüge mitgemacht hat, in Landbesitz ins Armenhaus verwiesen. Später die Verweisung wieder aufgehoben.

13. Ein Hifs-Weichensteller in Landsberg a. B. wegen Diebstahls von Nahrungsmitteln ein Jahr Gefängnis. Er hatte nach

11 Jahren Dienst 2 M. Tagelohn und eine neunköpfige Familie zu versorgen.

15. Der Gelsenkirchener Prozeß verlagert.

21. In Alt-Jabage kommt auf 98 Schüler ein Schulzimmer, auf 80 Schüler ein Lehrer.

27. Eine Gewerkschafts-Versammlung in Kattowitz erklärt wegen steigender Kartoffelpreise die Gefahr einer neuen Hungertypus-Epidemie für brennend.

September.

7. Der preussische Kronprinz prozessiert gegen den Delfer Kreis-ausschuß wegen Steuerbelästigung.

10. In den Berliner Zuderwarenfabriken beträgt der Wochenlohn der Arbeiterinnen 8 1/2—9 M.

11. Ein Krüppel, der 282 Tage in Heilanstalten gelegen und nichts verdient hat, indes seine Frau in zehn Monaten 463 M. erarbeitete, mit einem Einkommen von 900 M. zur Steuer herangezogen. Der Wert der Spitalüberspflung wird als Einkommen angerechnet.

14. Die sozialdemokratische „Rätker Bürgerzeitung“ veranstaltete für einen kranken vollends hilflosen Kriegsinvaliden, der alle drei Feldzüge mitgemacht hat, eine Sammlung.

16. Der preussische Kronprinz zur Zahlung der Kreissteuern verurteilt.

22. Unter 806 Berliner Einzimmer-Wohnungen, in denen im Jahre 1903 Schwindsüchtige starben, waren 109 von je vier, 133 von je fünf, 78 von je sechs, 45 von je sieben, 12 von je acht, 7 von je neun, 3 von je zehn, 3 von je elf Personen bewohnt.

28. In Nieder-Lopstied bei Erfurt stirbt das seit Jahren baufällige Schulhaus während des Unterrichts ein.

### Aus dem Zuchthausstaat.

Juli.

1. Das verfassungswidrige Anstaltengesetz, das das Eigentums-Erwerbsrecht der Polen einschränkt, im Abgeordnetenhaus durchgepeitscht.

1. Der Gastwirtstag in Dresden protestiert gegen den Militärbohott „sozialdemokratisch“ verfeuchter Lokale.

12. Ein Ullas Dubdes befeigt das Recht der Eisenbahner, Konsumvereinen beizutreten oder solche zu begründen. Die Bedürfnisfrage soll erst von Fall zu Fall amtlich geprüft werden.

13. Der Regierungspräsident in Potsdam erläßt einen Sted-Brief hinter kontraktbrüchigen galizischen Landarbeitern: „Dieselben sind festzunehmen und sofort aus dem Staatsgebiete auszuweisen.“

13. In Saarabien sind seit der Reichstagswahl 104 Strafmandate über Genossen verhängt, 44 wieder aufgehoben und 532 Verhöre angehängt worden.

20. In Cassel und Magdeburg stoßen Gründungen von Eisenbahner-Konsumvereinen auf behördliche Schwierigkeiten.

20. In Gräy (Fos) sind 10 streikende Maurer der christlichen Organisation verhaftet worden. Der christliche Gewerkschaftssekretär Hoffe, der zur Vermittlung nach Gräy reist, gleichfalls verhaftet mit der klaffischen Begründung, daß er sich „an einem Streik beteiligt“ habe.

August.

6. Streikposten in Charlottenburg wegen „Nichtbefolgung“ der polizeilichen Anordnung fortzugehen zu Geldstrafen verurteilt. Andre Streikposten verhaftet und im grünen Wagen dem Polizeigefängnis eingeliefert.

12. Beim Königsberger Maurerstreik werden Streikposten massenhaft bestraft. Beschwerde beim Regierungspräsidenten, der erst richterliche Entscheidung abwarten will, bleibt fruchtlos.

13. Dem österreichischen Reichsrats-Abgeordneten Genossen Bernerstorfer wird unter der Androhung der Ausweisung verboten, in Frankfurt a. M. einen Vortrag über die Sozialdemokratie in Desterreich zu halten.

20. In Bulovice werden Kinder geprügelt und Zwangsberziehung angedroht, weil sie sich weigern, „Deutschland, Deutschland über alles“ zu singen.

21. Bernerstorfer will in Offenbach reden. Das offizielle Zentrumsorgan, das „Mainzer Journal“, bestimmt die hessische Regierung, ihn nicht reden zu lassen.

23. Massenhafte Versammlungsverbote in Sachsen-Weimar.

24. Disziplinärer Untersuchung gegen den Lehrer Teubloff in Gr. Otersleben. Er soll einen sozialdemokratischen Stadverordneten gebeten haben, für Gehaltserhöhung einzutreten.

25. Bernerstorfers Auftreten in Offenbach von der hessischen Regierung verboten.

25. Das 15-jährige Dienstmädchen Hoffmann in Halle, das vor unstatlichen Verächtigungen des Gutsbesitzerhohnes Dietrich aus dem Dienst entloß, 15 M. Geldstrafe; in der Berufungsinstanz freigesprochen.

26. Massenhafte widerrechtliche Hausdurchsuchungen in Saarabien. Beschlagnahme sozialdemokratischer Schriften. Amtliche Aufforderungen an Arbeitgeber, sozialdemokratische Arbeiter zu entlassen. Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs ohne Erfolg.

28. Bernerstorfer spricht in Rammheim. Die Versammlung wird vom badischen Regierungsvertreter aufgelöst, weil sie gegen die Drangsalierung P. S. in Preußen und Hessen protestiert.

September.

1. Nach 37-jähriger Dienstzeit stirbt in Dortmund ein Eisenbahnarbeiter. Mitleidlich wird den Arbeitern Beteiligung an dem Begräbnis verboten. Es hat sich herausgestellt, daß der Verstorbene ein jülicher Genosse war.

4. Arbeiter Hildebrand in Berlin hat den Polizeileutnant Scholber beschuldigt, das Recht der Streikenden mit Füßen zu treten, indem er Streikposten einperrete. Scholber als Zeuge sagt aus: „Noch in letzter Zeit habe der Polizeipräsident von Berlin verfügt, daß es statthaft sei, Streikposten im Interesse der Bequemlichkeit des Publikums“ solange auf der Waage zu behalten, bis die Arbeitszeit vorüber sei.“

9. In der „Frankfurter Zeitung“ klagt ein ehemaliger Kreisblatt-Redakteur über den Geisteszwang und die Fälschung der öffentlichen Meinung durch die Landratspresse.

11. Beim Kaiser-Jahresfest in Altona wird das vordrängende patriotische Publikum von der Polizei mit der Feuerprize behandelt. Dadurch über 300 Unfälle.

16. Die Sitzung der Preklommission in Magdeburg als „öffentliche Versammlung“ polizeilich aufgelöst.

18. Der „Vorwärts“ veröffentlicht zwei Bilder von der Verhaftung weiblicher Streikposten bei Siemens und Halske in Berlin „aus Verlehrsdrückstücken“. Die Straßen sind völlig menschenleer.

23. Der Dresdener Vertrauensmann der Konditoren wird von der Polizei zwangsweise fotografiert. Grund unbekannt.